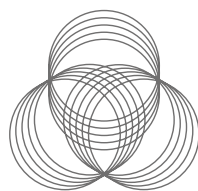


JAHRES BERICHT 2016



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
20144 Hamburg · Beim Schlump 83



0

Inhalt

Inhalt

1	Zur Arbeit des IFSH 2016 – Vorwort der Amtierenden Ko-Direktoren	5
2	Wissenschaftliche Organisation des IFSH	10
3	Arbeitsbereiche	14
3.1	Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)	15
3.2	Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)	17
3.3	Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR ²)	20
4	Querschnittsarbeitsgruppen	24
4.1	QAG 1: Formenwandel von Gewalt	25
4.1.1	<i>Michael Brzoska</i> , Die Evolution normativer Begrenzungen von Kriegführung	28
4.2	QAG 2: Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen	35
4.2.1	<i>Christiane Fröhlich</i> und <i>Regina Heller</i> , Ist der liberale Frieden tot? Überlegungen zum europäischen Friedensprojekt	38
4.3	QAG 3: Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale	41
4.3.1	<i>Hendrik Hegemann</i> und <i>Martin Kahl</i> , Big Data nach Snowden: Die einen wollen alles wissen, die anderen nichts davon hören	45
5	Beratung	52
6	Lehre und Nachwuchsförderung	56
6.1	Studiengang „Peace and Security Studies (M.A.)“ an der Universität Hamburg	57
6.2	Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)	59
6.3	Doktorandenbetreuung	60
6.4	Abgeschlossene Promotionen	61
7	Service	62
7.1	Öffentlichkeitsarbeit	63
7.2	Bibliothek, Dokumentation und Internetpräsenz	64
7.3	Redaktion	66
8	Gremien und Personal	68
8.1	Kuratorium	70
8.2	Wissenschaftlicher Beirat	70
8.3	Institutsrat	71
8.4	Gleichstellung	71
8.5	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2016	72
9	Anhang	74
9.1	Projekte	75
9.2	Veröffentlichungen 2016	79
9.3	Statistische Daten	87

1

Zur Arbeit des IFSH 2016 –
Vorwort der Amtierenden
Ko-Direktoren

1 Zur Arbeit des IFSH 2016 – Vorwort der Amtierenden Ko-Direktoren

Götz Neuneck und Wolfgang Zellner

Das Jahr 2016 brachte eine weitere Zuspitzung der internationalen Lage, eine Art „polycrisis“, wie der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, formulierte. Dabei verflochten und beeinflussen sich zahlreiche Konfliktstränge wechselseitig in komplexer und vielfach schwer vorhersehbarer Weise. Drei für Europa besonders wichtige seien hier herausgegriffen.

Erstens gelang es auch im Jahre 2016 nicht, den Konflikt zwischen Russland und dem Westen über Grundfragen der europäischen Ordnung zu entschärfen. Nach wie vor streiten beide Seiten über den Status derjenigen Staaten „in-between“, die weder der westlichen noch der russischen Einflussphäre klar zuzuordnen sind, ohne über gemeinsame Prinzipien und Instrumente zur Regulierung dieses Streits zu verfügen. Unmittelbare Folge dieses Disputs ist der Konflikt in und um die Ukraine, wo es den Staaten des Normandie-Formats (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) auch nach vier Gipfel- und 14 Außenministertreffen nicht gelang, darauf hinzuwirken, das Minsker Abkommen – Waffenstillstand und politische Regelungen – auch nur halbwegs zufriedenstellend umzusetzen. Daran konnte trotz aller Erfolge im Einzelnen auch der deutsche OSZE-Vorsitz 2016 nichts ändern. Tatsache ist, dass sich die offiziellen sicherheitspolitischen Narrative der beiden Seiten so gut wie ausschließen und die Militarisierung des Konflikts zunimmt, je länger dieser dauert. *Zweitens* durchlaufen der Nahe und Mittlere Osten und die Staaten Nordafrikas einen extrem gewaltsamen und opferreichen Transformationsprozess mit unbekanntem Endpunkt und Ergebnis. Westliche Interventionen haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, diesen Prozess auszulösen, ohne zu seiner Einhegung etwas von Bedeutung beitragen zu können. Konfliktverschärfend

kommt hinzu, dass externe Mächte vom Westen über Russland bis zur Türkei und dem Iran ihre widersprüchlichen Interessen auf die Konflikte projizieren und versuchen, ihrer jeweiligen Klientel möglichst viel Einfluss zu verschaffen. In die Räume kaum noch gegebener Staatlichkeit dringen extremistische und terroristische Kräfte wie der „Islamische Staat“ ein, was neue Destabilisierung schafft. Eine gewisse Stabilisierung des Konfliktniveaus in dieser Großregion bzw. die Isolierung und Abschottung der einzelnen Konfliktkerne würde bereits einen Fortschritt darstellen. Eine „Lösung“ ist nicht in Sicht.

Drittens durchläuft die Europäische Union eine Phase, für die der Begriff einer Existenzkrise nicht zu hoch gegriffen ist. Dabei drohen sich zentrifugale und autoritär-populistische Tendenzen wechselseitig zu verstärken. Mit Großbritannien verliert die EU ihre zweitstärkste Wirtschaft und einen höchst wünschenswerten Machtausgleich gegenüber Deutschland. Begrüßt wurde der Brexit von der europäischen autoritär-populistischen Rechten, die 2017 in wichtigen europäischen Staaten, darunter den Niederlanden und Frankreich, die Wahlen zwar nicht gewonnen, aber stark abgeschnitten haben. In Polen und Ungarn sind in demokratischen Wahlen autoritäre Regierungen an die Macht gekommen, deren Verhältnis zu Grund- und Freiheitsrechten den Vergleich mit östlichen Regimen nicht scheuen muss, mit denen man sich, zumindest im Fall Orban-Putin, gerne verbrüdert. Und schließlich ist mit dem Wahlsieg des Donald Trump in den USA deutlich geworden, dass das normative Konzept und politische Projekt des „Westens“ zumindest in eine ernsthafte Krise eingetreten ist. Fragten wir vergangenes Jahr noch, in welcher Weise das liberale westliche Gesellschaftsmodell mit alternativen Vorstellungen autoritärer Regime



Abschlussdiskussion der Tagung „Wege aus der Gewalt“

V.l.n.r.: Prof. Dr. Stefan Oeter, Prof. Dr. Anna Geis, Prof. Dr. Michael Brzoska, Prof. Dr. Götz Neuneck, Prof. Dr. Gerald Kirchner, Dr. Martin Kahl,

konkurrieren könne, sehen wir uns jetzt in eine Situation gestellt, in der sich der politische Westen entscheidend zu schwächen droht und die Konstellation: der liberale Westen vs. der Rest der Welt durch eine Ost-West-übergreifende Internationale autoritärer und quasi-autoritärer Regime ersetzt wird. Die spannende Frage ist, wie sich Europa – und welches Europa – in einer solchen post-westlichen Konstellation neu positioniert.

All diese Entwicklungen werden Gegenkräfte auf den Plan rufen, wie die ersten Reaktionen auf die Trump'schen Präsidialerlasse gezeigt haben. In einer solchen Zeit, wo nach Orientierung gesucht wird, kommt einem Institut wie dem IFSH besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Und in der Tat bearbeitet das IFSH eine Reihe der oben skizzierten Probleme und Herausforderungen.

Der von 16 Mitgliedsinstituten des *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions* erarbeitete Bericht *European Security – Challenges at the Societal Level* thematisiert vor dem Hintergrund konträrer sicherheitspolitischer Narrative das Kernproblem der strittigen europäischen Ordnung und gibt Empfehlungen, wie man überhaupt in einen tragfähigen Dialog einsteigen kann. Auf nuklearer Ebene ist das vom IFSH

geleitete *Deep-Cuts*-Dialogprojekt weltweit das einzige seiner Art, in dem sich hochkarätige Fachleute aus den USA, Russland und Deutschland über die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle Gedanken machen. Bald abgeschlossen ist das DFG-Projekt *Das Streben nach Respekt*, das sich der Erforschung der sozioemotionalen Dimension der Beziehungen Russlands zum Westen widmet. Eine Reihe von Projekten bearbeitete im Berichtsjahr Fragen des transnationalen Extremismus, darunter das EU FP-7-Projekt VOXPOL, das politischen Online-Extremismus erforscht. Vorbereitet wurde 2016 ein großes Projekt zum Thema *Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung in der virtuellen und realen Welt*, das beginnend 2017 vom BMBF gefördert werden wird. Die globalen Probleme von Klimawandel und Sicherheit wurden in dem DFG-geförderten Projektverbund CLISAP (*Integrated Climate System Analysis and Prediction*) bearbeitet, was nach Auslaufen der gegenwärtigen Projektphase 2017 fortgeführt werden soll.

In regionaler Hinsicht wurde viel zu Zentralasien gearbeitet, von einer Sommerschule zu Friedensforschung in Zentralasien über den 3. Internationalen Zentralasientag des IFSH bis zur Vorbereitung eines *EU Horizon2020*-Antrags zum Thema

EU and Central Asia.

In der heutigen Welt spielen die Wirkungen neuer Technologien für die beschriebenen Konfliktkonstellationen eine besondere Rolle. Das bezieht sich nicht nur auf die Weiterentwicklung von Rüstungstechnologien wie neue Kampfdrohnen oder autonome Kampfroboter, sondern auch auf die Militarisierung und Bewaffnung der Domänen Weltraum und Cyberspace. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Akademie der Wissenschaften hat das IFSH dazu einen Amaldi-Workshop zum Einfluss neuer Technologien auf das Konfliktgeschehen der Zukunft organisiert.

Diese thematisch weit gefächerten Aktivitäten schlugen sich sowohl in den Beratungsaktivitäten des Instituts als auch in seiner Öffentlichkeitsarbeit nieder. So nahmen Mitarbeiter/-innen des IFSH an neun Anhörungen im Parlament, an 38 internen Gesprächen in Ministerien sowie an 44 internen Gesprächen in ausländischen Ministerien, Parlamenten und in internationalen Organisationen teil. Die thematischen Schwerpunkte bei 84 Vorträgen, 38 Podiumsdiskussionen, 16 eigenen Tagungen sowie 204 Interviews waren unter anderem die deutsche/europäische Flüchtlingspolitik, der Bürgerkrieg in Syrien und der Nahostkonflikt, der Ukraine Konflikt und damit einhergehend das Verhältnis Russlands zum Westen, die OSZE und der deutsche OSZE-Vorsitz 2016, Sanktionen, Rüstungskontrollfragen und die Zukunft europäischer Sicherheitspolitik; die Terrororganisation „Islamischer Staat“, die militärische Beteiligung Deutschlands am Kampf gegen den IS, Rüstungsexporte, der Einsatz bewaffneter Drohnen, Fragen der Radikalisierung und Terrorismusbekämpfung sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die rückläufige Zahl von Vorträgen und Interviews, aber auch von Publikationen (vgl. Anhang 9.2 und 9.3) hängt auch damit zusammen, dass das Institut in den vergangenen Jahren im Zuge an- und abschwelliger Projektzyklen kleiner geworden ist. Standen 2012 noch gut 18 Vollzeitäquivalente wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung, waren es 2016 nur noch knapp 13. Dass dieser Trend noch

nicht gebrochen ist, zeigen die eingeworbenen Drittmittel, die 2016 bei 680.000 Euro lagen, während in den Vorjahren schon fast 900.000 (2014) oder gar eine Million (2013) erreicht wurden.

Die beiden 2016 das Institutsleben am meisten prägenden Ereignisse waren die Evaluierung am 8. Januar 2016 und das Übergangs-Management nach dem Ausscheiden des Direktors Prof. Michael Brzoska zum 30. September 2016. Verabschiedet wurde Michael Brzoska am 27. September mit einer würdigen Feierstunde, zu der *tout Hamburg* erschienen war – Professorinnen und Professoren der Hamburger Hochschulen, Dekaninnen und Dekane, ehemalige Staatsräte, ein Unipräsident a.D., Vertreter der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG), langjährige Weggefährten von Michael und natürlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH. Die Festrede hielt Prof. Lothar Brock, langjähriges Führungsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Er verfolgte Michaels Karriere vom Zivildienst am IFSH 1978 bis zur Rückkehr als Direktor an dasselbe Institut, eine „eindrucksvolle Karriere“, so Brock, „die so nicht geplant war, sondern sich mit allerdings gut nachvollziehbarer Logik und harter Arbeit ergeben hat“.

Mit Michael Brzoska verliert das Institut einen Direktor, der das IFSH in den zehn Jahren seines Wirkens wesentlich vorangebracht hat – mehr Doktorand/-innen, mehr Projekte, mehr referierte Veröffentlichungen, insgesamt mehr Wissenschaft. Wie Götz Neuneck in seiner Dankesrede für die Belegschaft formulierte: „Das IFSH ist wissenschaftlich salonfähig geworden, worauf ein/e Nachfolger/-in gut aufbauen kann.“ Und dies alles in einer wohlthuend unaufgeregten und kooperativen Atmosphäre. Danke, Michael!

Am 8. Januar wurde das IFSH von einer Kommission unter Leitung von Prof. Lothar Brock evaluiert. Im Bericht der Evaluierungskommission vom 10. März 2016 heißt es zusammenfassend:

„Das IFSH hat sich als wissenschaftliche Einrichtung mit starkem Beratungsanteil und umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit in der einschlägigen Forschungslandschaft

und im politisch-gesellschaftlichen Umfeld sehr gut etabliert. Die Einführung eines Forschungsprogramms, einer konsistenten Jahresplanung und der Querschnittsarbeitsgruppen eröffnet neue inhaltliche und organisatorische Perspektiven für die Arbeit des IFSH.“

Besonderes Lob erfuhren die „sehr gut[e]“ internationale Vernetzung des IFSH und seine Beratungsleistungen:

„Die Beratungstätigkeiten umfassen unter anderem als „Leuchtturmprojekte“ im OSZE-Arbeitsfeld die Organisation von Trainingskursen, Sommerschulen und die Leitung des OSZE Netzwerks von Think Tanks und Forschungsinstituten sowie die Beteiligung an der „Deep Cuts Commission“ (in der Deutschland, die USA und Russland vertreten sind) und das Einbringen von Expertise in Regierungsverhandlungen (Rüstungskontrolle und Abrüstung)“.

Kritik übte der Bericht an der noch nicht ausreichenden Anzahl begutachteter Veröffentlichungen in wichtigen Zeitschriften und der noch nicht hinreichenden Zahl im akademischen Wettbewerb eingeworbener Forschungsprojekte, was darauf verweise, „dass die Grundlagenforschung bisher noch nicht im notwendigen Umfang ausgebaut worden ist.“ Hauptempfehlung der Kommission über eine Steigerung referierter Publikationen und begutachteter Forschungsprojekte hinaus ist die bessere Vernetzung „der vor Ort vorhandenen und in dieser Form einmaligen Konstellation von Arbeitskapazitäten zu Frieden und Sicherheit“ am Standort Hamburg.

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) der Freien und Hansestadt Hamburg hat die positive Evaluierung des Instituts durch die Bereitstellung erheblicher Verstärkungsmittel insbesondere für die Jahre 2018 und 2019 gratifiziert. Im Zusammenhang damit griff die Behörde die Empfehlung der Evaluierungskommission auf, die Vernetzung in

Hamburg in den Arbeitsfeldern Frieden und Sicherheit durch die Initiierung institutionenübergreifender gemeinsamer Forschungsprojekte voranzubringen. Dieser Kurs wird von der Leitung des IFSH mit Nachdruck unterstützt, die darin auch die notwendigen Voraussetzungen erkennt, um Drittmittelwerbung, Projekte und Publikationstätigkeit wieder auf alte Höhen zu führen.

Geleitet wird das Institut nach dem Ausscheiden von Prof. Michael Brzoska bis zum Amtsantritt einer neuen Direktorin bzw. eines neuen Direktors von den beiden kommissarischen Ko-Vorsitzenden Prof. Götz Neuneck und Dr. Wolfgang Zellner. Eine gemeinsame Berufungskommission zusammen mit der Universität Hamburg hat ihre Arbeit bereits erfolgreich mit der Vorlage einer Berufsliste beendet. Das IFSH hofft nun auf eine zügige Besetzung der vakanten Direktorenstelle wie auch der seit längerem offenen Juniorprofessur im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung noch im Laufe des Jahres 2017.

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH, die 2016 zu einem aktiven Jahr gemacht haben, das reich an Initiativen war. Zu danken haben wir auch unseren zahlreichen Kooperationspartnerinnen und -partnern in Deutschland und vielen anderen Ländern, sei es im MPS-Studiengang, in Projekten oder Netzwerken. Unser Dank gilt ebenfalls den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats und des Kuratoriums des IFSH, die uns mit guten Ratschlägen und viel Engagement unterstützt haben. Und *last, but by no means least* danken wir der Hansestadt und der BWFG für ihre großzügige und nun spürbar angehobene Förderung, die deutlich macht, dass es ihr ernst ist mit der Förderung von friedens- und sicherheitspolitischer Forschung und Beratung.

Februar 2017
Wolfgang Zellner
Götz Neuneck



IFSH-Evaluierung 2016

Dr. Rolf Greve (BWFG) begrüßt die Kommission und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Feier zur Verabschiedung von Michael Brzoska in den Ruhestand

V.l.n.r.: Prof. Dr. Götz Neuneck, Prof. Dr. Michael Brzoska, Britta Fisch.

2

Wissenschaftliche Organisation des IFSH



Leitbild des IFSH

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH erforschen Bedingungen des Friedens. Sie analysieren, prüfen und entwickeln Strategien zur Vermeidung und Minderung kollektiver Gewalt. Der besondere Ansatz des IFSH liegt in der analytischen Koppelung von Grundlagen der Friedensforschung mit aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik. Das IFSH verbindet exzellente Forschung mit interdisziplinärer Lehre, Nachwuchsförderung und praxisrelevanter Beratung politischer und gesellschaftlicher Akteure. Als eigenständiges wissenschaftliches Institut kooperiert das IFSH mit der Universität Hamburg, Institutionen in der Metropolregion Hamburg sowie nationalen und internationalen Partnern.

Mit dem Namen des IFSH verbindet sich ein mehrfacher Auftrag: Das IFSH ist einerseits fest in der Friedensforschung mit ihrem Anspruch verankert, dem Frieden durch Forschung auf hohem wissenschaftlichen Niveau zu dienen. Andererseits soll sich das IFSH speziell mit sicherheitspolitischen Problemen befassen, also mit Fragen, denen sich die politischen Entscheidungsträger tagesaktuell und strategisch stellen müssen. Das Schwergewicht liegt dabei satzungsgemäß auf Fragen der deutschen und europäischen Politik. Hier will das IFSH beraten, aber auch in kritischer Außensicht eigenständige Vorschläge erarbeiten.

Mit der Verbindung von Friedensforschung und Sicherheitspolitik besitzt das IFSH ein Alleinstellungsmerkmal in der wissenschaftlichen Landschaft. Sie findet ihren Ausdruck zum einen in der thematischen Ausrichtung des IFSH, zum anderen in der Arbeitsorganisation.

Nachdem im vorhergehenden Arbeitsprogramm Herausforderungen internationaler Organisationen durch transnationale Gewaltakteure im Vordergrund der wissenschaftlichen Arbeit standen, widmet sich das 2013 beschlossene Arbeitsprogramm dem Thema „Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“.

Verbindende Klammer des aktuellen Arbeitsprogramms ist die Untersuchung der Angemessenheit liberaler Friedensstrategien für erfolgreiche Friedens- und Sicherheitspolitik

unter den Bedingungen dynamisch fortschreitender Globalisierung und damit einhergehender Zerklüftungen in der Weltgesellschaft. Friedenspolitik in Deutschland und Europa folgt in ihrer Rhetorik weitgehend Überlegungen liberaler Friedensstrategien, die in den 1960er und 1970er Jahren entwickelt wurden. Mit der Globalisierung und dem Ende des Kalten Krieges haben sich jedoch die materiellen Grundlagen dieser Überlegungen verändert. Transnationale Akteure haben, wie im vorhergehenden Arbeitsprogramm analysiert, an Bedeutung gewonnen. Staatliche Akteure in Asien und Lateinamerika, insbesondere die regionalen Führungsmächte, stellen liberale Friedenskonzepte in Frage. Frieden ist nicht mehr nur ein Problem der Peripherie, auch die innere Stabilität moderner Industriestaaten gerät in Gefahr.

Die veränderten Bedingungen legen eine ergebnisoffene Überprüfung der Angemessenheit und Reichweite liberaler Friedensstrategien nahe. Grundannahmen wie die friedensstiftende Wirkung von Demokratisierung und wirtschaftlicher Globalisierung sind zu hinterfragen. Das aktuelle Arbeitsprogramm liefert hierfür einen analytischen Rahmen, der bis voraussichtlich 2018 in Projekten konkretisiert werden soll.

Das Arbeitsprogramm umfasst drei Forschungscluster, in denen die Auswirkungen des globalen Wandels auf die Angemessenheit liberaler Friedenstheorien und den aus ihnen abgeleiteten Friedensstrategien über-

prüft werden sollen. Diese sind:

- Formenwandel von Gewalt,
- Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen,
- Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale.

Die drei Cluster sollen durch folgende übergeordnete Leitfragen zusammengeführt werden:

1. Inwieweit stimmen die in den liberalen Friedenstheorien postulierten Friedensbedingungen mit den aktuellen Rahmenbedingungen des globalen Wandels noch überein? Wo und in welcher Weise weichen sie davon ab?
2. Inwieweit müssen die etablierten Friedenstheorien und -strategien sowie Agenden und Instrumente insbesondere deutscher und europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik angesichts der gewandelten Rahmenbedingungen verändert oder angepasst werden?

Wichtige Gesichtspunkte bei der Entwicklung des aktuellen Arbeitsprogramms waren neben dem erwarteten wissenschaftlichen Erkenntnissertrag auch die potenzielle politische Relevanz. Die Arbeit des IFSH soll weiterhin sowohl wissenschaftliche Forschung als auch gesellschaftliche und politische Beratung sowie Nachwuchsförderung und Lehre umfassen. Mit dem aktuellen Arbeitsprogramm soll die Entwicklung einer längerfristigen friedenspolitischen Agenda vorangetrieben werden.

Durch die Kombination einer grundlegenden friedenspolitischen Fragestellung – der Frage nach der Angemessenheit liberaler Friedensstrategien – mit Themenfeldern von aktueller politischer Bedeutung soll sichergestellt werden, dass das IFSH auch weiterhin in Politik und Gesellschaft Aufmerksamkeit und Gehör findet. Die fachliche Reputation in der breiten Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsträgern in Deutschland und Europa, die sich das IFSH über Jahrzehnte erarbeitet hat, ist ein wertvolles Gut, das mit dem aktuellen Arbeitsprogramm erhalten und ausgebaut werden soll.

Die wissenschaftliche Arbeit im IFSH umfasst vielfältige Formen, von der Einzelstudie einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers über die Kooperation in

Projekten bis hin zu gemeinschaftlichen Vorhaben des gesamten Forschungspersonals. Ein Merkmal der Arbeit des IFSH ist die Interdisziplinarität; vertreten sind Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaften.

Vorrangige Organisationsform des Instituts waren und sind auch weiterhin die drei Abteilungen CORE, ZEUS und IFAR², von denen zwei als Zentren und eine als interdisziplinäre Arbeitsgruppe organisiert sind. Die Abteilungen sind für die Planung und Durchführung von Forschungsarbeiten sowie die Personalorganisation in ihren Kompetenzbereichen verantwortlich. Sie verfügen über wissenschaftliche Kompetenz und sind eng mit Entscheidungsträgern vernetzt.

Beispiele hierfür sind die engen Beziehungen und das hohe Ansehen von CORE bei der OSZE und ihren Teilnehmerstaaten, das sich etwa in der regelmäßigen Schulung von Diplomatinen und Diplomaten der jeweiligen Präsidentschaft niederschlägt, oder das international hohe Ansehen von IFAR² in Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, das es dem IFSH erlaubte, 2013 die „Deep Cuts“-Kommission mit hochrangigen Fachexperten aus den USA, Russland und Deutschland ins Leben zu rufen.

Zwei der thematischen Felder in der Arbeit des IFSH sind eng mit Arbeitseinheiten an der Universität Hamburg verbunden: die Forschung zu Klimafolgen für Frieden und Sicherheit mit der Arbeitsgruppe CLISEC (Climate Change and Security) innerhalb des Exzellenzclusters zur Klimaforschung und die Forschung zu Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) an der Universität Hamburg.

Quer zu den drei Abteilungen hat das IFSH im Jahre 2013 eine Matrixorganisation für die strategische Weiterentwicklung der Forschungsaktivitäten eingeführt. Drei Querschnittsarbeitsgruppen haben die Aufgabe, die wissenschaftliche Arbeit zu den drei inhaltlichen Themenbereichen des AP (Formenwandel von Gewalt, Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen, innergesellschaftliche Gewaltpotenziale) voranzutreiben. Hier sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH, die an

dem Forschungscluster zugeordneten Vorhaben/Projekten/Projektideen arbeiten, über die Abteilungen hinaus vernetzt und bei

der Initiierung von arbeitsgruppenübergreifenden Projekten unterstützt und begleitet werden.

Forschungsthemen in der Organisation des IFSH

IFSH Querschnittskompetenzen	Teilbereiche und deren Kernkompetenzen	Querschnittsarbeitsgruppen und deren Themen		
		QAG1 Formenwandel von Gewalt	QAG2 Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen	QAG3 Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale
Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik Konfliktanalyse Rüstungskontrolle Security Governance Wirkungsanalyse	<p>CORE Friedens- und Sicherheitspolitik der OSZE, die OSZE als Organisation; Osteuropa, Zentralasien, Kaukasus</p> <p>ZEUS Friedens- und Sicherheitspolitik der EU und Deutschlands (GSVP-Missionen, Bundeswehr, NATO, Terrorismus, Radikalisierung, EU-Nachbarregionen)</p>		Perspektiven liberaler Friedenspolitik für den eurasisch-atlantischen Raum	Schwerpunkt Zentralasien/Kaukasus
Institutionelle Kooperation mit der Universität Hamburg		Gewalteininsatz durch Staaten/Staatsverbände und nichtstaatliche Akteure	Perspektiven liberaler Friedenspolitik Deutschlands und der EU	Schwerpunkt EU-Europa
Klimawandel und Sicherheit (CLISEC) Naturwissenschaftliche Friedensforschung (ZNF)	IFAR² Abrüstung, nukleare Nichtverbreitung, Risikotechnologien, Klimawandel und Sicherheit	Rüstungstechnologie und Proliferation		

3

Arbeitsbereiche



3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)

Das Zentrum für OSZE-Forschung / Centre for OSCE Research (CORE) ist weltweit die einzige wissenschaftliche Einrichtung, die sich die Erforschung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Aufgabe gemacht hat. Entsprechend dem umfassenden Sicherheitsverständnis der OSZE reichen die Forschungsgegenstände dabei von Fragen europäischer Sicherheit und Ordnung, Rüstungskontrolle, Konfliktregelung und transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen bis hin zu den Aufgabenfeldern wirtschaftliche Konnektivität, Menschenrechte, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit. CORE verbindet Forschung mit Lehre, Training und Politikberatung. In regionaler Hinsicht fokussiert das Zentrum auf Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien.

Forschung: Russland und Zentralasien

Im Jahre 2016 arbeitete Elena Kropatcheva an der Vorbereitung eines DFG-Antrages zum Verhältnis der beiden Elemente „Multilateralismus“ und „Unilateralismus“ in der russischen Außenpolitik, ein Vorhaben, das

durch den Ukraine Konflikt weiter an Relevanz gewonnen hat. Anna Kreikemeyer und Esther Somfalvy erarbeiteten einen *EU Horizon 2020 Coordination and Support Action*-Antrag zum Thema „EU und Zentralasien“, der Anfang Februar 2017 einzureichen ist und bei dem das IFSH die *Lead*-Funktion übernommen hat. An der Grenze zwischen Forschung und Beratung steht ein Antrag zu „Radikalisierungsprävention in Zentralasien“, der Ende 2016 beim Auswärtigen Amt gestellt wurde.

Deutscher OSZE-Vorsitz 2016

Während des gesamten Vorsitzjahres erarbeitete Frank Evers mit Kolleg/innen 14-tägig einen Überblick über russischsprachige Internetquellen in den postsowjetischen Staaten zum Thema „OSZE und deutscher OSZE-Vorsitz 2016“. Daneben wurde eine Reihe kleinerer Vorhaben verfolgt, etwa Materialsuche zum Thema Migration über das OSZE-Netzwerk oder ein OSZE-Training für zentral- und südasiatische Diplomaten in Berlin im September 2016. CORE-Vertreter/innen besuchten zahlreiche



CORE-Mitglieder 2016

V.l.n.r.: Asam Isabaev, Esther Somfalvy, Anna Kreikemeyer, Ursel Schlichting, Naida Mehmedbegović Dreilich, Wolfgang Zellner, Frank Evers, nicht auf dem Foto: Elena Kropatcheva, Ulrich Kühn, Arne Seifert.

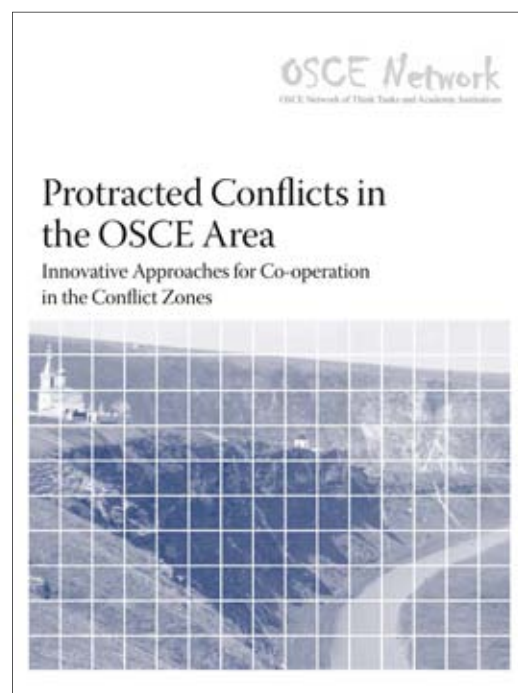
Vorsitzveranstaltungen und nahmen an Besprechungen zu verschiedenen Themen teil. Am 17. November informierte der Leiter von CORE, Wolfgang Zellner, zusammen mit der Leiterin des Arbeitsstabes OSZE des Auswärtigen Amtes, Botschafterin Antje Leendertse, den Europaausschuss der Hamburger Bürgerschaft über den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 und das bevorstehende Treffen des Ministerrates der OSZE am 8./9. Dezember 2016.

Wie in jedem Jahr bereitete Ursel Schlichting, unterstützt von Graeme Currie, Susanne Bund und anderen, die Herausgabe des *OSCE Yearbook 2016* vor und veröffentlichte die deutsche und die russische Ausgabe des Vorjahresbandes. Im Laufe des Jahres gaben CORE-Vertreter/innen zahlreiche Medieninterviews, allein 14 während des Ministerratstreffens. Der wichtigste Beitrag von CORE zum deutschen OSZE-Vorsitz bestand jedoch in der Koordinierung des OSZE-Netzwerks von Think Tanks und akademischen Institutionen.

Das OSZE-Netzwerk

Das *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions* umfasste Ende 2015 66 Mitgliedsinstitute aus 37 Staaten und wird seit seiner Gründung 2013 von Wolfgang Zellner koordiniert. Er wird dabei von Naida Mehmedbegović Dreilich unterstützt. 2016 wurden drei größere Vorhaben durchgeführt. Am 24. Februar fand unter dem Motto „The Chairperson Meets the Network“ eine Netzwerk-Vollversammlung statt, die der Wahl der Gremien und der Planung der Arbeit diente. Dies schloss eine öffentliche Veranstaltung mit dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung für den deutschen OSZE-Vorsitz 2016, Gernot Erler, MdB, ein. Darüber hinaus wurden zwei größere Projekte durchgeführt. Das Projekt „*Protracted Conflicts in the OSCE Area. Innovative Approaches for Co-operation in the Conflict Zones*“ unter der Leitung des US-amerikanischen Botschafters a.D. Philip Remler erarbeitete auf der Basis von elf Einzelstudien und einem internationalen Workshop im Juli in Wien einen Bericht mit tatsächlich neuen Empfehlungen, der am 8. Dezember am IFSH vorgestellt wurde. Das Projekt „*Europe-*

an Security – Challenges at the Societal Level“ erarbeitete, geleitet von Wolfgang Zellner, einen Bericht, der auf 15 Reports über nationale sicherheitspolitische Perspektiven, sog. Narrative, fußt. Die Narrative und ein Entwurf des Berichts wurden auf Workshops in Genf und Moskau im Mai und im November diskutiert. Der Bericht wurde in der sog. *Mixed Zone* des Ministerratstreffens vorgestellt, die Narrative sollen Anfang 2017 als Buch veröffentlicht werden. Da das Netzwerk aufgrund der großzügigen Förderung des Auswärtigen Amtes etwa 20 Projekt-Mitarbeiter/innen zur Ministerratstagung nach Hamburg einladen konnte, wurden dort in drei Arbeitsgruppen bereits Folgeprojekte für 2017 besprochen. Als Themen zeichnen sich historische Narrative, ein Wertedialog und die Frage wirtschaftlicher vertrauensbildender Maßnahmen ab. 2016 war das mit Abstand aktivste Jahr des Netzwerks. Die Gesamtkosten für die Netzwerk-Aktivitäten des Jahres 2016 in Höhe von etwa 240.000 Euro wurden vom Eidgenössischen Department für Auswärtige Angelegenheiten, den Außenministerien Österreichs und Finnlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Auswärtigen Amt aufgebracht.



3.2 Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)

ZEUS befasst sich mit der Umsetzung, Wirkung und Angemessenheit von traditionellen und gegenwärtigen Friedensstrategien. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Strategien und Instrumente, welche die EU und ihre Mitgliedstaaten angesichts der durch die Globalisierung veränderten Bedingungen zur Gestaltung ihrer Außenbeziehungen einsetzen, aus einer friedenspolitischen Perspektive heraus angemessen sind. Zum übergreifenden Forschungsschwerpunkt des IFSH leistet ZEUS Beiträge durch wissenschaftliche Publikationen, theoretisch informierte Policy-Analysen, Tagungen, Politikberatung sowie öffentliche Stellungnahmen.

Die Forschung erfolgt primär innerhalb der institutsübergreifenden Querschnittsgruppen. ZEUS leistet insgesamt sieben Beiträge zu den drei QAG. Im ersten Querschnittscluster ‚Formenwandel der Gewalt‘ wird untersucht, wie sich der Gewalteinsetz durch einzelne EU-Mitglieder oder Partnerstaaten, Staatenverbände wie die EU oder die

NATO oder durch gesellschaftliche Akteure verändert. Das beinhaltet Fragen wie: Worin manifestiert sich der Formenwandel der Gewalt? Wie kann der Formenwandel von Gewalt, wie er sich etwa im Ukraine Konflikt manifestiert, theoretisch erfasst werden? Worin liegen die Herausforderungen dieses Wandels? Wie reagieren die EU und ihre Partner auf diesen Formenwandel? Welche Strategien und Konzepte liegen dem Handeln zugrunde?

Im zweiten Querschnittscluster ‚Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen‘ geht es um internationale Machtverschiebungen und die Angemessenheit bestehender internationaler Normen sowie deren Wandel. Für ZEUS steht hier das Außenhandeln der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Mittelpunkt: Wie agiert die EU als Friedensstifter und Normunternehmer beispielsweise im Nahen Osten, wo sie das palästinensische Staatsprojekt voranbringen will? Wie kann die russische Außenpolitik gegenüber dem Westen und der EU erklärt werden? Wie



ZEUS-Mitglieder 2016

V.l.n.r.: Patricia Schneider, Sybille Reinke de Buitrago, Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen, Regina Heller, nicht auf dem Foto: Reem Ahmed, Raphael Bossong, Fernando de Mattos, Kevin Nausch, Howard Loewen, Kerstin Petretto, Daniela Pisiou, Delf Rothe und Johann Schmid.

gestaltet sich der Wandel der Sicherheitsordnung in der Grenzregion zwischen der EU und Russland? Wie konstituieren sich angesichts neuer globaler Machtkonstellationen Bedrohungsvorstellungen in den USA und Kanada im Hinblick auf die Rolle Russlands und Chinas in der Arktis? Im dritten Querschnittscluster ‚Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale‘ stehen schwerpunktmäßig Gewaltpotenziale und Gewalttendenzen in EU-Europa im Blickpunkt. Welche Radikalisierungs- und Deradikalisierungsentwicklungen sind hier erkennbar? Welche Radikalisierungspotenziale werden durch das Internet ermöglicht oder hergestellt? Wann mündet Radikalisierung in Terrorismus? Wie werden in der EU und ihren Mitgliedstaaten Maßnahmen gegen den Terrorismus begründet und welche Vorstellungen von der Wirksamkeit dieser Maßnahmen haben die Entscheidungsträger und Praktiker? Über die Forschungsprojekte im Rahmen der QAG hinaus verfolgte ZEUS auch zwei kleinere Buchprojekte, eines zum Thema „Terrorismus und Terrorismusbekämpfung“, das andere zum Thema „Maritime Sicherheit“. Außerhalb der QAG ist ein großes Projekt angesiedelt: Prof. Dr. Howard Löwen bearbeitet als Senior Research Fellow die Frage „Wie gestaltet sich der Ansatz ‚Frieden durch Kooperation‘ im Verhältnis der EU zu asiatischen Regionalorganisationen?“

Die Forschung vom ZEUS hat starken Aktualitätsbezug, der in Projektanträgen, Politikberatung und Wissenstransfer zum Ausdruck kommt. So ist Hans-Georg Ehrhart an einem Antrag bei der EU zum Thema „KEPLER – Key Enhancements on integrated tools for Planning and Logistics 4.0 in Emergency Response“ beteiligt. Ferner wurden zwei Anträge bei der DSF eingereicht – einer von Sebastian Mayer für ein Forschungsprojekt, das sich mit dem Ringen der EU und Russlands um die zwischen beiden Räumen liegenden Nachbarstaaten befasst und ein anderer, der Mittel für eine internationale Konferenz zum Thema „Wandel der Kriegsformen in Kernstaaten des Globalen Nordens“ einwerben soll. Drei Anträge mit ZEUS-Beteiligung befinden sich in Vorbereitung oder in der Begutachtung.

Sie befassen sich mit den Sicherheitsbeziehungen zwischen der EU und asiatischen Regionalorganisationen, mit der Arktis als möglicher Konfliktregion und der Legitimation und Kontestation der Massenüberwachung in der Post-Snowden-Phase. Reem Ahmed setzte die Arbeit an dem EU-Drittmittelprojekt Voxpol ebenso fort wie Regina Heller das DFG-Projekt „Streben nach Respekt“.

Im Bereich der Politikberatung waren die ZEUS-Mitarbeiter/-innen ebenfalls aktiv. So nahm der Leiter von ZEUS Hans-Georg Ehrhart an zwei hochrangig besetzten Tagungen des „Cercle Stratégique Franco-Allemand“ in Paris und in Berlin teil. Zudem fand die Auftaktsitzung einer vom IFRI und der SWP organisierten internationalen Projektgruppe unter Beteiligung von Hans-Georg Ehrhart statt, die Perspektiven für ein deutsch-französisches Weißbuch untersucht. Am 13. April 2016 gab er beim Parlamentarischen Frühstück in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg in Berlin einen Input zum Thema „Militärische und terroristische Risiken für Deutschland“. Ferner nahm er an einer Expertentagung des BMBF und des VDI zur Entwicklung eines neuen Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung teil. Martin Kahl nahm an Sitzungen des wissenschaftlichen Beraterkreises zum Sicherheitsforschungsprogramm des BMBF in Berlin und Freiburg teil. Regina Heller verfasste für die Bundeszentrale für politische Bildung einen Beitrag zu den Konflikten im postsowjetische Raum. Helge Martin veröffentlichte ein ZEUS-Working Paper zum Thema „Der Islamische Staat und die hybride Kriegführung“.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEUS nahmen auch 2016 an zahlreichen Veranstaltungen und Konferenzen teil. So hielt Hans-Georg Ehrhart im Haus einen Vortrag zum Thema „Aufstandsbekämpfung und Staatsaufbau: ein Widerspruch in sich?“. Am 25. Februar 2016 hielt er in der ETH in Zürich einen Vortrag zum Thema „The Future of European Defence“. Am 7. Dezember 2016 diskutierte er auf dem Tollwood-Festival in München in einer Liveübertragung des bayrischen Rundfunks mit hoch-

rangigen Gästen die Frage „Wie schaffen wir Frieden“. Regina Heller hielt am 10. Oktober 2016 im Rahmen der Kinder-Uni Hamburg eine Vorlesung zum Thema „Warum gibt es Kriege?“. Sybille Reinke de Buitrago trug auf dem 16. Maritimen Sicherheitskolloquium Rostock vor zum Thema: „Sicherheitspolitische Herausforderungen im maritimen Raum und Folgerungen für die NATO / EU“. Zudem organisierte sie einen Workshop im Rahmen der European Workshops in International Studies (EWIS) der European International Studies Association, vom 6. bis 8. April 2016 an der Universität Tübingen. Ferner nahm sie am Security Forum „International Security in the 21st Century“ am 21. November 2016 in Bonn und an der Konferenz der British International Studies Association vom

15. bis 17. Juni 2016 in Edinburgh teil. Auf dem Panel „Reconceptualizing Foreign Policy Narratives“ stellte sie ein Papier vor: „Iran – No Longer a U.S. Enemy?“. Außerdem trug sie zum Roundtable „IR’s Emotions: Critically Exploring Emotional Methodologies“ bei. Am 14. Juni 2016 hielt Margret Johannsen im Solizentrum Lübeck einen Vortrag über „Terror und Flucht: Der islamische Staat“. Martin Kahl hielt auf dem Workshop „Kritische Sicherheitsstudien“ der DVPW in Berlin einen Vortrag zur Sicherheitsforschung in Deutschland und auf dem Workshop „Ist der neue Terrorismus von gestern“, veranstaltet von der HSFK und dem MPI für Ethnologische Forschung, setzte er sich in Halle in einem Vortrag mit der Effektivität von Maßnahmen gegen den Terrorismus auseinander.



Vortrag: Sybille Reinke de Buitrago beim 16. Maritimen Sicherheitskolloquium in Rostock.

3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²)

Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) beschäftigt sich mit dem Zusammenspiel von rüstungsdynamischen Faktoren, dem potenziellen Waffeneinsatz, der Strategiedebatte sowie den Möglichkeiten von Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und Abrüstung unter den Bedingungen der Globalisierung. Der steigenden Komplexität solcher Fragestellungen wird in Form einer interdisziplinär arbeitenden Forschungsgruppe Rechnung getragen. Die Arbeitsweise zeichnet sich durch die Kombination von natur- und sozialwissenschaftlichen Methoden und Fachwissen aus. Durch intensive Kooperation mit anderen Institutionen unterschiedlicher Disziplinen wird insbesondere Grundlagenforschung im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Dimension von Rüstungskontrolle geleistet. Neben der klassischen Rüstungskontrolle und Abrüstung beschäftigen sich die Arbeitsgruppenmitglieder mit neuen Themen wie Cybersecurity, neue konventionelle Rüstungstechnologien sowie „Klima und Sicherheit“.

Inhaltliche Schwerpunkte der IFAR²-Projekte und -Tätigkeiten im Jahr 2016 waren die Debatte um die stagnierende nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle, die internationale Debatte um Cybersecurity/Cyberwar sowie die Wirkung neuer Rüstungstechnologien für die hybride Kriegführung. IFAR²-Mitarbeiter/-innen beteiligten sich an einer Reihe von nationalen wie internationalen Expertennetzwerken, die Expertisen aus Forschung und Praxis zusammenführen und Forschungsanstrengungen bündeln. IFAR²-Mitglieder nahmen darüber hinaus an einer Vielzahl von Tagungen, Workshops und internationalen Konferenzen teil. Götz Neuneck erhielt von der American Physical Society den „Beller Lectureship“ für den Vortrag „Dialogue across the Divide – Physicists and the Iran Dossier“, den er auf der Frühjahrstagung der American Physical

Society in Baltimore, Maryland, hielt. Die schwierige Personallage von IFAR² blieb bestehen, da die Juniorprofessur auch 2016 nicht besetzt werden konnte.

Highlights des Jahres:

- Im Rahmen der dritten Phase des deutsch-russisch-amerikanischen Forschungs- und Beratungsprojekts „Deep Cuts“, das IFAR² in Kooperation mit der Arms Control Association Washington (ACA) und dem Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Wissenschaftsakademie (IMEMO, RAN) durchgeführt hat, wurden zwei Workshops veranstaltet: einer zur Europäischen Sicherheit im Februar 2016 und ein weiterer zu „Nuklearen Instabilitäten“ im März 2016. Diese Workshops bildeten die Grundlage für den dritten Bericht der „Deep-Cuts-Kommission“, der am 20. Juni 2016 veröffentlicht wurde. Zusätzlich fand am 20. Juni 2016 in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eine Veranstaltung in der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau statt. Zusätzlich zum Hauptbericht, der von den 21 russischen, US-amerikanischen und deutschen Kommissionsmitgliedern verantwortet wurde, erschienen drei Working Paper: zum Thema „Sicherheit im baltischen Raum“ (Wolfgang Richter), „Anticipatory Arms Control“ (Adam Mount) und „The Offense/Defense Problem“ (Dennis Gormley). Außerdem wurden drei Issue Briefs zu den aktuellen Themen US-russischer Nuklearsicherheitskooperation, konventioneller Rüstungskontrolle und Cybersicherheit veröffentlicht. Darüber hinaus veröffentlichte der Projektverantwortliche Ulrich Kühn regelmäßige Ankündigungen und inhaltliche Beiträge zu den Themen der Kommission in sozialen Medien und auf den einschlägigen Internetplattformen „War on the Rocks“, „Defense One“ und „The



IFAR²-Mitglieder 2016

V.l.n.r.: Johanna Polle, Marinke Gindullis (EU-Praktikantin), Christian Alwardt, Jonas Junkerfeuerborn (Praktikant), Michael Brzoska, Parisa Farhadi, Götz Neuneck, Lina Hilgert, nicht auf dem Foto: Thomas Reinhold.

National Interest“. Ein Meinungsartikel erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. 2016 konnte die nächste Phase des Projekts durch weitere Mittel des Auswärtigen Amtes gesichert werden.

- Das N.EX.T.-Projekt „Nuclear Expert Talks“ wurde im Berichtszeitraum in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) begonnen. Es wird von Ulrich Kühn geleitet. Vom 20. bis 22. November 2016 trafen sich erstmals die N.EX.T. Fellows in Berlin zu einer zweitägigen Diskussion über die Zukunft nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle. Das Ziel des Projekts ist es, vor allem Nachwuchswissenschaftler/-innen aus Russland, Zentral- und Westeuropa sowie den USA zusammenzubringen und ihre Ideen für neue Ansätze in der Nuklearwaffenpolitik einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Im Zentrum der Diskussionen standen somit der für 2017 vorgesehene Nuklearwaffenverbotsvertrag, die Re-Nuklearisierung Europas, die bessere Einbindung der Zivilgesellschaft, die normative und ökonomische Einbettung der Abrüstungsdiskussion und die Zukunft

des bilateralen amerikanisch-russischen Abschreckungsverhältnisses. Für das Treffen in Berlin hatten die 15 N.EX.T.-Fellows – darunter elf Wissenschaftlerinnen – gemeinsam jeweils fünf Arbeitspapiere erstellt, um die Grundlage der Diskussion in Berlin bereits im Vorfeld breiter zu gestalten. Die Beiträge sollen in Buchform veröffentlicht werden.

- Die Debatte um die Zukunft der Kriegführung und deren Einhegung kann ohne die Einbeziehung und ein tiefgreifendes Verständnis neuer Technologien nicht geführt werden. IFAR² beteiligte sich mit Fact Sheets, Arbeitspapieren und Vorträgen bei Konferenzen und Workshops an dieser Debatte, mit einem besonderen Schwerpunkt im Bereich Unbemannter Systeme, Autonomie und Cyberkriegführung. In Zusammenarbeit mit dem Leopoldina-Projekt „Mit Sicherheit mehr Sicherheit“ fand vom 9.-11. November 2016 ein gemeinsamer Workshop mit dem Schwerpunkt künftiger militärrelevanter Technologieentwicklungen statt. Christian Alwardt ist Mitglied einer nationalen Expertengruppe zur Ausarbeitung einer

„multidimensionalen Autonomiedefinition“, die vom Auswärtigen Amt finanziert wird. Er moderierte zudem am 27. April 2016 die IFSH-Podiumsdiskussion „Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr versus Bemühungen zur Ächtung vollautomatischer Waffensysteme“ und nahm im April als NGO-Vertreter an dem Expertentreffen der UN Conference on Certain Conventional Weapons in Genf teil. Mit dem Militärkollegen des IFSH, Martin Krüger, erstellte er ein Food for Thought Paper „Autonomy of Weapons Systems“. Götz Neuneck hielt auf Einladung der Meiji-Universität in Tokio am 27. Juni 2016 einen Plenarvortrag zum Thema „The Robotics Revolution and their Future Impact on Warfare – Can Killer Robots be banned?“

- Die Debatte um die internationale Cybersicherheit hat sich rasant weiterentwickelt. So wirkten Götz Neuneck und Thomas Reinhold an Workshops zur Thematik mit, so an dem Seminar der FU Berlin „Gefahren des Cyber-Krieges“. Götz Neuneck hielt in Madrid bei der International Conference on Cybersecurity „Mapping the Cyberspace“ den Einführungsvortrag zum Thema „Nuclear and Cyber Security“. Fachexpertisen zu den geplanten Aktivitäten im Cyberraum, Artikel und Vorträge ergänzten diese Tätigkeiten.
- Götz Neuneck stellte die Ergebnisse der Studie „Analyse sicherheitspolitischer Bedrohungen und Risiken unter Aspekten der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes“ für das BBK (Baden-Baden, 2015) im Rahmen einer Klausur der BMI-Abteilung in Zeuthen (23. Juni

2016) und durch einen einführenden Plenumsvortrag von beim 13. Europäischen Katastrophenschutzkongress in Berlin vor. Im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks wurden die Ergebnisse der Studie in der Landesvertretung Hamburg mit Parlamentariern und Fachexperten diskutiert.

- Die naturwissenschaftliche Grundlagenarbeit von IFAR²-Mitgliedern setzte sich durch Analysen, Fact Sheets und Working Papers im Bereich Raketenabwehr, Zerstörung von nuklearen Sprengköpfen und der Cyber-Problematik fort. Götz Neuneck war Mitglied der Working Group 1 der International Partnership for Nuclear Verification, deren Treffen in Genf, Tokio und Abu Dhabi stattfanden. Diese Initiative, an der 22 Staaten beteiligt sind, wurde 2015 vom State Department ins Leben gerufen. Im September 2016 veröffentlichte die „Group 1“ eine Stellungnahme zum fünften nordkoreanischen Kernwaffentest, die von der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ abgedruckt wurde.
- Die politikwissenschaftliche Arbeit und Analyse der IFAR²-Mitarbeiter/-innen spiegelte sich in diversen Veröffentlichungen wider. Hier sind u.a. Beiträge von Michael Brzoska zu internationalen Sanktionen und Rüstungsexporten, ein Meinungsartikel von Götz Neuneck in der Zeitschrift „Europe's World“ und ein referierter Artikel von Ulrich Kühn zur Unvereinbarkeit von tiefgreifender nuklearer Abrüstung und dem Abschreckungsprinzip in „Security and Human Rights“ zu nennen. 2016 erschienen insgesamt 23 Veröffentlichungen von IFAR²-Mitgliedern.



Klimawandel und Sicherheit

In enger Kooperation mit der Forschungsgruppe CLISEC (Research Group Climate Change and Security) an der Universität Hamburg arbeiten Forscherinnen und Forscher des IFSH zu den potenziellen Folgen des Klimawandels für Konfliktgeschehen, Frieden und Sicherheit. Ein Teil dieser Arbeiten integriert sozial- und naturwissenschaftliche Kompetenz. Sie sind Teil des Exzellenzclusters CLISAP (Integrated Climate System Analysis and Prediction) der Universität Hamburg und weiterer Partner, zu denen auch das IFSH gehört. Das IFSH ist seit 2014 auch Partner des Hamburger KlimaCampus. Der KlimaCampus organisiert Veranstaltungen und koordiniert Berichte, die insbesondere das Ziel haben, die Ergebnisse der Klimaforschung in die Gesellschaft zu tragen.

Schwerpunkthemen der Forschung waren im Jahre 2016 die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Migration und Konflikt und die Diskussion um die politischen Folgen der zunehmend an Bedeutung gewinnenden Konzepte „Resilienz“ und „Anthropozän“. Neben konzeptionellen Analysen, die in Publikationen mündeten, wurden auch empirische Arbeiten, so zur Bedeutung von Umweltveränderungen für den Krieg in Syrien und die Rolle von Satellitenbeobachtung für Umwelt- und Sicherheitspolitik durchgeführt. Unter den Veröffentlichungen des Jahres 2016 ist insbesondere eine von Christiane Fröhlich mit herausgegebene Ausgabe der Zeitschrift Global Policy hervorzuheben.

Demokratie, Sicherheit, Frieden
Democracy, Security, Peace

217

Mayeul Hiérante/Patricia Schneider (Eds.)

The Defence in International Criminal Trials

Observations on the Role of the Defence at the ICTY, ICTR and ICC



Nomos

IFSH aktuell 113



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg | Dezember 2015 - Februar 2016

In der Grauzone zwischen Frieden und Krieg 7. Workshop „Wege aus der Gewalt“ von IFSH und ZNF in Hamburg

Der letzte Workshop „Wege aus der Gewalt – Neue Entwicklungen der Friedens- und Konfliktforschung in Hamburg“ fand in einer Zeit manifesten Friedensgefallens statt. Die von Michael Brozoska (IFSH) und Gerald Kieberer (Zentrum für Naturwissenschaft und Frieden, ZNF) organisierte Veranstaltung widmete sich in diesem Jahr Friedensbemühungen, die in verschiedener Hinsicht die wachsende Grauzone zwischen Frieden und Krieg berühren.



Vorstandsvizein 7. Workshop „Wege aus der Gewalt“ von IFSH und ZNF in Hamburg. In der Bildfolge: Nina Marbach, Jürgen Scheffan, Nadja Maennig, Gunnar Jermann.

Im Zentrum der Veranstaltung stand ein Panel das verschiedene Aspekte eines Kontinuums zwischen Frieden und Krieg thematisierte, wie es für das aktuelle Weltgeschehen charakteristisch zu sein scheint. Hans-Gregor Ehrhart (IFSH) sprach über eine postmoderne Kriegführung, Herbert Wulf (Bosch International Center for Conviction, IBC) über die ins Wanken geratene Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols, Nadja Maennig (Hamburger Institut für Sozialforschung, HIS) über Gewaltformen zwischen Frieden und Krieg und Jürgen Scheffan (Exzellenzcluster „Integrated Climate System Analysis and Prediction“/CLISAP, Universität Hamburg) über die Komplexität von Krisen und

Klimawandel - ein Treiber unter vielen Wissenschaftlerin betont Komplexität der Ursachen für Migration und Konflikt

Der globale Klimawandel wird zunehmend als Sicherheitsrisiko angesehen. Die Erderwärmung könnte die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern und potenziell zu Destabilisierung, Migration und Konfliktsituationen beitragen. Insbesondere klimabedingte Migrationsbewegungen werden dabei als Risikofaktor wahrgenommen. Bei einem Klima-Frühstück des Deutschen Klima-Konsortiums im Vorfeld der 52. Münchner Sicherheitskonferenz betonte Christiane Fröhlich (IFSH/HIS), dass der Klimawandel als nur ein Treiber von Migration und Konflikt unter vielen wirkt. Die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Flüchtlingsbewegungen und Sicherheit seien bisher erst unzureichend erforscht.

Der Fall Syrien: Von der Dürre zu Massenflucht und Bürgerkrieg?

Syrien litt zwischen 2006 und 2010 unter einer schweren Dürre. Sie führte in Teilen des Landes wiederholt zu Missernten und dramatischer Viehsterben. Laut UN verloren geschätzt 1,5 Millionen Bauern und Viehhalter ihren Lebensunterhalt; viele von ihnen zogen in weniger betroffene Gebiete des Landes. Christiane Fröhlich stellte ihre aktuelle Studie zum Einfluss der Dürre auf die Binnenmigration in Syrien und deren Rolle beim Ausbruch der Unruhen 2011 vor. Auf der Grundlage von Befragungen syrischer Bauern und Landarbeiter, die sie 2014/15 in jordanischen Flüchtlingslagern durchführte, kam sie zu dem Schluss: Die vielfach propagierte einfache Kausalität zwischen Dürre, Migration und Konfliktausbruch in Syrien lässt sich so nicht halten. Zwar nahm die Binnenmigration tatsächlich während der Dürre zu, doch weder war die Dürre ihr einziger Auslöser, noch waren es die Klimamigrationen, die die Proteste auslösten. Insbesondere münzten die Auswirkungen der Dürre im Kontext der Politik der Assad-Regierung seit 2000 gesehen werden. Die Streichung von Subventionen und andere liberale Wirtschaftsreformen hätten den Druck auf die notleidende Bevölkerung erhöht, während die Regierung praktisch nichts unternahm, um die Folgen der Dürre abzumildern. Syrien sei „ein Beispiel dafür, dass eine effektive Anpassung an die Folgen des Klimawandels nur möglich ist, wenn gleichzeitig die sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen einbezogen werden.“

Konflikte: Christiane Fröhlich

fröhlich@ifsh.de

4

Querschnittsarbeitsgruppen

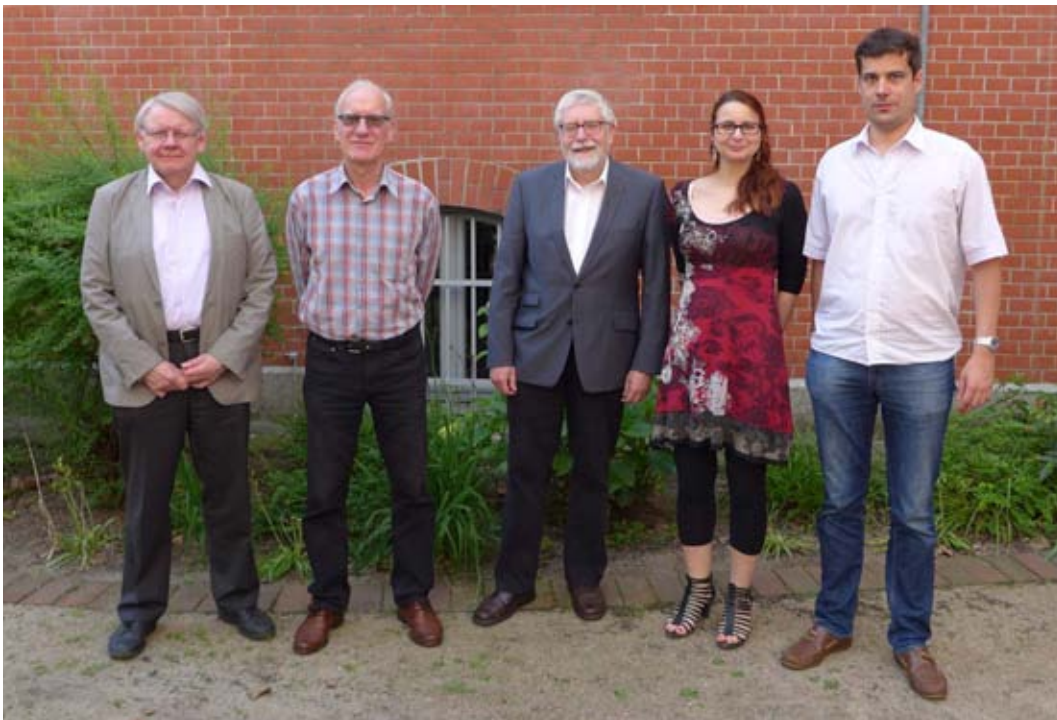
4.1 Querschnittsarbeitsgruppe 1 – Formenwandel von Gewalt

Die Zahl bewaffneter Auseinandersetzungen nimmt, nach einem Rückgang zwischen der Mitte der 1990er und Ende der 2000er Jahre, wieder deutlich zu. Besonders stark ist die Anzahl der „internationalisierten internen“ bewaffneten Konflikte gestiegen, der Kriege, in denen militärisch führende Staaten in bewaffnete Auseinandersetzungen involviert sind. Die Kriege in Syrien und im Irak waren dafür im Jahre 2016 die augenfälligsten Beispiele. Dass nicht nur Staaten des „globalen Nordens“ militärisch intervenieren, zeigte das Eingreifen von Streitkräften aus Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten im Krieg im Jemen. Diese Kriegsbeteiligungen sind durch eine Reihe von Charakteristika gekennzeichnet, deren Ausprägungen und Antriebsfaktoren in der QAG1 untersucht werden. Ein wichtiges Element, dem beson-

dere Aufmerksamkeit gewidmet wird, ist die Nutzung moderner Technologie, insbesondere für die Luftkriegführung.

Mit diesen beiden Themenfeldern – Veränderung des Charakters der Kriegführung durch große Militärmächte sowie neue militärische Technologien – sind die Schwerpunkte der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der QAG1 im Jahre 2016 beschrieben. Ein Aspekt waren die Zusammenhänge zwischen den beiden beschriebenen Entwicklungen. Aber Forschungsarbeiten beschäftigten sich auch gesondert mit den beiden Themenfeldern. So wurden insbesondere auch Untersuchungen angefertigt, die sich mit Technologien beschäftigen, die (noch) nicht zur Anwendung gekommen sind, wie solche zur Abwehr von Raketen.

Diese Forschungsarbeiten sind in die aus



Mitglieder der Querschnittsarbeitsgruppe 1

V.l.n.r.: Götz Neuneck, Hans-Georg Ehrhart, Michael Brzoska (Koordination), Patricia Schneider, Christian Alwardt, nicht auf dem Foto: Martin Kahl, Ulrich Kühn, Martin Krüger.

dem Arbeitsprogramm des IFSH abgeleitete Frage eingebettet, inwieweit durch diese Entwicklungen Grundlagen und Umsetzung liberaler Friedentheorien infrage gestellt werden. Ein vermehrter Einsatz militärischer Gewalt, wie er aktuell feststellbar ist, der zudem, wie Michael Brzoska in seinem folgenden Beitrag (s. Kap. 4.1.1.) argumentiert, die dominante Ordnung der Kriegführung schwächt, widerspricht a priori der Grundidee liberaler Friedenspolitik. Andererseits werden viele der Interventionen mit liberalen Ideen – etwa dem Schutz von Menschenrechten oder der Schaffung von demokratischer Rechtsstaatlichkeit – begründet, und auch mit dem Ziel durchgeführt, möglichst wenige Gewaltopfer zu verursachen. Diese Widersprüchlichkeit liberalen politischen Denkens mag zwar nicht neu sein, sie hat aber erhebliche aktuelle Auswirkungen, die durch den Einsatz moderner Technologie möglicherweise sogar gesteigert werden. Ein Beispiel dafür sind die ambivalenten Wirkungen von Drohnenangriffen in Afghanistan und Pakistan auf die Rekrutierungsoptionen militanter Gruppen. Wie Martin Kahl in einer seiner Arbeiten zeigt, mag aus der Nutzung von bewaffneten Drohnen eine geringere Zahl von zivilen Opfern folgen als es beim Einsatz von Flugzeugen der Fall wäre, Drohneneinsätze werden aber häufig als besonders perfide angesehen.

Die Analyse der Verbindung von Veränderungen in der aktuellen Kriegführung, aber auch der Planung für zukünftige Militäreinsätze, mit technologischen Entwicklungstrends lenkte die Diskussionen in der QAG1 auch dahin, sich intensiver mit den Grauzonen zwischen Krieg und Frieden ebenso wie zwischen Militärischem und Zivilem zu befassen. Diese Grauzonen werden größer und für die Kriegführung bedeutender. Beispiele dafür sind die hybride Kriegführung, in der ein breites Spektrum ziviler und militärischer Mittel zum Einsatz kommt, und die Cyberdomäne, in der sich Ziviles und potenziell Militärisches kaum trennen lassen. Gewaltanwendung und Technologien entwickeln sich, wie Hans-Georg Ehrhart in mehreren Beiträgen argumentiert, weg von der liberalen Moderne hin zu einer Postmo-

derne des „anything goes“, wobei fernwirkende, moderne Waffen häufig die erste Wahl sind. Dadurch lassen sich eigene Opfer vermeiden und die Überlegenheit in technologischer Hinsicht kann genutzt werden. Ein Teil der Arbeit in der QAG1 war der Weiterentwicklung von Ideen in dieser Richtung gewidmet. Dabei wurden unter anderem Max Mutschler, der das Konzept der „liquiden Kriegführung“ vorgestellt hat, und Bernhard Koch, als Experte zu ethischen Fragen moderner Kriegführung, zu Diskussionen eingeladen. Um diese Überlegungen in einem größeren internationalen Rahmen diskutieren zu können, stellte die QAG1 einen Antrag für eine Tagung, die unter dem Titel „Änderungen in der Kriegführung führender Militärmächte des globalen Nordens und Auswirkungen auf die Einhegung von Kriegen“ im Mai 2017 stattfinden soll.

Im Kontext der genannten überwältigenden Fragen bearbeiteten Mitarbeiter/-innen der QAG1 auch eine Reihe spezifischer Themen:

- **Autonomie:** Christian Alwardt und Martin Krüger arbeiteten weiter an Grundlagen für eine Definition von Automatisierung, die für Kontrollbemühungen der Nutzung im militärischen Bereich dienen kann.
- **Trends militärischer Hochtechnologie.** Einzelne Arbeiten in diesem Themenfeld umfassten Beschreibungen der generellen Entwicklung sowie ausgewählte Felder wie Raketenabwehr, Cyber und autonome Waffensysteme (LAWS).
- **Neue Formen asymmetrischer Kriegführung durch Industriestaaten.** Hierzu wurden sowohl konzeptionelle Überlegungen (Unterscheidung verschiedener Formen, Einordnung in Kriegstheorie) als auch Einzelfallstudien (Mali, Ukraine, hybride Kriegführung) fortgeführt.
- **Entwicklung von Kontrollmöglichkeiten für relevante Technologien.** Die Erarbeitung von Einschätzungen für verbesserte Kontrolle in bestehenden Regelungen (nuklear, Cyber, LAWS, CCW) und konkrete Ideen/Vorschläge für neue Regelungen (Raketenabwehr, Cyber, bewaffnete Drohnen, autonome Systeme) blieb Gegenstand der Diskussionen in der QAG1.

- Weiterverbreitung von Waffensystemen. Erste Arbeiten zur Weiterverbreitung von Drohnen und anderer Hochtechnologie wurden initiiert.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der QAG1 waren zu diesen Themen auch in der Beratung tätig. So war Christian Alwardt Mitglied einer vom Auswärtigen Amt eingesetzten Arbeitsgruppe zur Definition von Autonomie im Bereich autonomer Waffensysteme. Götz Neuneck beriet das Auswärtige Amt bei einer Reihe von Themen zu Möglichkeiten der Kontrolle militärischer Technologien. Mitarbeiter der QAG1 bemühten sich im Jahre 2016, Beiträge zu aktuellen Tagesfragen mit grundlegenden Überlegungen zur Zukunft von Krieg und Frieden zu verbinden.

Zu den im Jahre 2016 erschienenen Veröffentlichungen von Mitarbeitern der QAG1 zählen:

Alwardt, Christian und Martin Krüger. 2016. „Autonomy of Weapon Systems.“ IFSH_IFAR² Food for Thought Paper, Hamburg, Februar 2016.

Brzoska, Michael. 2016. Progress in the collection of quantitative data on collective violence. In *SIPRI Yearbook 2016. Armaments, Disarmament and International Security*, hrsg. von Stockholm International Peace Research Institute, 191-200. Oxford: Oxford University Press.

Brzoska, Michael. 2016. „Vertrag über den Waffenhandel: 1. Vertragsstaatenkonferenz 2015.“ *Vereinte Nationen* 64 (1): 31.

Ehrhart, Hans-Georg und Götz Neuneck. 2016. „Analyse sicherheitspolitischer Bedrohungen und Risiken unter Aspekten der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes.“ *Humanitäres Völkerrecht* 29 (3): 84-91.

Ehrhart, Hans-Georg, Hrsg. 2016. „Themenschwerpunkt: Hybride Kriege und Bedrohungen.“ *S+F Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (2): 97-145.

Ehrhart, Hans-Georg. 2016. „Postmoderne Kriegführung: In der Grauzone zwischen Begrenzung und Entgrenzung kollektiver Gewalt.“ *S+F Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (2): 97-104.

Ehrhart, Hans-Georg. 2016. „Unkonventioneller und hybrider Krieg in der Ukraine: zum Formenwandel des Krieges als Herausforderung für Politik und Wissenschaft.“ *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 9 (2): 223-241.

Göttsche, Malte, Moritz Kütt, Götz Neuneck und Irmgard Niemeyer. 2015. „Advancing Disarmament Verification Tools: A Task for Europe?“ *ESARDA Bulletin* Nr. 53: 111-123.

Kahl, Martin. 2016. „»Wir schaffen mehr Feinde als wir beseitigen« – Radikalisierung, Rekrutierung und Militanz als Folge amerikanischer Drohneinsätze?“ *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 5 (1): 34-64.

Neuneck, Götz. 2016. „Ist Rüstungskontrolle im Cyberspace möglich? Neue Herausforderungen für die Sicherheits- und Friedenspolitik.“ *WeltTrends* Nr. 113: 28-32.

Reinhold, Thomas. 2016. „Cyberspace als Kriegsschauplatz?“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66 (35/36): 22-27.

S+F Sicherheit und Frieden Security and Peace

<p>Herausgeber:</p> <p>Prof. Dr. Michael Brzoska Dr. Walter E. Feichtinger Dr. Volker Franke Prof. Dr. Hans J. Giessmann Prof. Dr. Heiner Hänggi Dr. Sabine Jaberg Dr. Axel Krohn Dr. Patricia Schneider</p> <p>Gastherausgeber:</p> <p>Dr. Hans-Georg Ehrhart</p>	<p>Themenschwerpunkt: Hybride Kriege und Bedrohungen Hybrid Wars and Threats</p> <p>Postmoderne Kriegführung: In der Grauzone von Begrenzung und Entgrenzung kollektiver Gewalt Hans-Georg Ehrhart</p> <p>Chimäre statt Chamäleon: Probleme der begrifflichen Zählung des hybriden Krieges Felix Wassermann</p> <p>Tertium datur: Neue politische Konfliktformen wie sogenannte „hybride Kriege“ bringen alte Legitimationsmuster unter Druck Bernhard Koch</p> <p>Hybride Kriegführung und das „Center of Gravity“ der Entscheidung Johann Schmid</p> <p>Die NATO und hybride Kriegführung Johannes Varvick und Aylin Matić</p> <p>Clausewitz und der Kampf um Anerkennung in hybriden Kriegen: Zur Motivation von IS Kämpfern Andreas Herberg-Rothe und Miriam Förstle</p> <p>Beyond Mere Terrorism: The Islamic State's Authority as a Social Movement and as a Quasi-State Christoph Günther und Tom Kaden</p> <p>Hybride Bedrohung und Bevölkerungsschutz Dirk Freudenberg</p>
--	--

2 2016
34. Jahrgang
ISSN 0175-274X

Nomos

Forum:
„Wie wird Friede?“ Zur Friedensethik von Dietrich Bonhoeffer
Detlef Bald

Der Konflikt um die Ukraine: Was wir von Egon Bahr lernen können
Ulrich Kühn

4.1.1 Die Evolution normativer Begrenzungen von Kriegführung

Michael Brzoska

Im Krieg ist nicht alles erlaubt. Eine Reihe von rechtlichen Regeln und weit akzeptierten Verhaltensformen für die Führung von und das Verhalten in bewaffneten Konflikten lassen sich zu einer „normativen Ordnung der Kriegführung“ zusammenfassen. Auch wenn sich bewaffnete Akteure in unterschiedlichem Maße daran halten, bildet diese Ordnung weithin akzeptierte Orientierungspunkte dafür, welches Verhalten im Krieg gerechtfertigt ist und welches nicht. Zentral ist dabei das Völkerrecht. Zum einen erlaubt das internationale humanitäre Völkerrecht im *ius ad bellum* nur bestimmte Begründungen für den Beschluss Krieg zu führen, zum anderen verbietet oder begrenzt es bestimmtes Verhalten in der Kriegführung, im *ius in bello* zusammengefasst. Aber der Rahmen für akzeptables Verhalten in Kriegen wird in der Praxis nicht ausschließlich vom Völkerrecht gesetzt. So müssen in vielen Fällen Akteure ihre Aktionen gegenüber ihren Bevölkerungen oder auch anderen Staaten politisch legitimieren. Auch sind die Bestimmungen des Völkerrechts nicht immer so eindeutig, dass sie fundamentale politische Auseinandersetzungen über ihre Auslegung ausschließen. Letzteres ist in den beiden letzten Jahrzehnten im Bereich des *ius in bello* sehr deutlich geworden, relevante Stichwörter sind „humanitäre Intervention“ und „Schutzverantwortung“. In diesem Beitrag soll es aber nicht vorrangig um diesen vielfach diskutierten Bereich gehen. Der Fokus der folgenden Ausführungen liegt bei Normen und Praktiken des Verhaltens im Krieg.

Im Laufe der Geschichte haben unterschiedliche rechtliche Vereinbarungen und weithin als rechtmäßig akzeptiertes Verhalten bewaffneter Akteure verschiedene, meist regional beschränkte und auf bestimmte Kriegsformen begrenzte normative Ordnungen markiert (Best 1980; Howard et al 1994; Neff 2005). Beispiele für solche Ordnungen

sind die europäischen mittelalterlichen Grundsätze des ritterlichen Kampfes, die *De-facto*-Regeln der Epoche der Kabinettskriege in Europa im 17. und 18. Jahrhundert, die sich scharf von den Regeln für Kolonialkriege unterschieden, oder, als ein Extrembeispiel, die vom Tokugawa-Shogunat vom Beginn des 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts durchgesetzte Form der Kriegführung. Jeweils dominante Ordnungen hatten unterschiedlich lange Bestand. Sie wurden fortwährend interpretiert und herausgefordert, in Worten und Praktiken, und gingen nach grundlegenden Veränderungen in neue Ordnungen über. Die aktuell dominante Ordnung hat ihre Ursprünge im späten 19. Jahrhundert und wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konsolidiert.

Nun sind verstärkt seit den 1990er Jahren eine Reihe von Veränderungen und Innovationen in der Praxis der Kriegführung der führenden Militärmächte zu verzeichnen, die diese dominante Ordnung infrage stellen. Damit gingen zumindest teilweise geänderte Begründungen für geplante und auch tatsächlich durchgeführte Kriegführung einher, die Aspekte der aktuellen Ordnung infrage stellen. Darüber hinaus gibt es eine lebhaft akademische Diskussion über die Normen, die für das Verhalten in Kriegen maßgebend sein sollten. Daraus ergeben sich vielfältige Herausforderungen der dominanten Ordnung, von denen aber nicht klar ist, ob sie eine neue Ordnung begründen können. Gegenwärtig werden sie vor allem als Erosion des internationalen humanitären Völkerrechts wahrgenommen¹.

Die Querschnittsarbeitsgruppe¹ analysiert die aktuellen Veränderungen in der Kriegführung der führenden Militärmächte des

¹ Siehe z.B. <https://www.icrc.org/en/document/law-armed-conflict-crisis-and-how-recommit-its-respect>.

„globalen Nordens“ und sucht nach den Faktoren, die sie antreiben. Hierzu sind zahlreiche Arbeiten vorgelegt worden. Dieser Beitrag, die Kurzfassung eines ausführlicheren Textes, der 2017 in einem von Hans-Georg Ehrhart herausgegebenen Sammelband zu Veränderungen in der Kriegführung erscheinen wird, behandelt einen Aspekt dieser Thematik: die potenziellen Konsequenzen für die dominante Ordnung, die sich aus aktuell vorgetragenen Begründungen für das rechtmäßige Verhalten in Kriegen ergeben. Dazu werden zunächst zentrale Elemente dieser Ordnung umrissen sowie vier solcher Begründungen vorgestellt. Darauf aufbauend werden Schlussfolgerungen für die Bestandskraft der aktuellen Ordnung entwickelt.

Dominante normative Ordnung der Kriegführung

Schon in antiken Texten findet sich das Argument, dass Kriegführung Grenzen gesetzt werden sollte (Kinsella und Carr 2007; van Crefeld 1991). Gegenwärtig wirkungsvoll sind im 19. Jahrhundert beginnende starke gesellschaftliche Bemühungen, liberale humanitäre Vorstellungen in rechtlich verbindliche Regeln der Kriegführung zu übersetzen. Diese Bemühungen verbanden sich mit dem Interesse der Nationalstaaten, als besonders problematisch angesehene Formen der Kriegführung zu verbieten. Erste Erfolge waren das Verbot als besonders grausam angesehener Sprenggeschosse in der St. Petersburger Erklärung von 1868 sowie von Regelungen zur Behandlung von verwundeten Soldaten. Wichtige weitere größere Schritte waren die Haager Landkriegsordnung und einige andere Elemente der Haager Abkommen von 1899 und 1907 und insbesondere die Genfer Konventionen von 1949. 1980 kam es zum Abschluss einer weiteren wichtigen völkerrechtlichen Vereinbarung: dem „Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können“, auch VN-Waffenübereinkommen genannt. In fünf Protokollen wurden danach Verbote für

nicht-entdeckbare Waffensplitter, Brandwaffen, Minen und Sprengfallen, gezielt blind machende Laserwaffen und explosive Kriegsmunitionsrückstände geregelt. Darüber hinaus bestehen eigenständige völkerrechtliche Vereinbarungen zum Verbot des Besitzes von Waffen.

Wie bei allen rechtlichen Regelungen garantiert die Ratifizierung eines Übereinkommens noch nicht deren Umsetzung. In den beiden Weltkriegen sind völkerrechtliche Verpflichtungen aus den Haager Übereinkommen massiv missachtet worden, und auch in bewaffneten Konflikten danach haben sich Kriegsparteien bei Weitem nicht immer an die jeweils geltenden Verhaltensregeln gehalten. Die Nichtbeachtung des internationalen humanitären Völkerrechts durch bewaffnete Akteure ändert aber prinzipiell nichts an der rechtlichen Verbindlichkeit und normativen Orientierungsfunktion einer Reihe von Grundprinzipien für alle bewaffneten Akteure:

1. Gebot der *Diskriminierung*. Zivilisten, oder genauer: Nichtkombattanten und zivile Objekte, dürfen nicht Ziel eines militärischen Angriffs sein.
2. Gebot der *Verhältnismäßigkeit*. Zivilisten und Nichtkombattanten sind nicht immer vor militärischer Gewalt geschützt. Ein Angriff, der sich gegen militärische Ziele richtet, aber auch Zivilisten oder zivile Objekte trifft, ist nur dann verboten, wenn damit zu rechnen ist, dass die Schädigung von Zivilpersonen oder zivilen Objekten in keinem Verhältnis zum erwarteten militärischen Vorteil steht.
3. Gebot der *Notwendigkeit*. Neben der Verhältnismäßigkeit ist der Angreifer bei militärischen Aktionen, bei denen Zivilisten oder zivile Objekte zu Schaden kommen können, auch zur weitest möglichen Begrenzung des Schadens für Zivilisten und zivile Objekte für die Erreichung seines militärischen Zieles verpflichtet.
4. Verbot *unnötigen Leidens*. Die meisten Beschränkungen des internationalen humanitären Völkerrechts sollen Zivilisten und zivile Objekte vor Gewalt schützen.

Kommt es aber zur Gewaltanwendung, dann gelten Einschränkungen der Kriegführung, insbesondere im Gebrauch bestimmter Waffen, auch in Bezug auf Kombattanten, denen Leiden soweit wie möglich zu ersparen ist.

5. Behandlung von *Kombattanten außerhalb des Kampfes*. Kombattanten, die keine aktuelle militärische Bedrohung darstellen, etwa weil sie verwundet oder gefangen sind, genießen Schutz, wobei rechtlich erhebliche Unterschiede zwischen der Situation im internationalen und nicht-internationalen bewaffneten Konflikt bestehen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die genannten Grundsätze vor allem darauf zielen, „gefährliche“ Kombattanten von „unschuldigen“ Zivilisten zu trennen. Das Töten und Verwunden von Kombattanten, ebenso wie die Zerstörung militärischer Ziele, ist erlaubt, solange es auf eine Art und Weise geschieht, die Leiden minimiert. Ob Kombattanten in einem legitimen oder illegitimen Krieg kämpfen, ist in der aktuellen Ordnung irrelevant. Alle Kombattanten, aber auch alle Zivilisten, sind rechtlich gleichgestellt. Die Grundprinzipien sind normativ klar formuliert, mit allerdings erheblichen Spielräumen in der Umsetzung. So ist offensichtlich für die Anwendung der Norm der Diskriminierung zentral, wer und was als militärisch und/oder zivil zu bezeichnen ist. Für die Bemessung der Verhältnismäßigkeit ist die Bestimmung des Verhältnisses von militärischem Vorteil und akzeptablem Ausmaß an zivilen Opfern ausschlaggebend. Trotz dieser und anderer Interpretationsspielräume, die sich die Vertragspartner der verschiedenen Übereinkommen vorbehalten, ist die aktuelle Ordnung der Kriegführung in einer Krise.

Herausforderungen der dominanten normativen Ordnung der Kriegführung

Parallel zu Veränderungen in der Kriegführung führender Militärmächte sind eine Reihe von Kritiken der dominierenden Ordnung der Kriegführung und Ansätze für veränderte normative Grundsätze zu ver-

zeichnen. Hier sollen vier von diesen aufgrund ihrer Bedeutung für den Diskurs über die Krise der aktuellen Ordnung skizziert werden.

- *Humanitäre Intervention und Schutzverantwortung* („responsibility to protect“, R2P) sind zwei Konzepte, über die im Rahmen der in diesem Beitrag nicht weiter behandelten Frage der Legitimität der Entscheidung zur Kriegführung strittig diskutiert wird. Sie haben aber auch Auswirkungen auf Fragen der Kriegführung. Denn die humanitäre Begründung für das Führen eines Krieges wirft das grundlegende Dilemma auf, Leben durch Vernichtung von Leben retten zu wollen. Es lässt sich zumindest teilweise durch besonders hohe Anforderungen an den Schutz von Zivilpersonen, die durch den Angriff externer Interventen auf militärische Ziele zu Schaden kommen könnten, entschärfen. Die Balance zwischen der militärischen Gewalt, die für das Erreichen militärischer Ziele als notwendig erachtet wird, und den „Kollateralschäden“, die dafür in Kauf genommen werden können, muss aber weit in Richtung auf Vermeidung von Opfern verschoben werden, soll der humanitäre Charakter der Kriegführung nicht *ad absurdum* geführt werden. Die scharfe Unterscheidung zwischen eigenen Soldaten, unbeteiligten Zivilisten und Kombattanten der gegnerischen Seite in der dominanten Ordnung lässt sich kaum aufrechterhalten. Konsequenz der Anwendung der in diesem Diskurs entwickelten Ideen wäre eine Ausweitung der Prinzipien der aktuellen Ordnung der Kriegführung durch deren sehr enge Interpretation.
- Die Ankündigung eines „*Global War on Terror*“ durch die Regierung der USA nach dem Angriff auf World Trade Center und Pentagon am 11. September 2001 und die damit begründeten Praktiken, haben viele Implikationen, von denen nur die wichtigsten für die hier behandelten Aspekte der Ordnung der Kriegführung benannt werden können. Eine wichtige Folge betrifft die Abgrenzung zwischen Kriegen oder genauer:

bewaffneten Konflikten und Terrorangriffen. Traditionell ist die Auseinandersetzung zwischen organisierten bewaffneten Verbänden dafür von zentraler Bedeutung (ICRC 2011). Terroristische Angriffe sind völkerrechtlich von bewaffneten Auseinandersetzungen unterschieden. Da sie auf Zivilisten zielen, sind sie *a priori* als Verletzungen des Gebots der Diskriminierung verboten und als Verbrechen strafbar. Es geht nicht um Militär und Krieg, sondern um Polizei und Strafrecht. Die Befürworter eines „Global War on Terror“ weisen die strikte Abgrenzung zwischen bewaffnetem Konflikt und Terrorismus zurück und argumentieren im Kern für eine Zwischenkategorie. Angriffe gegen terroristische Organisationen werden auch dann als legitim angesehen, wenn sie außerhalb von Kampfzonen zwischen militärischen Verbänden erfolgen, soweit der Einsatz von Polizei und die Anwendung von Strafrecht als nicht möglich oder sinnvoll angesehen wird (Rona 2003).

Aber die Herausforderung der dominanten Ordnung geht darüber hinaus. Zusätzlich zur Ablehnung der traditionellen Abgrenzung von bewaffneten Konflikten in Raum und Zeit wird auch die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilpersonen infrage gestellt. Die US-Regierung sieht ihre Gegner im „Global War on Terror“ weder als vollgültige Kombattanten noch als Zivilisten, sondern als „unlawful combatants“ in einer dritten Gruppe (Rona 2003), die außerhalb jeden Rechts stehen und jederzeit und überall angegriffen werden können (Gregory 2011, Prinz and Schetter 2014).

Internationales humanitäres Recht, der Kern der dominanten Ordnung der Kriegführung, ist nicht sehr human, wenn es um die Tötung gegnerischer Kombattanten in bewaffneten Konflikten geht. Und auch Zivilisten dürfen unter bestimmten Bedingungen getötet werden. Allerdings setzt das Völkerrecht, durch die Territorialität bewaffneter Auseinandersetzungen und die Prinzipien von Proportionalität und Notwendigkeit, der Gewalt auch deutlich Grenzen. Die Befürworter

des „Global War on Terror“ wollen diese Grenzen für Individuen und Gruppen, die sie als terroristisch ansehen, nicht anerkennen. Sie werden als unwürdig angesehen, den – sehr begrenzten – Schutz zu genießen, den das internationale humanitäre Recht gewährt.

- Die von Philosophen entwickelte „*Revisionistische Theorie des gerechten Krieges*“ stellt ebenfalls eine der Grundlagen der dominanten Ordnung der Kriegführung infrage. Dies erfolgt auf der Grundlage profunden Eindringens in ethische Fragen der Rechtfertigung kollektiver Gewaltanwendung (Rodin and Shue 2007; McMahan 2009).

Ein Hauptangriffspunkt ist die prinzipielle Gleichheit von Kombattanten aller kämpfenden Parteien. Kombattanten, die für eine Partei kämpfen, die gemäß des geltenden *ius ad bellum* einen unrechtmäßigen Krieg führt, haben das gleiche Recht sich zu verteidigen, die Kombattanten der anderen Seite zu töten und zivile Opfer in Kauf zu nehmen, wie Kombattanten, die in einem rechtmäßigen Krieg kämpfen (Walzer 2006; Steinhoff 2012). Revisionisten bezweifeln die moralische Qualität der Trennung zwischen der Rechtmäßigkeit zur Kriegführung – *ius ad bellum* – von rechtmäßigem Verhalten in der Kriegführung – *ius in bello*. Sie sehen es als nicht mit dem allgemeinen Schuldempfinden vereinbar und unmoralisch an, diejenigen, die einen „guten Krieg“ führen, denjenigen gleichzustellen, die für Ziele in einem ungerechten Krieg kämpfen.

Daraus folgen Konsequenzen für die dominante Ordnung der Kriegführung. Eine betrifft die Kriterien der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit. In der dominanten Ordnung fußt das Recht, andere töten zu dürfen, auf deren unmittelbarer Gefährlichkeit. Aber diejenigen, die Waffen zum Einsatz bringen, stehen oft nur am Ende einer Befehlskette, an deren Anfang eine unbewaffnete Person steht, die im rechtstechnischen Sinne Zivilist ist. Es ist daher moralisch schwer nachvollziehbar, warum, soweit er nicht unmittelbar im Gefecht steht, der Waffen-

träger weniger Schutz genießen soll als der Zivilist, der den Waffenträger in den Kampf geschickt hat.

Hinter den Ideen und Vorschlägen der Revisionisten steht der Grundgedanke, dass eine Ordnung der Kriegführung primär auf die Legitimität des Verhaltens von Individuen im Krieg abstellen sollte. Im Kern sollen nur diejenigen zur Gewaltanwendung berechtigt sein, die das moralische Recht zum Krieg auf ihrer Seite haben; die Kombattanten der ungerechten Seite können, soweit es nicht um ihre Selbstverteidigung geht, nicht gerecht handeln. An die Stelle der Neutralität der dominanten Ordnung der Kriegführung gegenüber Kombattanten aller Seiten und der fundamentalen Unterscheidung zwischen Militärischem und Zivilem treten Fragen nach der Rechtmäßigkeit von Kriegszielen, der Verantwortlichkeit für Handlungen und deren Bedeutung für die Kriegführung.

Revisionisten haben sich vergleichsweise wenig mit den konkreten Folgen ihrer Überlegungen für Regeln der Kriegführung befasst. Daher ist offen, was die Aufgabe halbwegs klarer Kategorien wie Neutralität und Unterscheidung von Zivilisten und Kombattanten konkret bedeuten würde. Mit den Argumenten der Revisionisten lässt sich eine Ausweitung von gezielten Angriffen auf zahlreiche Zivilisten ebenso begründen wie ein besserer Schutz von Kombattanten, wie er in der dominanten Ordnung gewährt wird (Lazar 2010).

- Die Verbindung von militärischen mit nicht-militärischen Aktivitäten in Form *hybrider und unkonventioneller Kriege* ist nichts Neues, gewinnt aber für die Planung und Durchführung bewaffneter Einsätze führender Militärmächte zunehmend an Bedeutung. Ein wichtiger Faktor dafür sind die rasant wachsenden Dimensionen von Kommunikation und Interaktion durch neue Medien, einschließlich der sozialen Medien. Aber über den „pull“-Faktor neuer technischer Möglichkeiten hinaus ist der „push“-Faktor des *ius ad bellum* beachtenswert. Durch die

Charta der Vereinten Nationen setzt Völkerrecht enge Grenzen für legitimen Kriegsbeginn. Zivile Aktivitäten, insbesondere wenn sie mit unkonventioneller Kriegführung in Form von Aktivitäten eines lokalen Partners verbunden sind, sind ein oft gegangener Weg, um eigene Kriegsbeteiligung zu verschleiern. Für das *ius in bello* ist kennzeichnend, dass hybride Kriegführung zwar gut mit den dort verankerten Beschränkungen des Einsatzes militärischer Mittel vereinbar ist, aber um den Preis, dass die Grenzen zwischen Krieg und Frieden, Zivilisten und Kombattanten und zwischen internen und internationalisierten bewaffneten Konflikten verschwimmen (Schmid 2016).

Gemeinsame Trends intellektueller Herausforderungen

Die vier hier skizzierten Argumentationsgänge haben unterschiedliche Wurzeln und adressieren unterschiedliche Aspekte der Kriegführung. Aber in der Zusammenschau lassen sich drei Richtungen erkennen, in denen die dominante Ordnung herausgefordert wird:

1. Entgrenzung von Kriegführung

Die dominante normative Ordnung der Kriegführung baut auf Unterscheidungen zwischen Situationen des bewaffneten Konflikts und dem Normalzustand des Friedens auf, in Hinblick auf Kombattanten und Zivilisten, auf zivile und militärische Objekte und auch auf die zeitliche und geografische Begrenzung von Kriegführung. Insbesondere im Rahmen hybrider Kriegführung und des „Global War on Terror“ wird nicht nur die Praktikierbarkeit dieser Unterscheidung, sondern auch deren Angemessenheit infrage gestellt, soweit es um die Verfolgung als legitim angesehener politischer Ziele geht. Auch die Vertreter der „revisionist just war theory“ und die Befürworter humanitärer Interventionen liefern Argumente für Entgrenzungen, insbesondere der Unterscheidung von Zivilisten und Kombattanten. Abgeschwächt gilt dies auch für die grundsätzliche Abgren-

zung zwischen Krieg und Frieden, da sich die Argumentation der Revisionisten leicht auf andere unrechtmäßige Aktivitäten, wie Genozide oder ethnische Säuberungen ausdehnen lässt bzw. im Kern genau auf diese zielt, wie bei den Befürwortern humanitärer Interventionen.

2. Politisierung

Im Einklang mit dem Konzept gleicher und nach innen weitgehend unbegrenzter Souveränität von Staaten, das in der Charta der Vereinten Nationen kodifiziert ist, baut auch die dominante Ordnung der Kriegführung auf dem Prinzip eines für alle Akteure gleichermaßen geltenden Normensystems auf, unabhängig von deren politischen Zielen. Angesichts des Fehlens einer allgemein akzeptierten letzten Entscheidungsinstanz über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit von Kriegszielen wurden Normen entwickelt, die ohne eine Entscheidung über diese Frage auskommen. Die vier genannten intellektuellen Herausforderungen der dominanten Ordnung der Kriegführung stehen im Gegensatz zu diesem Herangehen. In allen werden Elemente der Unterscheidung zwischen „guten“ und „verwerflichen“ Kriegszielen in die Einstufung von Kriegshandlungen als gerechtfertigt oder unzulässig eingebracht. Das ist am offensichtlichsten beim „Global War on Terror“. Hier werden diejenigen, die als Terroristen angesehen werden, die in der dominanten Ordnung vorgesehenen Rechte für Kombattanten zumindest teilweise vorenthalten. Es stimmt aber auch für die Revisionisten, die Gebote und Verbote für Kriegshandlungen mit der Rechtmäßigkeit bzw. Unrechtmäßigkeit der Kriegsziele verbinden wollen. Auch diejenigen, die humanitäre Interventionen befürworten, halten die Unterscheidung der dominanten Ordnung zwischen Kombattanten und Zivilisten für problematisch, wenn letztere für schwere Menschenrechtsverbrechen verantwortlich sind. Grundsätzlich – und das ist der Hauptunterschied zur dominanten Ordnung der Kriegführung – führt das normative Urteil über die

Rechtmäßigkeit der Kriegsziele zu anderen Unterscheidungen in den Rechten und Pflichten der Akteure im bewaffneten Konflikt als sie in der dominanten Ordnung verankert sind.

3. Schadensminimierung

In scheinbarem Gegensatz zu den beiden beschriebenen Trends, zielen die vier genannten Argumentationsmuster alle auf die Minimierung des Gewalteinsetzes in bewaffneten Konflikten. Begrenzung des Gewalteinsetzes ist zwar auch ein Prinzip der dominanten Ordnung der Kriegführung, aber deren Herausforderer wollen darüber hinausgehen. Neben der Minimierung der eigenen Opfer wird auch der Minimierung der Zahl der Opfer der anderen Seite große Bedeutung beigemessen, abgestuft von offensichtlichen Zivilpersonen bis zu Kombattanten. Besonders interessant sind hier Positionen von Befürwortern humanitärer Interventionen und der „revisionist just war theory“ mit ihren Zweifeln am Maß an Schutz von Zivilisten vor Gewalt, welches das Gebot der Verhältnismäßigkeit bietet. Die Rechtfertigung, Schädigungen von Zivilpersonen in Kauf zu nehmen, gerät in Schiefelage, wenn das Hauptziel einer militärischen Aktion die Rettung von Menschenleben ist. Dies werden überwiegend Zivilisten sein, aber es können auch Kombattanten sein, die unfreiwillig zu dieser Rolle gekommen sind. Stärkere Rechtfertigungen als die der Verhältnismäßigkeit oder Notwendigkeit eines Angriffs sind gefordert.

Vor einer neuen Ordnung der Kriegführung?

Die dominante Ordnung der Kriegführung war Resultat historischer Erfahrungen und politischer Kompromissbereitschaft. Sie ist damit ständig Gegenstand von Veränderung. Aktuell zeichnen sich in relevanten Diskursen über das rechtmäßige Verhalten in Kriegen Versuche der Abwertung des Gebots der Diskriminierung zwischen Zivilisten und Kombattanten und der grundlegenden Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden

einerseits und der Aufwertung anderer Elemente, vor allem des Gebots der Notwendigkeit, ab. Damit sind Kriterien erkennbar, die in einer neuen Ordnung leitend sein könnten, wie territoriale Entgrenzung, Politisierung und Individualisierung der Regeln der Kriegführung. Aber es ist mehr als offen, ob eine solche Ordnung international politisch umsetzbar wäre. Genauso offen ist, ob die Kriegführung führender Militärmächte dann grundsätzlich anders aussehen würde. Entgrenzung und Politisierung würden in der aktuellen Ordnung gesetzte Schranken der Gewaltausübung senken, während Schadensminimierung sie erhöhen könnte.

Die hier skizzierten Herausforderungen der dominanten Ordnung der Kriegführung zeigen trotz der genannten Gemeinsamkeiten auch grundsätzliche Unterschiede. Eine neue Ordnung der Kriegführung ist daher bestenfalls in Konturen erkennbar. Potenzielle Elemente wie Entgrenzung und Politisierung sind hoch problematisch und umstritten. Auch zeigen führende Militärmächte wenig Initiative, sie zur Grundlage für Regeln der Kriegführung werden zu lassen, die für alle gelten. Stattdessen überwiegt das Opportunitätsprinzip: Die aktuelle Ordnung wird weiter als Leitlinie des Verhaltens gesehen. Wo es effektiv erscheint, wird aber auch von ihr abgewichen. Der Trend zur „postmodernen“ Kriegführung (Ehrhart 2016) zeigt sich daher auch bei der Untersuchung der normativen Ordnung.

Für die Zukunft der Kriegführung führender Militärmächte des globalen Nordens lässt sich aus diesen Überlegungen eine Fortsetzung gegenwärtiger Trends ableiten. Zu erwarten ist mehr, aber weniger intensives militärisches Engagement, eine noch stärkere Verbindung militärischer und ziviler Mittel der Machtausübung sowie eine möglichst weitgehende Vermeidung von Opfern, soweit dadurch Kriegsziele nicht infrage gestellt werden. Dabei werden sowohl die Fälle zunehmen, in denen bewaffnete Konflikte territorial entgrenzt sind, als auch solche, in denen Kriege gegen kleine Gruppen von

Personen, bis hin zu Einzelnen, geführt werden. Das wiederum dürfte die Attraktivität des Einsatzes von Spezialeinheiten und Geheimdienstoperationen einerseits und technischer Mittel, mit denen sich militärische Gewalt aus der Ferne und präzise anwenden lässt, andererseits steigern.

Literatur

- Best, Geoffrey. 1980. *Humanity in Warfare*. New York: Columbia University Press.
- van Crefeld, Martin 1991. *The Transformation of War*. New York: Free Press.
- Ehrhart, Hans-Georg. 2016. „Postmoderne Kriegführung: In der Grauzone von Begrenzung und Entgrenzung kollektiver Gewalt.“ *S+F; Sicherheit und Frieden* 34 (2): 97-103.
- Gregory, Derek. 2011. „The Everywhere War.“ *The Geographic Journal* 177 (3): 238-250.
- Howard, Michael, George J. Andreopoulos und Mark R. Shulman. Hrsg. 1994. *The Laws of War: Constraints on Warfare in the Western World*. New Haven: Yale University Press.
- ICRC (International Committee of the Red Cross). 2011. „The relevance of IHL in the context of terrorism.“ Abgerufen am 10. Mai 2017. <https://www.icrc.org/eng/resources/documents/faq/terrorism-ihl-210705.htm>.
- Kinsella, David und Craig L. Carr. Hrsg. 2007. *The Morality of War: A Reader*. Boulder: Lynne Rienner.
- Lazar, Seth. 2010. „The Responsibility Dilemma for Killing in War: A Review Essay.“ *Philosophy & Public Affairs* 38 (2): 180-213.
- McMahan, Jeff. 2009. *Killing in War*. Oxford: Oxford University Press.
- Neff, C. Stephen. 2005. *War and the Law of Nations: A General History*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Prinz, Janosch und Conrad Schetter. 2014. „Das Ende der Souveränität?: Über die Entstehung neuer Gewalträume im Krieg gegen den Terrorismus.“ *Die Friedens-Warte* 89 (3-4): 91-110.
- Rodin, David und Henry Shue. Hrsg. 2008. *Just and Unjust Warriors: The Moral and Legal Status of Soldiers*. Oxford: Oxford University Press.
- Rona, Gabor. 2003. „Interesting Times for International Humanitarian Law: Challenges from the »War on Terror.«“ *The Fletcher Forum of World Affairs* 27 (2): 55-74.
- Steinhoff, Uwe. 2012. „Rights, Liability, and the Moral Equality of Combatants.“ *The Journal of Ethics*, 16 (4): 339-366. doi: 10.1007/s10892-012-9120-z.
- Walzer, Michael. 2006. *Just and Unjust Wars: A Moral Argument with Historical Illustrations*. New York: Basic Books.

4.2 Querschnittsarbeitsgruppe 2 – Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen

Die Querschnittsarbeitsgruppe 2 beschäftigt sich mit den Folgen des globalen Wandels für die internationale Normenbildung, Normendurchsetzung und die Verregelung von friedensgefährdenden Problemlagen. Im Zentrum steht die Frage, worin heute zwischenstaatliche Friedensbedingungen bestehen (können), dies insbesondere vor dem Hintergrund von globalen Machtverschiebungen, dem in Erscheinungtreten „neuer“, unverfasster Akteure in der Weltpolitik und einer neuen Normenvielfalt und Normenkonkurrenz auf der globalen Ebene. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass globale Prozesse und Megatrends wie Bevölkerungswachstum, Klimawandel, menschliche Mobilität und technologischer Wandel die Kräfteverhältnisse im internationalen Raum verändern und damit auch die bestehende internationale Ordnung spürbar beeinflusst wird. Diese Verschiebungen gehen einher mit einem relativen Machtverlust der USA, dem ökonomischen Aufstieg Chinas sowie einer Reihe weiterer Staaten des globalen Südens sowie einer Schwächung der wirtschaftlichen und politischen Stellung des Westens. Darüber hinaus kommt es zu Entgrenzungs- und Differenzierungsprozessen, in deren Fortgang neue einflussreiche gesellschaftliche, „unverfasste“ Akteure, wie global agierende privatwirtschaftliche Konzerne, auf die weltpolitische Bühne getreten sind.

Damit werden scheinbar viele jener Ausgangslagen und Bedingungen infrage gestellt, die in den liberalen Friedenstheorien als Voraussetzungen für Frieden benannt worden sind, hier insbesondere die demokratische Verfasstheit von Staaten und die Einbindung von Akteuren in internationale Regime und Regelwerke. Zentral dabei ist auch die Beobachtung, dass die liberale Friedensidee, die europäische Politik auf der Basis eigener historischer Erfahrungen normativ anleitet und die davon ausgeht,

dass kollektive Gewaltanwendung weltweit durch Demokratisierung, wirtschaftliche Verflechtung, Rechtsstaatlichkeit und Verteilungsgerechtigkeit verhindert werden kann, in zunehmendem Maße durch andere, z.T. aufstrebende und daher hinsichtlich ihres weltpolitischen Gestaltungspotenzials wichtiger werdende Weltregionen herausgefordert wird. Der dahinter liegende universalistische Gedanke, dass die Rezepte für den Frieden in Europa auch global ihre Wirkung entfalten könnten, scheint hinfällig. Somit stellt sich die Frage, wie aus Europa heraus unter dem Eindruck der normativen Vielfalt friedliche oder dem Frieden zuträgliche Ordnung hergestellt werden kann. Wie genau muss Europa der neuen Normenvielfalt in friedenspolitischer Hinsicht begegnen? Müssen wir einsehen, dass westlich-liberale Konzepte an ihre geografischen und historischen Grenzen gekommen sind? Ist friedenspolitisch grundlegend neues normatives Orientierungswissen gefragt oder können wir auch heute noch von den liberalen Friedentheoretikern Wichtiges für eine friedensfördernde europäische Politik lernen?

QAG2 hat sich 2016 in ihrer Arbeit, wie auch schon im Jahr davor, vor allem darauf konzentriert, die bestehenden normativen Bezugspunkte für europäische Friedenspolitik gegenüber anderen Weltregionen angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen kritisch zu hinterfragen. Dabei ging es zum einen um die Identifizierung und Anwendung zeitgemäßer theoretischer Ansätze zur Analyse und Erklärung normativer Konflikte in den internationalen Beziehungen, normativer Auflösungserscheinungen und Abgrenzungsprozesse sowie der Herausbildung neuer normativer Orientierungsmuster und daraus ableitbarer Deutungsmuster und Narrative. Zum anderen ging es darum, auf der Grundlage dieser Analysen und Arbeiten neue normative Orientierungs-

punkte für europäische Friedenspolitik und Lösungsansätze für aktuelle normative Konflikte zu identifizieren, die wiederum die Grundlage bilden können für effektive politische Strategien. Für die Forschungsarbeit und Zielsetzung der QAG2 spielt stets auch die Frage eine Rolle, inwieweit liberale Elemente hier noch eine Rolle spielen können, müssen oder dürfen. Die theoretischen Debatten hierzu lassen viele Möglichkeiten offen – von einer „radikalen“ Abwendung des liberalen Politikmodells in den internationalen Beziehungen bis hin zu Denkmodellen, die versuchen, unterschiedliche Ordnungsmodelle miteinander zu vereinbaren. Folgende Fragen, Diskussionen und Forschungstätigkeiten prägten die Arbeit der QAG2 im Jahr 2016:

- Post-liberale Debatte und europäische Friedenspolitik: Westliche Interventionspolitik auf dem Prüfstand.
 - Hybriditätssensitive Analyseansätze und westliche Friedensstrategien: Gibt es in der außenpolitischen Praxis westlicher Staaten eine Abkehr vom westlich-liberalen Modell der Friedensförderung? Wie kann eine post-liberale Alternative aussehen und ist diese wünschenswert? Hier entstanden Arbeiten über Resilienz als neues Sicherheitsparadigma und zum sogenannten „local turn“ in der Peacebuilding-Debatte.
 - Wie können normative Differenzen bei der Analyse von Friedensbedingungen und der Formulierung angemessener Friedensstrategien stärker berücksichtigt werden? Inwiefern kann das Konzept der „Hybridität“ hier weiterhelfen? Hier entstanden konkret Arbeiten zum zentralasiatischen Raum.
 - Krise der europäischen Sicherheit: institutionelle Desintegration – Neuordnung? Was sind die Ursachen für die Zersetzung des gesamteuropäischen Sicherheitsgefüges und welche neuen Wege können beschritten werden? Hierzu entstand u.a. ein Bericht, der gesellschaftlich basierte Vermittlungsmöglichkeiten im OSZE-Raum untersucht und bewertet.
- Anerkennung, Legitimität und Bedeutung in internationalen Ordnungskonflikten: Welche Rolle spielen Statusstreben und

Anerkennungswünsche in normativen Überlappungskonflikten? Hierzu entstanden Beiträge zu Russlands Außenpolitik gegenüber dem Westen und der Rolle von Emotionen darin sowie Arbeiten zur Rolle von Legitimität als Quelle von Staatlichkeit im israelisch-palästinensischen Konflikt.

- Identität und Differenz. Ordnungskonflikte als Abgrenzungskonflikte: Wie und warum entstehen Feindbilder und wie beeinflussen sie Kooperations- und Konfliktodynamiken? In welcher Weise verschärfen sie internationale Ordnungskonflikte oder rufen sie sogar hervor? Hier entstanden Arbeiten zu aktuellen Self-Othering-Dynamiken zwischen „alten“ und „aufsteigenden“ Mächten.
- Transliberaler Frieden? Können liberale Elemente unter der Voraussetzung normativer Vielheit Brücken schlagen? Hier ging es um die kritische Auseinandersetzung mit herkömmlichen liberalen Politikansätzen und der Frage, ob es einen „normativen Restgehalt“ des Liberalen geben kann, der sowohl in der normativen Vielheit global akzeptierbar als auch friedensförderlich sein kann und worin dieser bestehen könnte.

Neben den internen Diskussionen und Einzelarbeiten der QAG2-Mitglieder wurde auch eine Reihe von anderen Aktivitäten in Form von Workshops und Präsentationen durchgeführt:

- AFK-Panel „Transliberaler Frieden“: Vorstellung erster Thesen zu den QAG2-Überlegungen zu einem „transliberalen Frieden“ in einem gemeinsamen Papier sowie Vorstellung eines Beitrags zum Konzept der Hybridität (Panelteilnehmerinnen: Christiane Fröhlich, Regina Heller, Anna Kreikemeyer).
- ISA-Panel: „Peace-bringing or peace-breaking: (How) Should the West respond to Russian status aspirations?“. 57. International Studies Association Convention, 16.-19. März 2016, Atlanta. Organisation und Präsentation eines Papiers (Regina Heller).
- 1st Workshop „New Directions in International Political Theory“, Teil der trilatera-



Mitglieder der Querschnittsarbeitsgruppe 2

V.l.n.r.: Wolfgang Zellner, Sybille Reinke de Buitrago, Margret Johannsen, Anna Kreikemeyer, Delf Rothe, Regina Heller (Koordination), nicht auf dem Foto: Christiane Fröhlich, Azam Isabaev, Martin Kahl, Elena Kropatcheva.

len Kooperation zwischen den Universitäten Fudan (Schanghai), Macquarie (Sidney) und Hamburg, 19.-20. Juli 2016 am IFSH (Präsentationen von Sybille Reinke de Buitrago und Delf Rothe).

- Hamburger Zentralasientag unter dem Motto „Prospects for Peace Research in Central Asia. Between Discourses of Danger, Normative Divides and Global Challenges“, 17.-18.11.2016 am IFSH (Organisation: Anna Kreikemeyer).
- International Politics in the Anthropocene“, Workshop im Rahmen der 3. European Workshops on International Studies, 6.-8. April 2016, Universität Tübingen (Organisation: Delf Rothe).

Zu den im Jahr 2016 erschienenen Veröffentlichungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der QAG2 zählen:

Fröhlich, Christiane und Regina Heller. 2016. „Ist der liberale Frieden tot? Überlegungen zum europäischen Friedensprojekt.“ *Wissenschaft & Frieden* 34 (4): 10-11.

Heller, Regina. 2016: Russland und der Frieden in Europa – normative Entwicklungspfade und aktuelle Außenpolitik. In *Frieden. Vom Wert der Koexistenz*, hrsg. von Clemens Sedmak, 137-156. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Reinke de Buitrago, Sybille. 2016. „The Role of Emotions in US Security Policy towards Iran.“ *Global Affairs* 2 (2): 155-164.

Reinke de Buitrago, Sybille. 2016. „Difference and Threat: Iran Still a Threatening ‘Other’ in U.S. Security Policy Discourse.“ *Powision. Neue Räume für Politik* Nr. 18: 32-35.

Reinke de Buitrago, Sybille. 2016. „Threats of a Different Kind: China and Russia in U.S. Security Policy Discourse.“ *S+F Sicherheit und Frieden / Security and Peace* 34 (3): 165-170.

Boas, Ingrid und Delf Rothe. 2016. „From conflict to resilience? Explaining recent changes in climate security discourse and practice.“ *Environmental Politics* 25 (4): 613-632. doi:10.1080/09644016.2016.1160479.

Rothe, Delf und Mariam Salehi. 2016. „Autonomy in Times of War? The Impact of the Libyan Crisis on Migratory Decisions.“ In *Understanding Migrant Decisions: From Sub-Saharan Africa to the Mediterranean Region*, hrsg. von Belachew Gebrewold, Tendayi Bloom, Abingdon: Routledge, S. 80-98.

4.2.1 Ist der liberale Frieden tot? Überlegungen zum europäischen Friedensprojekt

*Christiane Fröhlich und Regina Heller**

Die liberale Friedensidee, die europäische Politik auf der Basis eigener historischer Erfahrungen normativ anleitet, geht davon aus, dass kollektive Gewaltanwendung weltweit durch Demokratisierung, wirtschaftliche Verflechtung, Rechtsstaatlichkeit und Verteilungsgerechtigkeit verhindert werden kann. Sie wird in zunehmendem Maße durch andere, z.T. aufstrebende und daher hinsichtlich ihres weltpolitischen Gestaltungspotenzials wichtiger werdende Weltregionen herausgefordert. So wird auch der liberalen Friedensidee zugrundeliegende, universalistische Gedanke infrage gestellt, dass die Rezepte, die für den Frieden in Europa gesorgt haben, auch global ihre Wirkung entfalten könnten. Kritiker des liberalen Friedens (etwa Oliver Richmond und Roger MacGinty und David Chandler) führen die in der post- bzw. de-kolonialen Literatur hervorgebrachte Skepsis gegenüber der im globalen Norden dominanten liberalen Friedensidee und der epistemischen Macht westlicher Sozialwissenschaft fort. Ein zu westlicher Ansatz und die Vernachlässigung der paradoxen Effekte des Liberalismus, konkret seiner inhärenten Neigung, Frieden durch Gewalt zu konstituieren, sowie der negativen Folgen der politischen Ökonomie liberaler Friedensprozesse unter den Bedingungen einer zunehmenden globalen Verflechtung, sind hier zentrale Kritikpunkte.¹

* Nachdruck aus: *Wissenschaft & Frieden* 4 (2016), S. 10-11.

1 Ausgehend von Klassikern der postkolonialen Theorie, wie Edward Saids „Orientalism“ (London: Routledge 1978) oder Gayatri Chakravorty Spivaks „Can the Subaltern Speak?“ (in: Patrick Williams P.; Chrisman, L. (eds.) (1988): *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory*. Hemel Hemstead: Harvester Wheatsheaf, S. 66-111), aber auch in Auseinandersetzung mit Werken feministischer Kritik und Studien der Intersektionalität (etwa Kimberlé Crenshaw (1991): *Mapping the Margins Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women of Colour*. Stanford Law Review

Aber auch in Europa selbst gerät die Idee liberaler Friedensstiftung massiv unter Druck, sei es durch die Zunahme an Systemkrisen, die Persistenz demokratieabträglicher Ordnungspraktiken oder durch ordnungspolitische Spannungen mit Russland. Auch vor dem Hintergrund der sehr aktuellen Frage, wie die Integration von „Anders-Sein“ in westlich-liberalen Demokratien gelingen kann, ist die Debatte darüber, wie Frieden trotz bestehender Differenzen erhalten bzw. erreicht werden kann, absolut grundlegend. Wie kann also angesichts der Krise des liberalen Friedens aus Europa heraus bzw. für Europa selbst friedliche oder dem Frieden zuträgliche Ordnung hergestellt werden? Ist friedenspolitisch grundlegend neues, normatives Orientierungswissen gefragt, oder gibt es, allen identifizierten Schwierigkeiten zum Trotz, etwas „Transzendentes“ in der liberalen Friedensidee, das jenseits von zeit-, kultur- und ortsgebundenen Vorstellungen und Paradigmen von Ordnung existieren und auch in den schwierigen Fahrwassern der Globalisierung bestehen kann?

Zwischen radikaler Differenz und normativer Durchlässigkeit – zum Stand der Debatte

Für die Beantwortung dieser Fragen erscheint es sinnvoll, zunächst zu den Wurzeln der aktuellen Ordnungszersetzungsprozesse vorzudringen. Als ursächlich für das Auseinanderfallen bestehender Friedensordnungen bzw. für Probleme bei der Herstellung globaler

43(6), S. 1241-1299) entwickelte sich auch die Kritik an liberaler Friedenspolitik, siehe etwa Newman, E.; Paris, R.; Richmond, O. (eds.) (2010): *New Perspectives on Liberal Peacebuilding*. Basingstoke: Palgrave; Richmond, O. (20015): *The transformation of peace*. Basingstoke: Palgrave; MacGinty, R. (2011): *International Peacekeeping and Local Resistance – Hybrid Forms of Peace*. Basingstoke: Palgrave.

friedenspolitischer Ordnungsstrukturen gilt vor allem das Aufeinanderprallen einer Vielzahl unterschiedlicher normativer Ordnungsvorstellungen weltweit. Doch eigentlich wissen wir noch nicht sehr viel über diese normativen Unterschiede, geschweige denn darüber, wie das Wirkungsverhältnis zwischen normativer Vielfalt einerseits und Frieden andererseits tatsächlich aussieht. Unklar ist vor allem, ob diese Unterschiede tatsächlich so gravierend sind, dass sie gesellschaftliche Gegensätze unüberbrückbar machen und damit auch sicherheits- und friedenspolitische Interessen unvereinbar werden.

In der aktuellen wissenschaftlichen Debatte existieren unterschiedliche Sichtweisen auf das Problem. Zum einen existieren Positionen, die von einer „radikalen Differenz“ ausgehen. Sie sehen gesellschaftliche Gegensätze als unüberbrückbar und damit auch die Möglichkeit einer globalen, einheitlichen Friedensordnung, wie sie noch in den 1990er Jahren für möglich gehalten wurde, als Chimäre an. Nach dieser Lesart ist die Idee eines liberal inspirierten Friedens in einer pluralistischen Weltgesellschaft nichts weiter als ein westlich-hegemonialer Diskurs, der historische Machtstrukturen reproduziert. Ihr Argument speisen die Vertreter der „Radikalen Differenz“-These aus einer normativ zurückgenommenen, kontextsensiblen, empirischen und vor allem kritischen De- und Rekonstruktion politischer und gesellschaftlicher, lokaler, regionaler und globaler Strukturen. Neben den bereits oben erwähnten Kritikern der liberalen Friedensidee wären auch Arbeiten zu nennen, die im Rahmen der „kritischen Normenforschung“ in Deutschland entstanden sind.²

2 Z.B. Engelkamp S.; Glaab, K.; Renner, J. (2012): In der Sprechstunde – Wie (kritische) Normenforschung ihre Stimme wiederfinden kann. Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 19 (2), S. 101-128; Deitelhoff, N.; Zimmermann, L. (2013): Aus dem Herzen der Finsternis – Kritisches Lesen und wirkliches Zuhören der konstruktivistischen Normenforschung. Eine Replik auf Stephan Engelkamp, Katharina Glaab und Judith Renner. Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 20 (1), S. 61-74.

Auf der anderen Seite stehen jene Neo-Humanisten, die die Vorstellung eines Werteuniversalismus trotz gegensätzlicher Kulturen nicht vollends verwerfen wollen, und die die postmoderne Beliebigkeit der „Radikalen Differenz“-Debatte und ihre normative Zurückgenommenheit kritisieren. Björn Goldstein zum Beispiel spricht sich dafür aus, im „Multiversum“ unterschiedlicher Weltkulturen explizit nach einem gemeinsamen, kulturübergreifenden normativen Gehalt (dem „normativen Guten“) zu suchen.³ Der Kulturtheoretiker Christoph Antweiler spricht von einem „inkluisiven Humanismus“,⁴ der uns helfen könnte, die „Achtung anderer Kulturen [...] durch [die] Achtung des Menschen [zu] ergänz[en]“,⁵ und empfiehlt, „kulturell Trennendes und Verbindendes zusammen zu denken“⁶ und auf dieser Grundlage die Möglichkeit zu schaffen, nach nicht-eurozentrischen „Kulturuniversalien“⁷ zu suchen. Allen gemeinsam ist, dass sie dezidiert für die Einnahme eines eigenen normativen Standpunktes werben, der der Untersuchung vorausgehen muss und von dem aus die Frage nach einem verbindenden ethischen Ideal – einem „transkulturellen humanum“ im Sinne Ernst Blochs⁸ – gestellt werden kann. Die kritische Auseinandersetzung mit hegemonialen Diskursen und ihre Dekonstruktion sowie die kritische Auseinandersetzung mit der potenziellen Inhumanität des Menschen spielen allerdings auch hier eine wichtige Rolle.

3 Goldstein, B. (2015): Emanzipation und „höheres Chinesentum“ – Was ist kritisch an der kritischen Normenforschung in den Internationalen Beziehungen? Zeitschrift für Politikwissenschaft 62(2), S. 140-158.

4 Antweiler, C. (2011): Mensch und Weltkultur – Für einen realistischen Kosmopolitismus im Zeitalter der Globalisierung. Bielefeld: transcript, hier S. 24.

5 Ebd. S. 8.

6 Ebd. S. 12.

7 Ebd. S. 22. Hier finden sich erneut Bezüge zur postkolonialen Theorie, insbesondere zu Homi K. Bhabhas Idee eines „dritten Raumes“; Bhabha, H. (1994): *The Location of Culture*. London and New York: Routledge.

8 Ernst Bloch (1970): *Tübinger Einleitung in die Philosophie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 144.

Schließlich lässt sich auf der Grundlage der Literatur über „Hybridität“⁹ und „multiple Modernen“¹⁰ die Annahme ableiten, dass normative Ordnungen sowohl kontingent als auch durchlässig sind. Normative Ordnungen sind stets kontingent, weil sie Ausdruck „gewordener“ historischer Bedingungen sind. Dies hat auch schon Dieter Senghaas in seinen Arbeiten unterstrichen.¹¹ Sie sind aber auch durchlässig, weil sie historisch stets in Auseinandersetzung mit, Abgrenzung von oder Wechselwirkung mit anderen Ordnungen und Vorstellungen entstehen. Insofern sollte eher von einer relativen Differenz bei gleichzeitigem Wettbewerb der Ideen ausgegangen werden, damit die Pluralität von Werteorientierungen ernst genommen und gedanklich die Grundlage dafür geschaffen wird, Unterschiede und Gemeinsamkeiten präziser zu beschreiben und mit ihnen umzugehen.

Wie weiter in der Friedenspolitik?

Wie lassen sich diese entgegengesetzten Sichtweisen nun in friedenspolitische Ordnungsversuche übertragen? Was heißt all das für europäische Friedenspolitik? Unbestritten scheint, dass Europa seine Friedenspolitik überdenken muss. Allein: Wie könnten die Eckpunkte einer solchen Friedenspolitik aussehen? Wie kann Europa der Normenvielfalt in friedenspolitischer Hinsicht begegnen? An dieser Frage sollte zukünftige Forschung unseres Erachtens ansetzen.

9 Einen Überblick bietet Papastergiadis, N. (2000a): Tracing Hybridity in Theory. In: Werbner, P.; Modood, Tariq (eds.): Debating Cultural Hybridity Multi-Cultural Identities and the Politics of Anti-Racism. London & New Jersey: Zed Books, S. 257-281. Speziell zu Hybridität in Bezug auf Frieden siehe z.B. Mac Ginty, R. (2010): Hybrid peace The interaction between top-down and bottom-up peace. Security Dialogue 41(4), S. 391-412.

10 Eisenstadt, S.N. (2000): Multiple Modernities. Daedalus 129(1), S. 1-29.

11 Senghaas, D. (1995): Frieden als Zivilisierungsprojekt. In: Senghaas, D. (Hrsg.): Den Frieden denken : si vis pacem, para pacem. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 196-223.

Ausgehend von der Kritik an der liberalen Friedensidee müssen empirisch diejenigen konzeptionellen Lücken identifiziert werden, die an den Bruchstellen der Globalisierung entstehen. Solche Lücken bestehen z.B. hinsichtlich der Blindheit „klassischer“ Friedensstrategien für lokale Ordnungen und ihren Friedensgehalt trotz möglicherweise fehlender friedenspolitischer Rahmung auf nationaler Ebene. Daran anschließend formulieren wir Fragen wie die folgenden: Wie lässt es sich friedentheoretisch abbilden, wenn Akteure, die auf nationaler Ebene nicht friedlich sind, lokal zu einer als friedlich wahrgenommenen Ordnung beitragen? Wie passt es in ein liberales Friedensverständnis, wenn autoritäre, nicht partizipative Herrschaft effektiv Frieden herstellen kann? Wie kann Friedenspolitik mit der Stratifikation von Friedensordnungen umgehen, also damit, dass Friedensordnungen möglicherweise immer nur in spezifischen Feldern ent- und bestehen können?

Zur Annäherung an diese und ähnliche Fragen ist eine Forschungsperspektive notwendig, die lokale, nationale, regionale und inter- bzw. transnationale Dynamiken in den Blick nimmt, die jeweils und in ihrer Verflechtung friedliches Zusammenleben begünstigen oder verhindern. Dabei müssen normative Überlegungen darüber, wie ein Staat zu sein hat – demokratisch, rechtsstaatlich, kooperativ usw. – zunächst in den Hintergrund treten, damit alle Akteure, die Friedensordnungen beeinflussen, berücksichtigt werden können. Erst in einem zweiten, komparativen Schritt kann dann die Frage beantwortet werden, ob tatsächlich eine Art „Restnormativität“ existiert, die zeit-, kultur- und ortsgebundene Vorstellungen und Paradigmen von friedlicher Ordnung transzendiert. Eine solche Konzeptionalisierung horizontaler und vertikaler Wirkachsen friedlicher Ordnung, die das traditionelle liberale Friedensverständnis an realen Bedingungen misst und in einem zweiten Schritt auch an sie anpasst, könnte dann die Grundlage für zukünftige friedenspolitische Schritte und die (Neu-)Ordnung normativer Vielfalt sein.

4.3 Querschnittsarbeitsgruppe 3 – Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale

Die Querschnittsarbeitsgruppe 3 problematisiert Grundlagen liberaler Friedenstheorien. In den Theorien wird ausgeführt, dass Frieden als das Ergebnis eines Prozesses zu denken ist, in dessen Verlauf kollektive Gewaltanwendung immer weniger wahrscheinlich wird. Die Friedenstheorien weisen staatlichen Institutionen dabei besondere konfliktsteuernde Rollen zu und legen maßgebliches Gewicht auf die Demokratisierung von Herrschaftssystemen. Sie binden die Entscheidung über Krieg und Frieden an den Willen der Gesellschaft und postulieren so eine Übereinstimmung zwischen Regierenden und Regierten sowie ein kongruentes Verhältnis von Identität und Legitimation. Diese innergesellschaftlichen Prozesse sehen die Vertreter liberaler Friedenstheorien in einem engen Verhältnis mit einer zunehmenden zwischenstaatlichen Integration auf verschiedenen funktionalen Ebenen. Ein weiteres zentrales Element vieler dieser Theorien ist der Hinweis auf die friedens-

schaffende Bedeutung zunehmender Verteilungsgerechtigkeit, sowohl auf inner- wie auf zwischenstaatlicher Ebene.

Diese Grundlagen, so die Ausgangsthese der Arbeitsgruppe, laufen Gefahr im Zuge der Globalisierung unter Druck zu geraten bzw. sich zu verändern. Wenn es im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen zu starken sozialen Verwerfungen und Entfremdungsercheinungen kommt, dann ist es vorstellbar, dass auch in bisher als stabil geltenden Demokratien Interessenkonflikte nicht mehr zuverlässig durch allseits akzeptierte Regeln und Prozeduren aufgefangen werden können. Damit ist die Kultur gewaltfreier Konfliktlösung innerhalb von (demokratischen) Staaten gefährdet. Mögliche Folgen von Vertrauensverlusten und Legitimationsdefiziten der gewählten Regierungen können Radikalisierung und Gewalt sein. In Europa haben sich bereits starke nationalistische bzw. rechtspopulistische Strömungen gebildet. Die QAG



Mitglieder der Querschnittsarbeitsgruppe 3

V.l.n.r.: Ursel Schlichting und Michael Brzoska sowie Reem Ahmed, Martin Kahl (Koordination) und Janina Pawelz, nicht auf dem Foto: Elena Kropatcheva.

fragt nach den Konsequenzen solcher Entwicklungen sowohl für die Konfliktlösung im Inneren als auch nach außen, je nachdem, wie integrative und desintegrative Entwicklungen zusammenwirken.

Antiliberale Strömungen in etablierten Demokratien

Libérale Friedenstheorien konzeptionalisieren gesellschaftliche Akteure nahezu ausschließlich als progressive Kräfte, die ungerechter/autoritärer staatlicher Herrschaft – quasi aus ihrem Naturbedürfnis nach Freiheit heraus – entgegenwirken und so emanzipativ an einem Abbau nicht demokratischer Herrschaft mitwirken. Auch solche Akteure können aber in erheblichem Umfang Gewalt einsetzen und Herrschaft ausüben. Dies kann im Rahmen von Norm- und Identitätskonflikten der Fall sein, etwa bei einem Aufeinanderprallen unterschiedlicher kultureller Vorstellungen innerhalb von staatlichen Herrschaftsgebilden.

Die Arbeit von QAG 3 hatte zu Beginn zunächst erbracht, dass sich ein Zusammenhang zwischen Globalisierung und gesellschaftlichem Protest/Gewalt nicht direkt und eindimensional herstellen ließ. Er hatte sich als vermittelter dargestellt und andere Akteure und Entwicklungen eingeschlossen als ursprünglich angenommen. Dies traf insbesondere auf antiliberalen Strömungen im rechten Spektrum zu. Parteien/Regierungen mit antiliberaler und zum Teil globalisierungskritischer Programmatik (Anti-Immigration, Anti-Islam, Anti-EU, Protektionismus) sind allerdings in den letzten Jahren nicht zuletzt durch Wahlen deutlich gestärkt worden. Auch Globalisierungsgegner auf der Linken, die sonst keine dauerhafte Mobilisierungsfähigkeit bewiesen hatte, konnten zumindest mit der TTIP- und CETA-Thematik globalisierungskritische Diskurse verstetigen.

Der Einflussgewinn antiliberaler Gruppierungen im rechten Spektrum, die nationalistische und integrationsfeindliche Positionen vertreten, rückt die Verbindungen zwischen Globalisierungseffekten und Forderungen

nach Abschottung und nationaler Rückbesinnung nun deutlicher in den Fokus. Der Brexit 2016 und auch die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten im gleichen Jahr kann als Ausdruck einer solchen Verbindung, die weit bis in die bürgerliche Mitte hineinreicht, gelesen werden. Das gestiegene Ausmaß von Gewalt gegen Migranten zeigt, dass bislang erfolgreiche Legitimationsstrategien liberal-demokratischer Regierungen weniger greifen als zuvor.

Gleichzeitig hat in Europa der Umfang islamistischer Gruppen zugenommen. Hier aufgewachsene Bürger/-innen haben sich an einer Reihe vom Islamischen Staat inspirierten Anschlägen beteiligt oder von Syrien aus zu solchen Anschlägen aufgerufen bzw. sie koordiniert. Rechtsextreme und islamistisch motivierte Gewaltakte scheinen sich zudem gegenseitig zu verstärken.

Antiliberale Politik demokratischer Regierungen

Auf der anderen Seite können die Grundlagen demokratischer Verfassung aber auch durch ausgreifende Herrschaftstechniken, die „innere Sicherheit“ gewährleisten sollen, dabei jedoch eine freie Willensbildung kaum mehr zulassen, beschädigt werden. Es gilt daher auch diese Techniken eingehend zu untersuchen. Sie können die Glaubwürdigkeit des „liberalen Projekts“ durch eine intensiviertere Überwachung, die Verschärfung von Gesetzen, den Abbau des Menschenrechtsschutzes und eine strikte Flüchtlingspolitik untergraben. Die im Zuge der Enthüllungen Edward Snowdens bekannt gewordenen Überwachungsmaßnahmen westlicher Sicherheitsbehörden haben zwar zu einer intensiven gesellschaftlichen Diskussion über diese Praktiken geführt. Dennoch ist zu konstatieren, dass die Legitimität solcher Maßnahmen von der Öffentlichkeit gegenwärtig nicht ernsthaft infrage gestellt wird. Dies, so ist zu vermuten, hängt wesentlich auch mit den islamistisch motivierten Anschlägen in Frankreich, Belgien und Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 zusammen.

In QAG 3 2016 behandelte Themenkomplexe

In der Querschnittsarbeitsgruppe sind diese Zusammenhänge 2016 in Bezug auf zwei unterschiedliche Themenfelder diskutiert worden. Zum einen, ob bzw. inwieweit sich innerhalb liberaler/westlicher Demokratien Protest-, Radikalisierungs- und Gewaltprozesse entwickeln, die so stark sind, dass sie die Grundlagen demokratischer Gesellschaften und der politischen Willensbildung untergraben könnten. Zum anderen, auf welche Weise staatliche Entscheidungsträger und Institutionen auf diese Prozesse reagieren.

Die erste Frage wurde überwiegend anhand von Forschungsarbeiten und Entwürfen für Forschungsanträge diskutiert, die sich mit dem Problem der Online-Radikalisierung beschäftigen. So stellte der Gastwissenschaftler Matti Pohjonen sein Projekt zu „Social Media and Indigenous Conflict Mediation“ vor, in dem es um die Selbstkontrolle in sozialen Netzwerken in Bezug auf Hassbotschaften geht. Der Gastwissenschaftler Philipp Karl berichtete über sein Promotionsprojekt „Die Etablierung Jobbiks 2014 in Ungarn. Zwischen Partei und Bewegung des Internetzeitalters“. Er arbeitet mit Theorien zur Entstehung von sozialen Bewegungen (Sydney/Terro und Castells), um soziale Bewegungen im Internetzeitalter (neue Identitäts- und Mobilisationsstrukturen) erfassen zu können. Reem Ahmed stellte ein geplantes Forschungsprojekt innerhalb des VOX-Pol-Verbundes zu verschiedenen Typen von politischem Extremismus (Links- und Rechtsextremisten, Separatisten und Dschihadisten) und ihrer Nutzung des Internets vor. Martin Kahl präsentierte einen beim BMBF zur Förderung eingereichten Antrag zu einem Projekt, das Aufschluss darüber gewinnen soll, welche Ideologeme, Deutungen und Symboliken sich in rechtsextremistischen und dschihadistischen Diskursen im Internet abbilden – also in der virtuellen Welt und hier vor allem in sozialen Medien. Zum anderen untersucht es, welche Mobilisierungs- und Radikalisierungseffekte diese Diskurse im Zusammenspiel mit

Diskursen in Milieus der realen Welt erzeugen, die mobilisierungs- und radikalisierungsanfällig sind, und wie sie damit letztendlich zur Gewaltanwendung beitragen. Das Projekt ist in einer ersten Begutachtung positiv bewertet und ein Vollantrag ist 2016 eingereicht worden. In einer gemeinsamen Sitzung von QAG 2 und QAG 3 wurde zudem diskutiert, wie die Wirkung von Globalisierungsprozessen auf internationaler und auf innerstaatlicher Ebene in einem gemeinsamen Forschungsansatz zusammengefasst werden können.

Es wurde zudem im Jahr 2016 vereinbart, die Arbeit der QAG 3 an den bestehenden Forschungsschwerpunkten fortzusetzen und dabei besonderes Gewicht zu legen auf die Fragen (1) wie/wann Radikalisierung in Gewalt umschlägt (Erklärungen auf der Makro-, Meso- und Mikroebene), (2) welche Erklärungsansätze hierzu von staatlichen Institutionen übernommen werden, (3) in welcher Weise Toleranz gegenüber Gewalttaten geübt wird, (4) wie staatliche Institutionen auf illiberale Bewegungen reagieren und dabei unter Umständen selbst illiberale Mittel anwenden, (5) wie Regressionstendenzen in Richtung Illiberalität sowohl auf Seiten gesellschaftlicher Gruppen als auch auf der des Staates mit liberalen (Friedens-) Theorien verbunden werden können (Anknüpfungspunkte sind hier das zivilisatorische Hexagon von Senghaas und die Kritik liberaler Theorien etwa durch Beate Jahn und Hannah Arendt).

Forschungsprojekte 2016 zu den Fragen der QAG 3

Welche Formen von „Radikalisierung“ in die etablierten europäischen Demokratien hineinwirken, ist eine immer wichtiger werdende Frage, die die QAG 3 behandelt. Ungeklärt sind weiterhin die Umschlagspunkte von Dissidenz, Widerstand und Gewalt. Die Forschung zeigt hier divergente Motivquellen und unterschiedliche Ausprägungen antiliberaler Einstellungen und politischen Verhaltens. Das beim BMBF 2016 beantragte Projekt mit dem Titel „Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung

zur Gewalt in der virtuellen und realen Welt. Ursachen, Verläufe und Gegenstrategien im Kontext der Debatte um Flucht und Asyl“ trägt zur Beantwortung dieser Frage bei.

Ein Projekt des IFSH, das innerhalb des Hamburger Verbundprojekts „Crisis Governance“ angesiedelt ist, soll untersuchen, wie antiliberalen Strömungen regiert werden. Das interdisziplinäre Projekt nimmt das Phänomen gewalttätiger Radikalisierung und die sogenannten „foreign terrorist fighters“ in den Blick und fragt nach den Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen präventiver und repressiver Maßnahmen namentlich auf Ebene der EU. Mit Blick auf präventive Maßnahmen soll eruiert werden, wie die EU das theoretisch und praktisch schwierige Phänomen der gewalttätigen Radikalisierung über ihr Modell funktionaler Security Governance zu beherrschen versucht. Im Zusammenhang mit repressiven (strafrechtlichen) Maßnahmen werden die Ebene der Vereinten Nationen (vertikaler Vergleich) und einzelner Staaten außerhalb der EU vergleichend einbezogen (USA, Israel). Ein gemeinsamer Fokus beider Ansätze liegt auf der Problematik der Identifizierung „riskanter“ Individuen für frühzeitige Interventionen.

Ein weiteres, zur Förderung durch die DFG vorgesehenes Forschungsprojekt thematisiert Risiko- und Rechtfertigungsdiskurse in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung und eine mögliche Politisierung staatlicher Maßnahmen zur Überwachung/Kontrolle. Es problematisiert dabei das Konzept der Politisierung und wendet es empirisch auf die Post-Snowden-Debatte über geheimdienstliche Überwachung an, um die sich wandelnden Dynamiken, Möglichkeiten und Grenzen von Politisierung analysieren und verstehen zu können. Der Projektantrag soll im Rahmen eines im Jahr 2016 erneut zur Beantragung vorgesehenen DFG-Forschungsschwerpunkts „Zivile Sicherheit“ gestellt werden.

Zu den in QAG 3 behandelten Fragen ist von den IFSH-Mitarbeiter/-innen 2016 eine Reihe von Publikationen erschienen, weitere sind in Arbeit.

Hegemann, Hendrik und Martin Kahl. 2016. „Security governance and the limits of depoliticisation: EU policies to protect critical infrastructures and prevent radicalisation.“ *Journal of International Relations and Development*. doi:10.1057/s41268-016-0078-5.

Hegemann, Hendrik und Martin Kahl. 2016. (Re-) Politisierung der Sicherheit? Legitimation und Kontestation geheimdienstlicher Überwachung nach Snowden, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 23 (2): 8-41.

Hegemann, Hendrik und Martin Kahl. 2016. „Konstruktionen und Vorstellungen von Wirksamkeit in der Antiterror-Politik: Eine kritische Betrachtung.“ In *Innere Sicherheit nach 9/11 – Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue Sicherheitsmaßnahmen?*, hrsg. von Susanne Fischer und Carlo Masala, 189-207. Wiesbaden: Springer VS.

Hensell, Stephan und Martin Kahl. 2016. „Ohne Weitsicht: der Krieg gegen den »Islamischen Staat.«“ In *Friedensgutachten 2016*, hrsg. von Margret Johannsen, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell und Jochen Hippler, 207-219. Berlin: LIT.

Kahl, Martin. 2016. „»Wir schaffen mehr Feinde als wir beseitigen« – Radikalisierung, Rekrutierung und Militanz als Folge amerikanischer Drohneneinsätze?“ *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 5 (1): 34-64. doi:10.5771/2192-1741-2016-1-34.

Kahl, Martin. 2016. „Terrorismus als Element der Weltrisikogesellschaft“. *Soziologische Revue* 39 (2): 203-214. doi:10.1515/srsr-2016-0028.

Pisoiu, Daniela und Reem Ahmed. 2016. Capitalizing on Fear: The Rise of Right-Wing Populist Movements in Western Europe. In *OSCE Yearbook 2015*, hrsg. von Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH, 165-176. Baden-Baden: Nomos Verlag.

S+F Sicherheit und Frieden

Security and Peace

<p>Herausgeber: Prof. Dr. Michael Brzoska Dr. Walter E. Feichtinger Dr. Volker Franke Prof. Dr. Hans J. Giessmann Prof. Dr. Heiner Hänggi Dr. Sabine Jaberg Dr. Axel Krohn Dr. Patricia Schneider</p>	<p>Themenschwerpunkt: Migration, Sicherheit und Frieden Migration, Security and Peace <i>Migranten und Flüchtlinge als Herausforderung für Deutschland und Europa</i> Patricia Schneider <i>Migration im Spannungsfeld von Raumwandel, Kontrolle und Gewalt: Herausforderungen für eine kritische Friedensforschung</i> Sven Chojnacki und Lisa Paping <i>Contemporary Asylum Policies between Human Rights Advocacy and Responsibility Outsourcing: the Cases of Australia and Canada</i> Lorenz Neuberger <i>Alleged Terrorists, Refugees and Radicalized Muslims in Europe: a Wicked Discursive Conjunction</i> Katharina Götsch <i>Konflikt-Flucht-Nexus: Globales Ausmaß, genderbezogene Auswirkungen und politische Relevanz</i> Ulrike Krause <i>Local Solutions for Displaced Populations – Alternatives to a "Transit"-Generation's Time "in-limbo"</i> Kathryn Tätzsch <i>Climate Change and Planned Relocation in Oceania</i> Volker Boege</p>
<p>1 2016 34. Jahrgang ISSN 0175-274X</p> <p> Nomos</p>	<p>Forum: Standpunkte aus der Politik zu Migration, Sicherheit und Frieden Olaf Scholz, Norbert Neuser, Birgit Sippel, Joachim Herrmann, David McAllister, Michael Gahler, Gregor Gysi, Cornelia Ernst, Alexander S. Neu und Reinhardt Buttkofer</p>

4.3.1 Big Data nach Snowden: Die einen wollen alles wissen, die anderen nichts davon hören

*Hendrik Hegemann und Martin Kahl**

Dieser Beitrag zeigt, dass sich die Aufregung um die durch Edward Snowden enthüllte massenhafte Überwachung von Telekommunikationsdaten durch westliche Geheimdienste rasch wieder gelegt hat und die Konsequenzen, die Politik und Gesellschaft aus den Enthüllungen gezogen haben, gering waren. Er zeigt Erklärungen hierfür auf und weist auf problematische Entwicklungen hin, die mit der Sammlung und Auswertung von „Big Data“ verbunden sind und schon in naher Zukunft zu erheblichen Verwerfungen innerhalb demokratischer Gemeinwesen führen können: Angriffe auf das Private und den liberalen Diskurs.

Debatte beendet? Die Snowden Enthüllungen und das BND-Gesetz

Im Sommer 2013 deckte der NSA-Analyst Edward Snowden auf, dass der amerikanische Geheimdienst National Security Agency (NSA), die britische Government Communications Headquarters (GCHQ) und andere westliche Geheimdienste ein weltweit und verdachtsunabhängig operierendes Massenüberwachungssystem betreiben. Von Snowden an die Medien weitergegebene geheime Dokumente zeigten, dass diese Dienste in großem Umfang internationale Telekommunikationsdaten von einfachen Bürgerinnen und Bürgern, staatlichen Stellen, internationalen Organisationen sowie Unternehmen gesammelt und ausgewertet haben. Die Enthüllungen Snowdens decken dabei zwar eine neue Dimension der Überwachung auf, stehen zudem aber gleichzeitig exemplarisch

für Veränderungen des sicherheitspolitischen Regierens in liberalen Demokratien, insbesondere für den Einsatz moderner Überwachungstechnologien zur umfassenden Prävention von Risiken. Gleichzeitig illustriert die an die Enthüllungen anschließende Diskussion die Grenzen und Ambivalenzen einer öffentlichen Politisierung illiberaler Praktiken in liberalen Gesellschaften.

Die Veröffentlichung der Dokumente führte zunächst zu einer intensiven öffentlichen Debatte über die Praktiken vor allem der NSA und der GCHQ sowie die Rolle, die die großen Internetfirmen dabei gespielt haben. Regierungen und Sicherheitsbehörden in den USA und Europa waren gezwungen, sich zu den Vorgängen zu erklären. Während in den Vereinigten Staaten bald mit mehr oder weniger differenzierten Rechtfertigungsversuchen reagiert wurde, verlegte sich die Bundesregierung zunächst darauf, abzustreiten, dass es eine Massenüberwachung überhaupt gab. Nachdem weitere Veröffentlichungen von Dokumenten nahelegten, dass die NSA das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin ausgespäht und der Bundesnachrichtendienst (BND) Informationen an die NSA ohne rechtliche Grundlage weitergegeben sowie selbst in unzulässiger Weise erhoben hatte, kam es zu einer inhaltlichen Verlagerung der Debatte von der Massenüberwachung hin zu dem Thema Spionage gegen Eliten und die Rolle des BND bei diesen Vorgängen. Im März 2014 setzte der Deutsche Bundestag auf Antrag aller Fraktionen einen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, den Umfang und die Hintergründe der Ausspähungen durch ausländische Geheimdienste in Deutschland aufzuklären. Der Ausschuss zeigte schließlich, dass NSA und BND eng kooperiert hatten, der BND in großem Umfang Daten ungeprüft an die NSA weitergeleitet und auch selbst im

* Dieser Beitrag knüpft an einen gemeinsamen Artikel von Martin Kahl (IFSH) und Hendrik Hegemann (Universität Osnabrück) an. Er ist erschienen als: Hendrik Hegemann und Martin Kahl. 2016. „(Re-)Politisierung der Sicherheit – Legitimation und Kontestation geheimdienstlicher Überwachung nach Snowden.“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 23 (2): 8-42.

Ausland anlasslose Massenüberwachung und Spionage betrieben hatte.

Die weitere Reaktion der deutschen Politik war denkwürdig. Nachdem der Untersuchungsausschuss illegale Praktiken des BND aufgezeigt hatte, hat sie diese durch das BND-Gesetz von 2016 ganz einfach legalisiert. Mehr noch: Das Gesetz gibt dem BND umfangreiche neue Überwachungsbefugnisse. So gestattet es ihm beispielsweise auf Internetknotenpunkte in Deutschland, über die der globale Datenverkehr läuft, zuzugreifen, wenn er hierdurch „frühzeitig Gefahren für die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland erkennen und diesen begegnen kann, die „Handlungsfähigkeit“ Deutschlands oder die Cybersicherheit gefährdet sind oder um „sonstige Erkenntnisse“, die außen- und sicherheitspolitisch relevant sind, zu erlangen. Der BND darf nun „vom Inland aus mit technischen Mitteln Informationen einschließlich personenbezogener Daten aus Telekommunikationsnetzen, über die Telekommunikation von Ausländern im Ausland erfolgt (Telekommunikationsnetze), erheben und verarbeiten“ (BMJV 2016a). Mit dem Gesetz kann er nun legal „die Gesamtheit von Übertragungssystemen“ von Telekommunikationsanbietern abhören, wobei auch die vorherige Grenze, wonach auf nicht auf mehr als 20 Prozent des Datenverkehrs zugegriffen werden durfte, wegfällt. Einer „flächendeckende[n] Überwachung“ stehen so nach eigener Einschätzung des Gesetzgebers nur die begrenzten tatsächlichen Kapazitäten beim BND im Wege (Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und SPD 2016, 26).

Zwar gibt es auch einige Einschränkungen in dem Gesetz. So dürfen Angehörige von EU-Staaten nur noch dann überwacht werden, wenn es – wie im Artikel-10-Gesetz (BMJV 2016b) geregelt – um die Gefahr bewaffneter Angriffe, Cyberangriffe oder Terroranschläge geht sowie um die Weiterverbreitung von Waffen, um Geldwäsche und weitere Delikte aus dem Bereich der organisierten Kriminalität. Darüber hinaus wird Wirtschaftsspionage ganz explizit verboten. Ein weiteres Gesetz regelt die Kontrolle über

den BND neu (Krempf 2016). Das neue Gesetz, so wird in der Begründung der Entwurfsfassung resümierend ausgeführt, enge den gesetzlichen Aufklärungsauftrag aber dennoch nicht ein (Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und SPD 2016, 18).

Neben dem BND-Gesetz ist ungeachtet der Snowden-Enthüllungen in den letzten beiden Jahren eine Reihe weiterer Überwachungsmaßnahmen beschlossen oder auf den Weg gebracht worden. Hierzu gehören die Vorratsdatenspeicherung (VDS), die im Oktober 2015 durch den Bundestag ging und die vorsieht, dass Telekommunikationsanbieter Verbindungsdaten zehn Wochen lang speichern müssen, sowie den Aufenthaltsort von Nutzern bei mobilen Geräten für vier Wochen. Eine Ausweitung der VDS auf Instant-Messenger wie WhatsApp ist bei den Innenministern der Länder im Gespräch. 2017 beginnt zudem die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) damit, verschlüsselte Nachrichten für Polizei und Verfassungsschutz, etwa solche, die über Messenger-Apps verschickt werden, zu dechiffrieren. Über den Bereich der Telekommunikation hinaus sind weitere Überwachungsmaßnahmen geplant. So sollen die Vorschriften für privat betriebene Videokameras, etwa in Sportstadien und Einkaufszentren, gelockert (BMI 2016) und Gesichtserkennungssoftware an Bahnhöfen und Flughäfen eingesetzt werden. Auf EU-Ebene sieht die bis 2018 umzusetzende Passenger-Name-Record-Richtlinie vor, dass die Mitgliedstaaten Passagierdaten bei Flügen zwischen EU- und Drittstaaten für mehrere Jahre sammeln müssen, sie können darüber hinaus auch die Passagierdaten über Flüge innerhalb der EU speichern (Breithut und Böhm 2016; Reuter 2016).

Trotz all dieser neuen Maßnahmen ist die Aufregung, die 2013 die Nachrichten und Diskussionen bestimmte, schon wieder vorbei. Mit Blick auf eine breite und dauerhafte gesellschaftliche Aufmerksamkeit kann deshalb allenfalls in einem weiten Sinne von einer „Politisierung“ der Überwachung nach Snowden gesprochen werden. Es haben sich seitdem durchaus gesellschaftliche Gruppen

im öffentlichen Diskurs intensiver mit der Überwachung auseinandergesetzt und einige basisdemokratische Initiativen mit Demonstrationen, Petitionen, offenen Briefen und Protestformen wie den CryptoPartys sind entstanden. Sicherheits- und Überwachungs-politik (auch im Kampf gegen den Terroris-mus) ist also ansatzweise auf dem Weg zu einem „normalen“ politischen Entschei-dungsprozess und der Verweis auf die nationale Sicherheit enthebt ein Thema nicht einfach der politischen Auseinandersetzung. Politische Forderungen blieben dabei jedoch auf diesen relativ kleinen Kreis von Akti-ivist/-innen, auf Blogger/-innen sowie mit netz- und rechtspolitischen Themen befasste „Edelfedern“ großer Zeitungen beschränkt. An anderer Stelle haben wir dies als „symbolische Elitenpolitisierung“ beschrieben (siehe hierzu: Hendrik und Kahl 2016). Selbst nach Verabschiedung des BND-Gesetzes, das als paradoxe Antwort auf die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses ein Mehr an Überwachung legalisiert hat, blieb eine „kollektive Empörung des Publikums, die dem Ganzen erst die gesellschaftsverändern-de Resonanz verleihen könnte ... aus“ (Pörksen 2016). Zu einer Protestdemonstra-tion gegen das Gesetz haben sich 2016 in Berlin gerade einmal 40 Personen eingefun-den (Borchers 2016).

Freiwillige Datenabgabe und die Perfektionierung von Analysetools

Wie ist zu erklären, dass die bekannt gewor-denen (und nachträglich legalisierten) Praktiken der Massenüberwachung nicht zu dauerhaften Protesten der Bevölkerung geführt haben? Sind es die Terrorängste der Bevölkerung und die Effizienzversprechen von Politik und Sicherheitsbehörden, die die Nützlichkeit der Sammlung und Auswertung von Daten bei der Bekämpfung von Terroris-mus und organisierter Kriminalität geradezu beschwören? Dann bekäme die Bevölkerung nur, was sie nach den islamistisch motivier-ten Anschlägen in Deutschland haben möchte: mehr Überwachung für mehr Sicherheit. Oder rührt ihr Desinteresse gegenüber der Überwachung daher, dass kaum jemand spürbare persönliche Nachteile

durch sie erfahren hat? Dann könnte das Fehlen ihrer sinnlichen Erfahrbarkeit eine Erklärung sein. Das Eindringen staatlicher und privater Akteure in die Privatsphäre vollzieht sich ja tatsächlich weitgehend „unföhlbar und ungreifbar. Von wem man wie und warum gelesen, gespeichert, berech-net und gehandelt wird, bleibt im Ungeföh-ren und Fernen“ (von Becker 2017). Dem Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen zufolge fehlt eine eigene „Ikonografie, die von den Schrecken des Ausgespöhrtwerdens erzählt“. Terror dagegen sei „äußerst bild-mächtig, brutal und konkret“ (Pörksen 2016).

Der kürzlich verstorbene Soziologe Zygmunt Bauman hat das konstatierte Desinteresse zusammen mit einer Reihe von Kolleg_innen auf mehrere, gleichzeitig wirkende Faktoren zurückgeführt und über die Begriffe „fear, fun and familiarity“ auf den Punkt zu bringen versucht. Diesen Begriffen liegt noch keine erschöpfende Analyse zugrunde, sondern lediglich eine Heuristik, sie bildet aber intuitiv viel von dem ab, was zu einer umfassenderen Erklärung beitragen könnte (Bauman et al. 2014). Das Interesse am Schutz der eigenen Daten endet demnach, wenn Sicherheitsbelange in den Vordergrund geschoben werden. Dass „fear“ eine Rolle bei der Großzügigkeit gegenüber Überwa-chungsmaßnahmen spielt, ist keine Überra-schung. Die Furcht erklärt Bauman zufolge aber nicht alles. Es kommen noch zwei Faktoren hinzu: Der Spaß an der Nutzung von elektronischen Kommunikationsmedien und die Tatsache, dass diese Nutzung für eine große Zahl von Menschen inzwischen quasi zu einer zweiten Natur geworden ist. Die Sensibilität, die bei der Herausgabe von eigenen Daten herrscht, hat sich in den letzten Jahren offenbar deutlich gewandelt. Während in den 1980er Jahren noch vehe-ment gegen die Volkszählung protestiert worden ist, machen die Nutzer/-innen sozialer Medien heute eine Unmenge privater Daten einem breiten Publikum aus freien Stücken zugänglich. „Wir bauen aktiv mit am digitalen Panoptikum“, schreibt der Philosoph und Kulturwissenschaftler Byung-Chul Han (2016) hierzu. „Heute geben wir hemmungslos selbst intime Daten preis, und

zwar freiwillig. Wir spüren sogar ein Bedürfnis, uns zu entblößen. Wir haben nun nichts dagegen, dass hundert oder tausend Datensätze über uns gesammelt, gespeichert, weitergegeben und verkauft werden. Niemand geht dagegen auf die Barrikaden.“ Wer nichts gegen die Nutzung seiner Telekommunikationsdaten zu kommerziellen Zwecken hat, sie zumindest billigend in Kauf nimmt, kann auch kaum etwas gegen ihre Nutzung zu polizeilichen oder geheimdienstlichen Zwecken vorbringen. Warum soll man gegen den BND protestieren, wenn man Facebook, Microsoft und Google seine Datenschätze ohnehin schenkt. Die Wege, an die Daten von Individuen zu kommen, werden abgesehen von dieser Sorglosigkeit immer ausgefeilter und sind den Bürger/-innen oft auch gar nicht bewusst (von Becker 2017; Christl und Spiekermann 2016, 95-117).

An den Daten, die die Nutzer/-innen von Telekommunikationsmedien hinterlassen, sind kommerzielle Anbieter, Sicherheitsbehörden und politische Gruppierungen interessiert. Sie verwenden dabei zum Teil zwar die gleichen Analysetools und greifen auf die gleichen Datensätze zu, ihre Interessen sind gleichwohl unterschiedlich. Die kommerziellen Internetanbieter sammeln Daten aus ihrem Geschäftsbereich und werten sie vornehmlich zu dem Zweck aus, Werbung individuell anzupassen. Ein weiteres Ziel ist es, die Kaufabsichten der Konsumenten zu prognostizieren und sie entsprechend zu steuern (Christl und Spiekermann 2016, 11-21). Konzerne wie Google haben aber auch Tools zur Datenverkehrsanalyse entwickelt, die Daten von Nutzern sammeln, die nicht ihre eigenen Kunden sind. Berichtet wird außerdem über Kooperationen zwischen unterschiedlichen Datensammlern, etwa zwischen Facebook und den großen Auskunfteien Axciom und Datalogix (Kreml 2017). Mittels der Analysetools und Querverbindungen zwischen Datenbanken sind bereits differenzierte Datenprofile von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern erstellt worden – mit Angaben zu ihrem Konsumverhalten, ihrer Wohn- und Lebenssituation und anderen soziodemographischen Faktoren. Mittels dieser Daten werden dann

beispielsweise Kreditwürdigkeit und Kaufkraft („Customer Lifetime Value“) von Personen kategorisiert und an Interessenten verkauft (von Becker 2017).

Die Verbesserung von Vorhersagen durch die Auswertung von Big Data spielt auch bei den Sicherheitsbehörden eine immer größer werdende Rolle. Hier sollen „Risikoindividuen“ und deren mögliche Normabweichung, etwa Radikalisierung, frühzeitig erkannt und verhindert werden. „Pre-Consumption“ und „Pre-Crime“ (McCulloch und Wilson 2015; Zedner 2007) basieren so im Kern auf gleichen Voraussetzungen und der Absicht, durch frühzeitiges Eingreifen Steuerungseffekte zu erzielen. Erhebungsorte und -methoden sowie die rechtlichen Voraussetzungen unterscheiden sich bei Facebook oder Google und staatlicher Überwachung zwar, es gibt bei den verwendeten Technologien jedoch auch Überschneidungen. Die über das Google-Tracking gewonnenen Daten werden nicht nur von Google selbst ausgewertet, sondern auch von der NSA (Soltani, Peterson und Gellman 2013). Von einer Verbesserung der Algorithmen zur Gesichtserkennung wollen nicht nur Internetfirmen profitieren, sondern auch die Sicherheitsbehörden (Biederbeck 2016).

Man könnte also sagen, dass sich das Private schon seit einiger Zeit in einer Zange zwischen den Interessen kommerziell arbeitender Unternehmen und denen der Sicherheitsbehörden befindet, wobei beide zumindest partiell auf die gleichen Datenquellen zugreifen und gleiche Analysetools verwenden. Auch wenn es hier Symbiosen gibt, kann aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Firmen und Behörden jedoch nicht von einer Verschwörung gesprochen werden.

In jüngerer Zeit hat sich gezeigt, dass sich auch politischen Akteuren über Big Data – etwa bei Wahlkampagnen – neue Möglichkeiten der Beeinflussung bieten. So haben Berichte über die Tätigkeiten des Unternehmens Cambridge Analytica im Rahmen des Wahlkampfes von Donald Trump große Aufmerksamkeit erregt. Diese Firma besitzt

nach eigenen Angaben Psychogramme von allen erwachsenen US-Bürger/-innen und konnte so die Wähler/-innen über „Microtargeting“ individuell ansprechen (Grassegger und Krogerus 2016). Zwar wird die von Cambridge Analytica annoncierte durchschlagende – und in diesem Fall wahlentscheidende – Wirkung der „Ocean Method“ nicht von jeder Seite geteilt (Mützel 2016), dennoch hat sich gezeigt, dass es intensive Bemühungen gibt, Big Data zur politischen Beeinflussung zu nutzen – auch über eine gezielte Auswahl, Zuspitzung und Verfälschung von Informationen. „Propaganda“ ist sicher kein neues Thema, durch die rasche und gezielte Verbreitung von Nachrichten über soziale Medien ist hier dennoch eine neue Dimension hinzugekommen (siehe etwa: Hackenbroich 2017).

Privatheit und liberaler Diskurs unter Druck

Sind wir an einer Schwelle, an der die Menschen in den westlichen Gesellschaften durch ausgefeilte Kommerz-, Überwachungs- und Verführungstechniken in bisher nicht gekannter Weise zu Steuerungsobjekten werden? Für Byung-Chul Han (2014) ist die Antwort klar: Das gegenwärtige „neoliberale Regime ist deshalb so stabil, immunisiert sich gegen jeden Widerstand, weil es von der Freiheit Gebrauch macht, statt sie zu unterdrücken“. Die Beziehungen der Menschen untereinander sind kommerzialisiert, die Individuen angepasste Selbstoptimierer. Richtig ist daran, dass viele Nutzer/-innen sozialer Netzwerke die Bereitstellung ihrer privaten Daten für Unternehmen wie Facebook als Freiheit erleben, selbst wenn diese Daten anschließend auch gegen sie verwendet werden können – im einfachsten Fall zur gezielten kommerziellen Werbung, im schlimmeren zur gezielten politischen Manipulation. Die Debatte um das „Microtargeting“ und um planmäßig verbreitete „fake news“ deutet erst an, wie die nahe Zukunft aussehen wird.

Was sich hier gerade konkret herausbildet, ist dennoch schwer zu erfassen und wohl auch komplizierter als Han es beschreibt. So ist es

nicht immer leicht auszumachen, ob die Nutzer/-innen sozialer Medien nur Ausgehörchte und Manipulierte sind, sie können genauso gut selbst Manipulatoren sein, nämlich dann, wenn sie ihre eigenen Nachrichten verbreiten. Unterschieden werden muss zwischen gezielter Manipulation über gesteuerte Kampagnen politischer Organisationen und individuellen Social-Media-Beiträgen, die gleichwohl erhebliche Resonanz finden können. Wir diagnostizieren eine doppelte Entwicklung: Durch die Sammlung und Aufbereitung von Daten, die Nutzer/-innen zum großen Teil selbst zur Verfügung stellen, wird eine gezielte Steuerung von Informationen möglich, jede/-r einzelne Nutzer/-in sozialer Medien kann aber selbst wiederum zum Urheber und Multiplikator von Informationen werden. Gleichzeitig zeigt sich bei einer ganzen Reihe von Themenfeldern, dass sich das vielfach beschriebene stillschweigende Einvernehmen der Herrschaftsunterworfenen mit den Herrschaftsausübenden (Krasmann 2011; Bauman und Lyon 2013) nicht zuletzt aufgrund der Beihilfe der sozialen Medien gegenwärtig nicht mehr so einfach herstellen lässt. Die Auflösung dieses Einvernehmens zeigt sich etwa in Forderungen nach innergesellschaftlicher und internationaler Desintegration und Dekomposition: in Forderungen nach der Unterscheidung in Dazugehörige und Ausländer, nach Austritt aus oder Auflösung von internationalen und regionalen Organisationen, nach Abschottung der eigenen Wirtschaft. Hier geraten liberale Grundsätze in einer Weise diskursiv unter Druck, die noch bis vor kurzer Zeit kaum denkbar war. Dort, wo sich Politisierungstendenzen im sicherheitspolitischen Feld zeigen, nehmen diese also nicht unbedingt die von liberalen Kritiker/-innen seit langer Zeit geforderte Form an. Sie schlagen sich nicht automatisch in rationaler, reflexiver Deliberation oder emanzipatorischer Kritik an ausufernder Sicherheitspolitik nieder. Vielmehr wird mit Verweis auf mehr oder weniger glaubhafte Unsicherheitsgefühle „mehr Sicherheit“ gefordert. Dabei werden mitunter repressive Diskurse übernommen, die demokratische Staaten dazu treiben, liberale Normen infrage zu stellen.

Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass sich aus der – oftmals sorglosen – Nutzung von neuen Kommunikationsmedien und der Auswertung der dabei anfallenden Daten durch Unternehmen, Sicherheitsbehörden und die Dirigenten politischer Kampagnen für alle Bereiche der Gesellschaft unmittelbare und weitreichende Konsequenzen ergeben (Meixner 2017). Die Betreiber sozialer Medien locken mit dem Versprechen auf Teilhabe aus den Nutzer/-innen eine Unmenge von Daten heraus, bereiten sie auf und verkaufen sie zu Werbezwecken. Die Sicherheitsbehörden schöpfen Daten ab, um sie auf kriminelle und politisch gefährliche Absichten zu durchleuchten. Politische Organisationen senden über die sozialen Medien gezielt Botschaften zum Zweck der Mobilisierung. Wir sehen eine Revolution, die durch Big-Data-Agenturen und individuelle Nutzer gleichermaßen vorangetrieben wird. Eine der Folgen dieser Revolution ist die Destruktion des Privaten. Ohne Privatheit sind aber funktionierende liberale und demokratische Gemeinwesen nicht denkbar.

Es bleibt eine der Aufgaben für die Querschnittsarbeitsgruppe im Jahr 2017, diese Mechanismen und Umwälzungen sowie die dazugehörigen Praktiken zu analysieren und ihre Wirkungen auf Politik und Gesellschaft aufzuzeigen. Zu diesen Wirkungen gehört auch, dass weltweit die Lebenschancen von Menschen über Big Data-Kategorisierungen immer stärker beeinflusst werden (Lyon 2003, 2007).

- Bauman, Zygmunt, Didier Bigo, Paulo Esteves, Elspeth Guild, Vivienne Jabri, David Lyon und R.B.J. Walker. 2014. „After Snowden. Rethinking the Impact of Surveillance.“ *International Political Sociology* 8 (2): 121-144.
- Bauman, Zygmunt und David Lyon. 2013. *Daten, Drohnen, Disziplin. Ein Gespräch über flüchtige Überwachung*. Berlin: Suhrkamp.
- von Becker, Philipp. 2016. „Im Panoptikum des Datenkapitalismus.“ *Telepolis*, 01.01.2017. Aufgerufen am 22.05.2017. <https://www.heise.de/tp/features/Im-Panoptikum-des-Datenkapitalismus-3574113.html>.
- Biederbeck, Max. 2016. „Sie brauchen nur ein Bild, dann finden sie dich.“ *Wired*, 19.05.2016. Abgerufen am 22.05.2017. <https://www.wired.de/collection/tech/gesichtserkennung-findface-sie-brauchen-nur-ein-bild-dann-finden-sie-dich>.

- BMI (Bundesministeriums des Innern). 2016. „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes – Erhöhung der Sicherheit in öffentlich zugänglichen großflächigen Anlagen und im öffentlichen Personenverkehr durch optisch-elektronische Einrichtungen (Videoüberwachungsverbesserungsgesetz)“ (NKR-Nr. 3917, BMI).
- BMJV (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz), Hrsg. 2016a. „Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes.“ *Bundesgesetzblatt Teil I*, Nr. 67, 30.12.2016: 3346-3353.
- BMJV (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz), Hrsg. 2016b. „Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10): § 5 Voraussetzungen.“ Aufgerufen am 22.05.2017. https://www.gesetze-im-internet.de/g10_2001/_5.html.
- Borchers, Detlef. 2016. „Demonstration gegen BND-Gesetz: »Nein zur deutschen NSA«.“ heise online, 26.09.2016. Aufgerufen am 22.05.2017 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Demonstration-gegen-BND-Gesetz-Nein-zur-deutschen-NSA-3332315.html>.
- Breithut, Jörg und Markus Böhm. 2016. „Privatsphäre in Deutschland – Schleichend zum Überwachungsstaat.“ *Spiegel Online*, 27.11.2016. Aufgerufen am 22.05.2017. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/deutschland-schleichend-zum-ueberwachungsstaat-a-1121162.html>.
- Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und SPD. 2016. „Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes.“ In *Drucksache 18/9041*, 05.07.2016, hrsg. von Deutscher Bundestag.
- Christl, Wolfie und Sarah Spiekermann. 2016. *Networks of Control: A Report on Corporate Surveillance, Digital Tracking, Big Data & Privacy*. Wien: Facultas.
- Grassegger, Hannes und Mikael Krogerus. 2016. „Ich habe nur gezeigt, dass es die Bombe gibt.“ *Das Magazin* Nr. 48, 03.12.2016. Abgerufen am 22.05.2017. <https://www.dasmagazin.ch/2016/12/03/ich-habe-nur-gezeigt-dass-es-die-bombe-gibt/>.
- Hackenbroich, Jonathan. 2017. „Wie Breitbart News in Deutschland Stimmung macht.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.01.2017. Abgerufen am 22.05.2017. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/breitbart-news-eskalation-in-dortmund-14605813.html>.
- Han, Byung-Chul. 2016. „Hyperkapitalismus und Digitalisierung: Die Totalausbeutung des Menschen.“ *Süddeutsche Zeitung*, 20.06.2016. Aufgerufen am 22.05.2017. <http://www.sueddeutsche.de/politik/hyperkapitalismus-und-digitalisierung-die-totalausbeutung-des-menschen-1.3035040>.
- Han, Byung-Chul. 2014. „Neoliberales Herrschaftssystem. Warum heute keine Revolution möglich ist.“ *Süddeutsche Zeitung*, 03.09.2014, Aufgerufen am 22.05.2017. <http://www.sueddeutsche.de/politik/>

- neoliberales-herrschaftssystem-warum-heute-keine-revolution-moeglich-ist-1.2110256.
- Hegemann, Hendrik und Martin Kahl. 2016. „(Re-) Politisierung der Sicherheit – Legitimation und Kontestation geheimdienstlicher Überwachung nach Snowden.“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 23 (2): 8–42.
- Krasmann, Susanne. 2011. „Der Präventionsstaat im Einvernehmen: Wie Sichtbarkeitsregime stillschweigend Akzeptanz produzieren.“ In *Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert* (Leviathan Sonderheft), hrsg. von Leon Hempel, Susanne Krasmann, und Ulrich Bröckling, 53–70. Wiesbaden: Springer VS.
- Krempl, Stefan. 2017. „Werbe-Tracking: Facebooks Kooperation mit Datenhändlern in der Kritik.“ *heise online*, 02.01.2017, <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Werbe-Tracking-Facebooks-Kooperation-mit-Datenhaendlern-in-der-Kritik-3585647.html>.
- Krempl, Stefan. 2016. „Eilverfahren: Bundesrat winkt BND-Netzüberwachung im NSA-Stil durch.“ *heise online*, 04.11.2016. Aufgerufen am 22.05.2017. <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Eilverfahren-Bundesrat-winkt-BND-Netzueberwachung-im-NSA-Stil-durch-3456437.html>.
- Lyon, David. 2007. „Surveillance, security and social sorting: Emerging research priorities.“ *International Criminal Justice Review* 17 (3): 161–170.
- Lyon, David. 2003. „Surveillance as social sorting: Computer codes and mobile bodies.“ In *Surveillance as social sorting: Privacy, risk, and digital discrimination*, hrsg. von David Lyon. London, New York.
- Markus Reuter. 2016. „Jahresrückblick: »Der Ausbau des Überwachungsstaates 2016.«.“ [netzpolitik.org](http://netzpolitik.org/2016/jahresrueckblick-der-ausbau-des-ueberwachungsstaates-2016/), 21.12.2016. Aufgerufen am 22.05.2017.
- McCulloch, Jude und Dean Wilson. 2015. *Pre-crime, Pre-emption, Precaution and the Future*. Routledge: London/New York.
- Meixner, Werner. 2017. „Big Data: Wie die IT-Industrie die Privatsphäre aushöhlt.“ *Süddeutsche Zeitung*, 01.01.2017. Aufgerufen am 22.05.2017. <http://www.sueddeutsche.de/digital/aussenansicht-die-wichtigste-grenze-1.3316714>.
- Mützel, Daniel. 2016. „Was an dem Bomben-Artikel, den alle geteilt haben, falsch ist.“ *Motherboard*, 06.12.2016. Abgerufen am 22.05.2017. <http://motherboard.vice.com/de/read/was-an-dem-big-data-artikel-den-gerade-alle-teilen-falsch-ist-und-warum-er-trotzdem-wichtig-ist>.
- Pörksen, Bernhard. 2016. „Alles vergeben, alles egal?“ *DIE ZEIT*, 08.12.2016. Aufgerufen am 22.05.2017. <http://www.zeit.de/2016/49/empowerung-effekt-medien-skandale-ueberwachung-privatsphaere>.
- Soltani, Ashkan, Andrea Peterson und Barton Gellman. 2013. „NSA uses Google cookies to pinpoint targets for hacking.“ *Washington Post*, 10.12.2013. Abgerufen am 22.05.2017. https://www.washingtonpost.com/news/the-switch/wp/2013/12/10/nsa-uses-google-cookies-to-pinpoint-targets-for-hacking/?utm_term=.b422c2722b2e.
- Zedner, Lucia. 2007. „Pre-crime and post-criminology?“ *Theoretical Criminology* 11 (2): 261–281.

S+F Sicherheit und Frieden
Security and Peace

Herausgeber:
Prof. Dr. Michael Brzoska
Dr. Walter E. Feichtinger
Dr. Volker Franke
Prof. Dr. Hans J. Giessmann
Prof. Dr. Heiner Hänggi
Dr. Sabine Jaberg
Dr. Axel Krohn
Dr. Patricia Schneider

Themenschwerpunkt:
Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte im Vergleich: USA, Europa und die BRICS-Staaten
Threat Perception and Security Policy Concepts in Comparison: USA, Europe and the BRICS States

Threats of a Different Kind: China and Russia in U.S. Security Policy Discourse
Sybille Reinke de Buitrago

The West is Russia's Main Adversary, and the Answer is New Generation Warfare
Janis Berzins

Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas
Peter Buchas

Drugs, Piracy and Sovereignty: Brazil, United States and European Union's Security Perspectives for South Atlantic
Erico Duarte

The South African Threat Agenda: Between Political Agendas, Perceptions and Contradictions
Abel Esterhuysen

Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitskonzepte in der Bundesrepublik Deutschland
Simon Koschut

Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte im Vergleich: EU, Frankreich und Schweden
Gunther Hauser

Weitere Beiträge von...
Anngret Bendiek und Gerhard Beestermöller zu den Themen Cybersicherheit sowie Kooperation mit Staaten zweifelhafter Legitimität

3 2016
34. Jahrgang
ISSN 0175-274X

Nomos

S+F Sicherheit und Frieden
Security and Peace

Herausgeber:
Prof. Dr. Michael Brzoska
Dr. Walter E. Feichtinger
Dr. Volker Franke
Prof. Dr. Hans J. Giessmann
Prof. Dr. Heiner Hänggi
Dr. Sabine Jaberg
Dr. Axel Krohn
Dr. Patricia Schneider

Themenschwerpunkt/Thematic Focus:
Digitale Technologien und Konflikt
Digital Technology and Conflict

Leveraging the Voices of Social Media for Peace and Security
Rebecca K. LeFebvre

Narratives of Risk: Assessing the Discourse of Online Extremism and Measures Proposed to Counter It
Matti Pohjonen and Reem Ahmed

Happenings Foreseen: Social Media and the Predictive Policing of Riots
Clemens Binder

Networked Authoritarianism Is on the Rise
Tobias Burgers und David R. S. Robinson

Zur Verantwortung der Informatik in einer technologisierten Gesellschaft
Thomas Reinhold

The Future of UjMNs: Lessons From the 'Great War'
Michael Ashkenazi

Weiterer Beitrag von ...
Imène Ajala, Candino Francesco Candino und Linda Fouad

4 2016
34. Jahrgang
ISSN 0175-274X

Nomos

5

Beratung



5 Beratung

Wissenstransfer in die Gesellschaft nimmt einen prominenten Platz in der Arbeit des IFSH ein. Das Spektrum reicht von Gesprächen in kleinem Kreise mit hochrangigen deutschen und internationalen Politikern über Policy Papers bis zu öffentlichen Stellungnahmen zu aktuellen Fragen. Im Folgenden werden einige ausgewählte Aktivitäten des Jahres 2016 im engeren Bereich der Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern vorgestellt, während die Öffentlichkeitsarbeit im Abschnitt 7 skizziert wird.

Deutscher OSZE-Vorsitz 2016

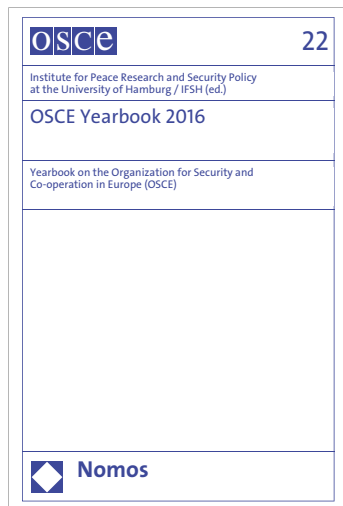
Während des gesamten Vorsitzjahres erarbeitete Frank Evers mit Kolleg/-innen 14-tägig einen Überblick über russischsprachige Internetquellen in den postsowjetischen Staaten zum Thema „OSZE und deutscher OSZE-Vorsitz 2016“. Daneben wurde eine Reihe kleinerer Vorhaben verfolgt, etwa Materialsuche zum Thema Migration über das OSZE-Netzwerk oder ein OSZE-Training für zentral- und südasiatische Diplomaten in Berlin im September 2016. CORE-Vertreter/-innen besuchten zahlreiche Vorsitz-Veranstaltungen und nahmen an Besprechungen zu verschiedenen Themen teil. Am 17. November informierte der Leiter von CORE, Wolfgang Zellner, zusammen mit der Leiterin des Arbeitsstabes OSZE des

Auswärtigen Amtes, Botschafterin Antje Leendertse, den Europaausschuss der Hamburger Bürgerschaft über den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 und das bevorstehende Treffen des Ministerrates der OSZE am 8./9. Dezember 2016.

Wie in jedem Jahr bereitete Ursel Schlichting, unterstützt von Graeme Currie, Susanne Bund und anderen, die Herausgabe des OSCE Yearbook 2016 vor und veröffentlichte die deutsche und die russische Ausgabe des Vorjahresbandes. Über das Jahr hin gaben CORE-Vertreter/-innen zahlreiche Medieninterviews, allein 14 während des Ministerratstreffens. Der wichtigste Beitrag von CORE zum deutschen OSZE-Vorsitz bestand jedoch in der Koordinierung des OSZE-Netzwerks von Think Tanks und akademischen Institutionen.

Ausgewählte weitere Publikationen und Policy Papers

Hans-Georg Ehrhart veröffentlichte eine aktuelle Stellungnahme zur US-Wahl mit dem Titel „Trump ante portas: Was tun?“. Hans-Georg Ehrhart und Götz Neuneck veröffentlichten die Ergebnisse der vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Auftrag gegebenen Studie über „Sicherheitspolitische Bedrohungen und Risiken unter den Aspekten der



Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes“ in den Zeitschriften „Humanitäres Völkerrecht“ und „Bevölkerungsschutz“.

IFAR² veröffentlichte im February 2016 ein „IFAR² Food for Thought“-Papier von Christian Alwardt und Martin Krüger „Autonomy of Weapon Systems“. Im Deep Cuts Projekt wurden drei Working Papers erstellt und veröffentlicht: „Sicherheit im baltischen Raum“ von Wolfgang Richter, „Anticipatory Arms Control“ von Adam Mount und „The Offense/Defense Problem“ von Dennis Gormley. Zusätzlich veröffentlichte IFAR² drei Issue Briefs zu den aktuellen Themen US-russischer Nuklearsicherheitskooperation, konventioneller Rüstungskontrolle und Cybersicherheit. Darüber hinaus wurde die IFSH-Stellungnahme zum 5. Nordkoreanischen Nukleartest von Götz Neuneck (<https://ifsh.de/news/details/of/news-1216/>) in Wissenschaft und Frieden nachgedruckt. Wissenschaftliche Beiträge erschienen u.a. im Journal of International Law of Peace and Armed Conflict und in „Security and Human Rights“.

Ausgewählte politisch-wissenschaftliche Treffen

Hans-Georg Ehrhart nahm an zwei hochrangig besetzten Tagungen – u.a. mit dem Wehrbeauftragten des Bundestags, deutschen und französischen Abgeordneten, dem französischen Botschafter in Russland, dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die OSZE – des „Cercle Stratégique Franco-Allemand“ in Paris und in Berlin teil. Zudem fand die Auftaktsitzung einer vom IFRI und der SWP geleiteten internationalen Projektgruppe unter Beteiligung von Hans-Georg Ehrhart statt, die Perspektiven für ein deutsch-französisches Weißbuch untersucht. Am 13.4.2016 gaben er und Götz Neuneck anlässlich der Vorstellung einer Auftragsstudie für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe beim Parlamentarischen Frühstück in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg in Berlin einen Input zum Thema „Sicherheitspolitische Bedrohungen und Risiken unter den Aspekten der Zivilen

Verteidigung und des Zivilschutzes“. Ferner nahm Hans-Georg Ehrhart an einer Expertentagung des BMBF und des VDI zur Entwicklung eines neuen Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung teil. Martin Kahl nahm an Sitzungen des Wissenschaftlichen Beraterkreises zum Sicherheitsforschungsprogramm des BMBF in Berlin und Freiburg teil.

Götz Neuneck organisierte zwei Panels auf dem 1. Egon-Bahr-Symposium am 21. April in der Landesvertretung Hamburg. Den Einführungsvortrag hielt Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Ulrich Kühn und Götz Neuneck besuchten zahlreiche Konferenzen zur Deep Cuts-Problematik (u.a. in Moskau und Tokio). Götz Neuneck nahm als Amaldi-Beauftragter der Union der Akademie der Wissenschaften an dem Vorbereitungstreffen der XX. Amaldi-Konferenz „International Cooperation for Enhancing Nuclear Safety, Security, Safeguards and Non-proliferation“ in Rom teil. Auch wurden Gäste aus Israel, Russland und Deutschland zu vertiefenden Gesprächen empfangen. Die Debatte über Cyber-War und Cyber-Peace entwickelt sich auch verstärkt im nationalen wie internationalen Kontext; über Cyber-Fragen fanden daher Beratungsgespräche mit Bundestagsabgeordneten und politischen Parteien statt. IFAR war darüber hinaus an einer Klausur des BMI in Zeuthen und beim Europäischen Katastrophenschutzkongress beteiligt. Hinzu kamen diverse Treffen im AA zur Rüstungskontrollproblematik.

Politisch-wissenschaftliche Netzwerke

Das OSZE-Netzwerk

Das *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions* umfasste Ende 2015 66 Mitgliedsinstitute aus 37 Staaten und wird seit seiner Gründung 2013 von Wolfgang Zellner koordiniert. Er wird dabei von Naida Mehmedbegović Dreilich unterstützt. 2016 wurden drei größere Vorhaben durchgeführt. Am 24. Februar fand unter dem Motto „The Chairperson Meets the Network“ eine Netzwerk-Vollversammlung statt, die der Wahl der Gremien und der Planung der

Arbeit diene. Dies schloss eine öffentliche Veranstaltung mit dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung für den deutschen OSZE-Vorsitz 2016, Gernot Erler, MdB, ein. Darüber hinaus wurden zwei größere Projekte durchgeführt. Das Projekt „*Protracted Conflicts in the OSCE Area. Innovative Approaches for Co-operation in the Conflict Zones*“ unter der Leitung des US-amerikanischen Botschafters a.D. Philip Remler erarbeitete auf der Basis von elf Einzelstudien und einem internationalen Workshop im Juli in Wien einen Bericht mit tatsächlich neuen Empfehlungen, der am 8. Dezember am IFSH vorgestellt wurde. Das Projekt „*European Security – Challenges at the Societal Level*“, erarbeitete, geleitet von Wolfgang Zellner, einen Bericht, der auf 15 Reports über nationale sicherheitspolitische Perspektiven, sog. Narrativen, fußt. Die Narrative und ein Entwurf des Berichts wurden auf Workshops in Genf und Moskau im Mai und im November diskutiert. Der Bericht wurde in der sog. *Mixed Zone* des Ministerratstreffens vorgestellt, die Narrative sollen Anfang 2017 als Buch veröffentlicht werden. Da das Netzwerk aufgrund der großzügigen Förderung des Auswärtigen Amtes etwa 20 Projekt-Mitarbeiter/-innen zur Ministerratstagung nach Hamburg einladen konnte, wurden dort in drei Arbeitsgruppen bereits Folgeprojekte für 2017 besprochen. Als Themen zeichnen sich historische Narrative, ein Wertedialog und die Frage wirtschaftlicher vertrauensbildender Maßnahmen ab. 2016 war das mit Abstand aktivste Jahr des Netzwerks. Die Gesamtkosten für die Netzwerk-Aktivitäten des Jahres 2016 in Höhe von etwa 240.000 Euro wurden vom Eidgenössischen Department für Auswärtige Angelegenheiten, den Außenministerien Österreichs und Finnlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Auswärtigen Amt aufgebracht.

Das Netzwerkprojekt „Challenges to Deep Cuts“ arbeitet im Rahmen einer vom IFSH gegründeten trilateralen Kommission,

bestehend aus jeweils sieben Experten, ehemaligen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern aus den USA, Russland und Deutschland Vorschläge zur Fortsetzung nuklearer und konventionelle Rüstungskontrolle aus, diskutiert sie und macht sie bekannt. Projektpartner sind die Arms Control Association und die Russische Akademie der Wissenschaften in Moskau. Hierdurch soll der Abrüstungsprozess wiederbelebt und Auswege aus einer gefährlichen Eskalationsdynamik und die Verhinderung neuer Rüstungswettläufe erreicht werden. Die Ukraine Krise macht deutlich, dass ein verstärkter Dialog in diesem sensiblen Bereich alternativlos ist. Das Projekt wird vom Auswärtigen Amt und der Hamburger Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung finanziell unterstützt. Die Phase III der Deep Cuts Commission wurde mit einem gemeinsamen konsensualen Endbericht (in Englisch und Russisch) „Back from the Brink“ und mit einer Veranstaltung in Moskau abgeschlossen. Phase IV ist in Vorbereitung.

Bundeswehrkommission

Auf Einladung des IFSH treffen sich in der Regel zwei Mal jährlich aktive und ehemalige Angehörige der Bundeswehr, Bundestagsabgeordnete und Expert/-innen für sicherheitspolitische Fragen im Rahmen der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“. Im Jahr 2016 stand das sicherheitspolitische Weißbuch der Bundesregierung in der Diskussion. Im Vorfeld der Veröffentlichung erstellten Mitglieder der Kommission eine Stellungnahme mit von ihnen für relevant erachteten Kriterien für ein solches Grundlagendokument, das in weiten Kreisen Beachtung fand. Mehrere Mitglieder kommentierten das Weißbuch nach seiner Veröffentlichung mit Bezug auf die Stellungnahme der Kommission. Als nächste Themen beabsichtigt die Kommission den Bundeswehreinsatz im Inneren und die Beschlüsse zur Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union zu behandeln.

6

Lehre und Nachwuchsförderung

6 Lehre und Nachwuchsförderung



MPS-Absolventen 2015/16 und Studierende 2016/17.

6.1 Studiengang „Peace and Security Studies (M.A.)“ an der Universität Hamburg

Im Oktober 2016 begann das fünfzehnte Akademische Jahr des Masterstudiengangs „Peace and Security Studies“. Am 10. Oktober 2016 wurde der vierzehnte Absolventenjahrgang im Rahmen einer Festveranstaltung in der Universität Hamburg feierlich verabschiedet. 25 Absolventinnen und Absolventen aus zehn Ländern (Burkina Faso, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Russland, Schweiz, Singapur, Ukraine, Ungarn und Deutschland) erhielten ihre Masterurkunden.

Nach den Einführungen von Senatorin Katharina Fegebank, Präses der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, und Prof. Dr. Cord Jakobeit, Prodekan für Forschung der WISO-Fakultät der Universität Hamburg, hielt Prof. Dr. Peter Brandt von der Fernuniversität Hagen den Festvortrag zum Thema: „Die sozialdemokratische Friedenspolitik zwischen den Weltkriegen – Lehren für Deutschland zum Thema Frieden und Sicherheit“.

Für das fünfzehnte Akademische Jahr 2016/2017 wurden 24 Studierende aus zehn Ländern immatrikuliert (Afghanistan, Äthiopien, Kasachstan, Niederlande, Rumänien, Russland, Schweiz, Spanien, Syrien und Deutschland); eine Studierende hat zwei Staatsbürgerschaften: die schweizerische und kolumbianische. Der Frauenanteil beträgt rund 58 Prozent (14 Studierende). Der Studiengang wird von der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem IFSH und 14 weiteren Forschungs- und akademischen Lehreinrichtungen des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik sowie dem Förderverein der Freunde und ehemaligen Studierenden des M.P.S. durchgeführt.

Zusätzlich zu den umseitig genannten institutionellen Mitgliedern findet seit mehreren Jahren eine Kooperation mit der Kennesaw State University in den USA (Programm International Conflict Manage-



Institutionelle Mitglieder des Kooperationsverbands Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS) sind neben dem IFSH (ZEUS, CORE und IFAR²):

- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhruniversität Bochum (IFHV);
- Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC);
- Berghof Foundation, Berlin (BF);
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg (IThF);
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg (FüAkBW);
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg (FEST);
- Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Universität Hamburg (ZNF);
- German Institute of Global and Area Studies, Hamburg (GIGA);
- Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF);
- European Centre for Minority Issues, Flensburg (ECMI);
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Berlin (ZIF);
- Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg (HSU);
- Universität Hamburg, Fakultäten für Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften sowie Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften (MIN)
- Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS)
- Verein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S.

ment) statt und 2017 werden erstmals Studierende an die Universität Tromsø (Center for Peace Studies) in Norwegen gehen.

Die inhaltliche und organisatorische Koordination des Studiengangs obliegt dem IFSH, das auch im Berichtsjahr wieder die M.P.S.-Studienleitung stellte. Studienleiter ist Götz Neuneck, akademische Koordinatorin Patricia Schneider. Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für den Studiengang ist der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, weitere Mitglieder aus dem IFSH sind Götz Neuneck, Wolfgang Zellner, Martin Kahl und Eckhard Schlopsna. Hinzu kommen externe Mitglieder von den beteiligten Fachbereichen der Universität Hamburg und den kooperierenden Instituten (KoFrieS).

Im 14. Jahrgang fanden 48 Veranstaltungen statt, darunter sechs Hauptvorlesungen, Vertiefungsseminare, Blocklehrveranstaltungen sowie Rhetorik- und Methodenseminare. Drei Studienreisen führten die Studierenden nach Berlin (z.B. zu Briefings im Parlament, Bundeskanzleramt und Auswärtigen Amt), nach Wien (z.B. zur OSZE, IAEA, CTBTO etc.) und nach Brüssel (NATO, EU-Parlament etc.). Zu den Exkursionen fertigten die Studierenden Protokolle an, die auf der Homepage einzusehen sind (<http://ifsh.de/studium/mps/kursinformationen/>).

Ziel des zweisemestrigen Studiengangs ist es, hochqualifizierte Absolventen/-innen eines sozial- oder naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität sowie akademisch ausgebildete

Praktiker auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und die Grundlagen ihrer praxisgerichteten Bearbeitung einzuführen. Ziel ist ferner, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. friedens- und sicherheitspolitisch berufsfeldorientiert auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden, Unternehmen sowie in politischen Ämtern vorzuberei-

ten. Gleichberechtigte Arbeitssprachen des Studiengangs sind Deutsch und Englisch. Im Rahmen des Programms wurde mit anderen Studiengängen der Universität Hamburg, darunter mit dem „Euromaster“ und den „Osteuropastudien“ unter Federführung der Fakultät für Geisteswissenschaften kooperiert. Der DAAD stellt für Studierende aus Osteuropa Stipendien zu Verfügung. Der Verein zur Förderung des IFSH (VFIF) finanziert gemeinsam mit der Universität Hamburg drei „Deutschlandstipendien“ für das Studienjahr 2016/17.



V.l.n.r.: Prof. Dr. Götz Neuneck, Katharina Fegebank (Präsidentin der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung), Prof. Dr. Peter Brandt, Prof. Dr. Michael Brzoska und Prof. Dr. Cord Jakobeit bei der M.P.S.-Absolventenfeier am 10. Oktober 2016.

6.2 Europäischer Studiengang

„Human Rights and Democratization“ (Venedig)

Seit einigen Jahren ist die Universität Hamburg an diesem von 40 Universitäten und Instituten aus EU-Staaten getragenen Postgraduiertenstudiengang beteiligt. Seit 2006 verleiht die Universität als eine von derzeit sechs Universitäten ein gemeinsames Diplom. Von Anbeginn im Jahre 2001 an

nimmt das IFSH für die Universität Hamburg die Lehr-, Betreuungs- und Prüfungsaufgaben im Rahmen des Studiengangs wahr. Zwei Studierende waren im Sommersemester 2016 am IFSH in Hamburg. Für das IFSH hat Patricia Schneider 2016 die Koordination übernommen.

6.3 Doktorandenbetreuung

Die Doktorandenbetreuung am IFSH ist eng mit der Ausbildung an den Graduiertenschulen der Universität Hamburg und des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) verbunden. Promovierende am IFSH nehmen gleichberechtigt an den Angeboten dieser Graduiertenschulen teil.

Am IFSH werden sowohl interne als auch externe Promovierende betreut. Doktorandinnen bzw. Doktoranden am IFSH sind in Arbeitsbereiche und Querschnittsarbeitgruppen integriert und nehmen so über ihre unmittelbare Betreuung durch erfahrende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

aktiv am wissenschaftlichen und akademischen Leben des Instituts teil. Externe Promovierende arbeiten in der Regel an anderen Einrichtungen können aber an bestimmten Betreuungsleistungen des IFSH, insbesondere dem regelmäßig stattfindenden Doktorandenseminar teilnehmen. Allen Promovierenden bietet darüber hinaus das wöchentliche Forschungskolloquium eine Plattform für den wissenschaftlichen Austausch und die Möglichkeit der Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen. Programmverantwortlicher war im Berichtszeitraum Michael Brzoska, der auch das Doktorandenseminar anleitet.

6.4 Abgeschlossene Promotionen

2016 haben fünf Doktorandinnen und Doktoranden ihre Promotionen erfolgreich abgeschlossen:

Hannes Ebert

Change and Contestation in South Asia
(extern GIGA)

Isabelle Tannous

Die Europäische Union und der Nexus von
Entwicklung und Sicherheit. Transversale
Politikgestaltung im europäischen Mehr-
ebensystem

Alexander Burilkov

The Maritime Strategy of Regional Powers.
China, India, Iran and Brazil from 2001 to
2015 (extern GIGA)

Katja Stephany Munoz

Dynamics of Contention Applied to Variance
in Agency. A Process-oriented Analysis of
Contentious Politics in the Context of the
Philippines from 1972 - 1986

Katarzyna Anna Kubiak

Theory-led analysis of the Polish Official
Position on American Extended Nuclear
Deterrence in Europe



7

Service



7.1 Öffentlichkeitsarbeit

Entsprechend seinem Satzungsauftrag widmet sich das IFSH neben der friedenswissenschaftlichen Arbeit im engeren Sinne der „Bestandsaufnahme und laufenden Orientierung über die sicherheits- und friedenspolitischen Themen in Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen und in eigenen Publikationsmedien“.

2016 erhielt das Institut – wie in den Vorjahren – eine große Zahl von Anfragen. Der Kreis der Anfragenden ist breit und spiegelt das große gesellschaftliche Interesse an der Arbeit des IFSH wider. Vor allem die Medien wenden sich naturgemäß mit der Bitte um Hintergrundinformationen, Interviews und schriftliche Beiträge an das IFSH. Den größten Anteil machten öffentlich-rechtliche und private Rundfunk- und Fernsehsender sowie deren Onlinedienste und Printmedien aus. 2016 waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts Interviewpartner und Gäste u.a. folgender Fernsehsender: ARD, ZDF, NDR-Fernsehen, WDR-Fernsehen, rtl, SAT 1, Vox, n-tv und ecomedia.

Die Rundfunksparten von NDR, BR, WDR, SWR, MDR, SR, HR, RBB und Radio Bremen gehörten ebenso zu den häufigen „Medienkunden“ des IFSH wie Deutschlandradio Kultur, Deutschlandradio Wissen, Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Darüber hinaus kamen zahlreiche Anfragen von privaten in- und ausländischen Rundfunksendern und Agenturen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH waren darüber hinaus in zahlreichen Tages- und Wochenzeitungen bzw. deren Online-Ausgaben mit Interviews und Artikeln vertreten. Neben den Medien wenden sich aber auch u.a. Gewerkschaften, Theater, Künstler, Kirchengemeinden, Schulen, Parteien und ihre Jugendorganisationen, Bundeswehreinrichtungen, Volkshochschulen, Friedensgruppen und Erwachsenenbildungsstätten immer wieder mit Bitten um Referenten, Informationen und Materialien an das Institut. Thematisch konzentrierten sich Anfragen auch im Jahr 2016 in erster Linie auf das aktuelle Konfliktgeschehen. Hier sind vor allem die deutsche/europäische Flüchtlingspolitik, der Bürgerkrieg in Syrien, der



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2016

V.l.n.r.: Karolina Kaminska, Uwe Polley, Madeleine Köhler, Susanne Bund, Ute Runge, Jutta Stropahl, Max Paul, Britta Fisch, Jochen Rasch, Carsten Walter, Hannah Schmitt (nicht im Bild: Marcel Ditt, Marten Ennen, Stefanie Jänsch, Leon Küchler, Cordelia Moore, Lennart Nickel, Tetyana Dittmers, Norma Schemschat, Iryna Schuller, Eckhard Schlopsna, Karina Shabayeva, Irina Troiskaya).

Ukrainekonflikt und damit einhergehend das Verhältnis Russlands zum Westen, die OSZE und der deutsche OSZE-Vorsitz 2016, Sanktionen, Rüstungskontrollfragen und die Zukunft europäischer Sicherheitspolitik; die Terrororganisation „Islamischer Staat“, die militärische Beteiligung Deutschlands am Kampf gegen den IS, der Nahostkonflikt,

Rüstungsexporte, der Einsatz bewaffneter Drohnen, Fragen der Radikalisierung und Terrorismusbekämpfung, Auslandseinsätze der Bundeswehr, aber auch Fragen zur Ausrüstung der Bundeswehr zu nennen. Die Rubrik „Aktuelle Stellungnahmen“ auf der Institutswebsite spiegelt u.a. diese Themen wider: <http://ifsh.de/news/stellungnahmen/>.

7.2 Bibliothek, Dokumentation und Internetpräsenz

Bibliothek

Die Bibliothek des IFSH versorgt in erster Linie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Promovierenden, die Studierenden des Studiengangs M.P.S. und die Mitarbeiter/-innen des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) mit Literatur, steht jedoch auch den Studierenden der Hamburger Hochschulen und der interessierten Öffentlichkeit zur Benutzung offen. Der Bestand der Bibliothek umfasst 31.299 Bände und 81 laufend gehaltene Zeitschriften (Stand 31.12.2016). Der Zugang betrug 311 Bände, davon wurden 13 aus Drittmitteln erworben und 191 im Tausch erhalten bzw. als Geschenk erbeten. 104 Bände und 120 Aufsätze wurden aus Hamburger Bibliotheken entliehen oder über die Fernleihe und Dokumentenlieferdienste beschafft. Die Bibliothek des IFSH umfasst auch eine OSZE-Depotbibliothek, in der Literatur der und über die OSZE systematisch gesammelt wird. Die Bibliothekarin erstellt regelmäßig die Bibliografie des OSZE-Jahrbuchs sowie die OSZE-Online-Bibliografie auf der CORE-Homepage.

Der Bibliotheksbestand kann ab 1971 in Auswahl und ab 1994 vollständig über den Campus-Katalog recherchiert werden. Längerfristig ist geplant, auch die Bestände vor 1994 vollständig im Campus-Katalog aufzunehmen. Im Jahr 2016 wurden 3.615 Titel retrokatalogisiert.

Dokumentation

Seit 2000 nimmt das IFSH am „Fachinformationsverbund Internationale Politik und Länderkunde (FIV)“ teil – einem Zusammenschluss der wissenschaftlichen Dokumentationen von zwölf unabhängigen deutschen Forschungsinstituten, die ein gemeinsames Informationsnetzwerk bilden. Das gemeinsame Produkt dieser Institute ist die Datenbasis World Affairs Online (WAO), die eine der größten sozialwissenschaftlichen Literaturdatenbasen in Europa darstellt. Sie verfügt gegenwärtig über ca. 800.000 Literaturnachweise – vorzugsweise Zeitschriften- und Buchaufsätze sowie graue Literatur – deren thematische Schwerpunkte auf globalen und regionalen, außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen liegen. Im arbeitsteiligen Verbund des FIV erschließt die Dokumentation des IFSH Literatur zur OSZE sowie Publikationen des Hauses. Neben Internetquellen und Online-Katalogen der SUB Hamburg stellt die elektronische Datenbank des FIV die wichtigste Quelle für die fachbezogenen Literaturrecherchen der IFSH-Dokumentation dar.

Seit 2008 ist die WAO-Datenbank als Teil des IREON-Portals (www.ireon-portal.de) frei im Internet zugänglich.

Das IFSH war von 2003 bis 2013 am Aufbau und der Pflege eines Fachinformationsführers für Internetquellen aus dem Bereich Friedensforschung und Sicherheits-

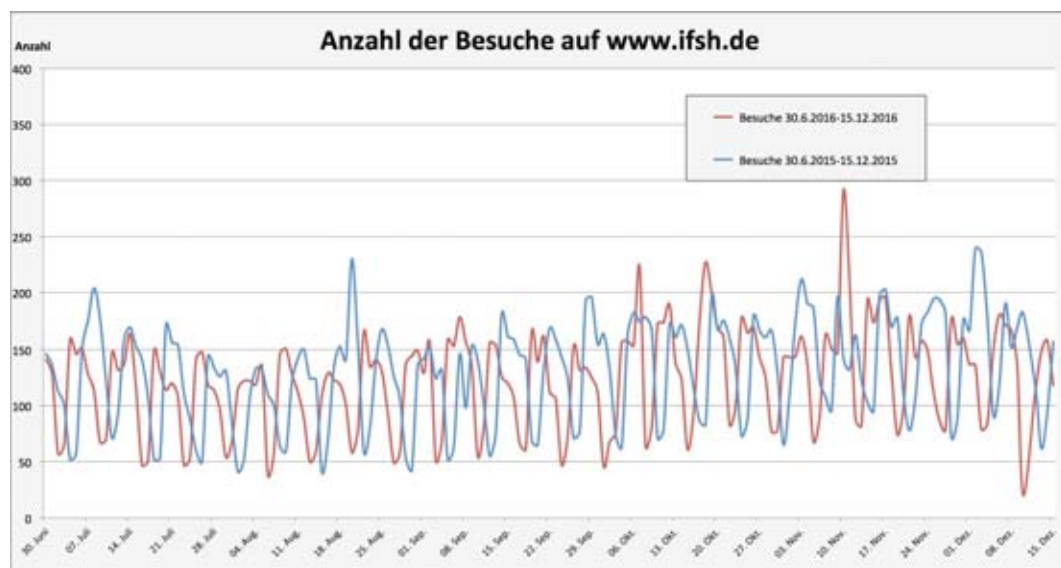
politik beteiligt, der im Rahmen des DFG-geförderten Projekts „Virtuelle Fachbibliothek“ von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg initiiert wurde. 2014 wurde Vifapol eingestellt, die relevanten Daten an den Katalog der SUB Hamburg übertragen.

Internetpräsenz

Seit Juni 2014 werden die Besuche auf *www.ifsh.de* statistisch ausgewertet (erhoben mit PIWIK Open Analytics Platform). Im

Halbjahreszeitraum vom 30.6. bis 15.12.2016 wurden 20.956 Besuche bei 65.020 Seitenansichten registriert. Es fanden 5.170 Downloads statt.

Die am häufigsten gewählte Einzelseiten (Anzahl der Seitenansichten, absteigend) sind: Personal, ifsh.de/en, Studium, News, CORE, Das IFSH, Publikationen, ZEUS Forschung, Projekte, IFAR, Bibliothek, Arbeitsbereiche. 67 Prozent der Besuche kamen aus Deutschland, 33 Prozent aus dem Ausland.



Anzahl der Besuche auf www.ifsh.de

7.3 Redaktion

Das Institut ist seit 1987 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens und gibt seit 1995 das OSZE-Jahrbuch in deutscher, englischer und russischer Sprache heraus.

Darüber hinaus werden – zusätzlich zu Friedensgutachten und OSZE-Jahrbuch – kontinuierlich Herausgeber-, Redaktions- und Lektoratsarbeiten wahrgenommen. Die Redaktion der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden/Security and Peace“ der Nomos-Verlagsgesellschaft ist am IFSH angesiedelt; Chefredakteurin ist Patricia Schneider. Zum Redaktionsteam gehören außerdem Tim Salomon (Bucerius Law School), Sybille Reinke de Buitrago, Martin Krüger (bis September), Kevin Nausch (seit Oktober) und Susanne Bund.

Die Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden wird von Michael Brzoska herausgegeben und von Susanne Bund redaktionell betreut.

Friedensgutachten 2016

Unter dem Titel „Fluchtursachen in den Fokus: Verantwortung übernehmen“ setzt

sich das Friedensgutachten 2016 in seinem Schwerpunkt mit der größten Fluchtbewegung in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auseinander: mit ihren Ursachen, ihrer humanitären Bedeutung, ihren politischen Folgen und der Bewährungsprobe, auf die sie Politik und Gesellschaft stellt. Es thematisiert den Zusammenhang von Krieg, Repression, Welthandelsordnung und Flucht, nimmt Schauplätze wie Syrien, den Libanon, Südsudan oder Afghanistan in den Blick und beleuchtet die Herausforderungen, vor die das Fluchtgeschehen die Europäische Union und Deutschland stellt.

Ein weiteres Kapitel analysiert Tendenzen und Formen einer neuen Machtpolitik in den internationalen Beziehungen. Es diskutiert Interessen und Machtmittel staatlicher Akteure wie Russland oder die Türkei und transnationaler Akteure wie der Islamische Staat (IS), untersucht die Voraussetzungen und Grenzen diplomatischer Erfolge wie im Kompromiss über den iranischen Atomstreit und nimmt das umstrittene Instrument der Schutzverantwortung (R2P) unter die Lupe. Das IFSH trug mit drei Autor/-innen und



Foto: Deutscher Bundestag/Achim Melde

Vorstellung des Friedensgutachtens 2016 im Deutschen Bundestag, hier: beim Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. V.l.n.r.: Corinna Hauswedell (FEST), Max M. Mutschler (BICC), Tom Koenigs (Grüne), Ute Finckh-Krämer (SPD), Michael Brand (CDU/CSU), Margret Johannsen (IFSH), Jochen Hippler (INEF), Bruno Schoch (HSFK).

der Federführung zum Friedensgutachten 2016 bei. 33 externe Kommentatoren und Kommentatorinnen von in- und ausländischen Forschungseinrichtungen übernahmen die Aufgabe des peer reviews für die 30. Ausgabe des Jahrbuchs.



Friedensgutachten 2016

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Bonn International Center for Conversion (BICC)
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

LIT

OSZE-Jahrbuch 2016

Auch in der 21. Ausgabe des OSZE-Jahrbuchs bleiben die Entwicklungen in der Ukraine, ihre Auswirkungen auf die europäische Sicherheit und ihre Bedeutung für die Tätigkeit der OSZE im Fokus. So skizziert Marcel Peško, Direktor des OSZE-Konfliktverhütungszentrums, neue Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze; Wolfgang Zellner erörtert die Eckpunkte einer zukunftsorientierten Sicherheitsstrategie der OSZE. Mehrere Beiträge sind darüber hinaus dem deutschen OSZE-Vorsitz des Jahres 2016 und seinen Prioritäten und Zielen gewidmet, wie z.B. der konventionellen Rüstungskontrolle (Patricia Flor)

bzw. der Initiative von Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu deren Wiederbelebung (Wolfgang Richter).

Einen Schwerpunkt bildet in diesem Jahr der Themenkomplex Flüchtlinge und Migration. David Buerstedde, Jean P. Froehly sowie Florent Marciacq, Tobias Flessenkemper und Ivana Boštjančič Pulko befassen sich mit der Reaktion der OSZE auf die damit verbundenen Herausforderungen, u.a. aus der Sicht des BDIMR und der OSZE-Missionen in Südosteuropa; Svenja Gertheiss und Sabine Mannitz fordern neue Ansätze im Flüchtlingsschutz, Stephanie Liechtenstein macht konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Beitrags der OSZE zur Bewältigung der Krise und Maria Chepurina diskutiert die Initiativen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in diesem Bereich.

Im Themenbereich „Konfliktprävention und Streitschlichtung“ stellt u.a. der Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine seine Arbeit vor. Mit ihrem Beitrag über den Friedensprozess in Nordirland beschreiben Geoffrey Corry, Pat Hynes und Kieran Doyle ein äußerst anschauliches Beispiel für eine gelungene Konfliktlösung; und schließlich untersucht Larissa Meier die Möglichkeit eigener OSZE-Peacekeeping-Aktivitäten.

Weitere Themen im OSZE-Jahrbuch 2016 sind u.a. das multilaterale Engagement Großbritanniens sowie die Folgen des Referendums über dessen Austritt aus der EU; die Entwicklung der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE, die Debatten über eine wünschenswerte Rechtspersönlichkeit der OSZE sowie die Beziehungen Chinas zu den zentralasiatischen Staaten.

Das OSZE-Jahrbuch 2016 enthält darüber hinaus einen umfangreichen Anhang u.a. mit Daten und Fakten zu den 57 Teilnehmerstaaten der OSZE und einer aktuellen Literaturauswahl.

8

Gremien und Personal

8 Gremien und Personal

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die

Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der Wissenschaftliche Direktor.

Kuratorium

Wissenschaftlicher Beirat

**Wissenschaftlicher
Direktor**

Stv. wiss. Direktoren

Institutsrat

**Assistenz der
Institutsleitung**

Verwaltung/EDV

**Öffentlichkeits-
arbeit**

**Bibliothek/
Dokumentation**

M.P.S.

**Masterstudiengang
Friedensforschung und Sicherheitspolitik**

ZEUS

**Zentrum für
EUropäische
Friedens- und
Sicherheitsstudien**

IFAR²

**Interdisziplinäre
Forschungsgruppe
Abrüstung, Rüstungs-
kontrolle und
Risikotechnologien**

CORE

**Zentrum für
OSZE-Forschung**

Querschnittsarbeitsgruppe 1: Formenwandel von Gewalt

Querschnittsarbeitsgruppe 2: Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen

Querschnittsarbeitsgruppe 3: Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale

**Militärischer
Anteil**

**Projekte unter der Verantwortung der Institutsleitung
(CiSAP)**

8.1 Kuratorium

Laut Satzung des IFSH gehören dem Kuratorium folgende Mitglieder an: der oder die Präses der für Wissenschaft und Forschung zuständigen Behörde als Vorsitzende bzw. Vorsitzendem, die Präsidentin bzw. der Präsident der Universität Hamburg, vier von der Universität Hamburg benannte Vertreterinnen bzw. Vertreter, bis zu drei Vertreterin-

nen bzw. Vertreter aus dem öffentlichen Leben Hamburgs, die vom Kuratorium gewählt werden, sowie der bzw. die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats.

Das **Kuratorium** des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzte sich 2016 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Staatsrätin Dr. Eva Gümbel (Vorsitzende)	Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung
Prof. Dr. Jetta Frost (Stv. Vorsitzende)	Vizepräsidentin der Universität Hamburg
Niels Annen	MdB
Stella Bücker (bis Juli 2016)	Studierendenvertreterin
Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer	FB Informatik, Arbeitsbereich Kognitive Systeme
Gerhard Fuchs	Staatsrat a.D.
Prof. Dr. Anna Geis (seit November)	Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats
Prof. Dr. Cord Jakobeit (seit November 2016)	WiSo-Fakultät, Programmbereich Politikwissenschaft
Prof. Dr. Elke Krahmhann (bis Juni)	Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats
Prof. Dr. Andreas Lange	Fakultät WiSo, Fachbereich Volkswirtschaftslehre
Antje Möller	MdHB
Prof. Dr. Thomas Schramme (bis Juli 2016)	FB Philosophie
David Weiß (seit November)	Studierendenvertreter

8.2 Wissenschaftlicher Beirat

Im Berichtszeitraum tagte der **Wissenschaftliche Beirat** des IFSH zweimal. 2016 gab es einige Änderungen in der Zusammensetzung des Beirats: Zwei Mitglieder sind nach zwei Amtszeit satzungsgemäß aus dem Beirat

ausgeschieden, je ein Mitglied stand für eine zweite nicht zur Verfügung bzw. ist zurückgetreten. Dem Beirat gehörten 2016 folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Cord Jakobeit (Vorsitzender, bis Jan.)	Universität Hamburg
Prof. Dr. Elke Krahmhann (Vorsitzende, Feb.-Jun.)	Universität Witten/Herdecke
Prof. Dr. Anna Geis (Vorsitzende) (Mitglied seit Februar, Vorsitzende seit Okt.)	Helmut-Schmidt-Universität d. Bundeswehr, Hamburg
Prof. Dr. Tilman Brück (Stv. Vorsitzender)	ISDC-International Security and Development Center GmbH
Prof. Dr. Tanja Brühl	Goethe-Univ. Frankfurt a.M., Inst. f. Politikwiss.
Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven (seit Juli)	Institut für Theologie und Frieden
Prof. Dr. Heike Krieger (bis April)	FU Berlin, FB Rechtswissenschaft
Prof. Dr. Stephan Oeter (seit April)	Universität Hamburg, Fakultät für Rechtswissenschaft
Prof. Dr. Paul Reuber	Universität Münster, Institut für Geographie
Prof. Dr. Petra Seibert	Universität für Bodenkultur Wien, Inst. für Meteorologie
Prof. Dr. Michael Staack (bis Juni)	Helmut-Schmidt-Universität d. Bundeswehr, Hamburg

8.3 Institutsrat

Der **Institutsrat** tagte im Berichtszeitraum zweimal.

8.4 Gleichstellung

Im dritten Jahr des zweiten Gleichstellungsplans 2014-2018 hat das IFSH die selbst gesetzten Gleichstellungsziele fast in allen Bereichen erreicht. Der im Gleichstellungsplan angestrebte Frauenanteil am gesamten wissenschaftlichen Personal von 50 % wurde mit 60,41 % deutlich überschritten. Auf der Ebene der unbefristeten Stellen wurde die Zielgröße mit 42,68% jedoch noch nicht erreicht. Bei den befristeten Stellen lag die Quote dagegen bei 80,51%. Die Leitungsebene bleibt wie schon 2015 ohne Frauen als Stelleninhaberinnen, da die entsprechenden Stellen entfristet sind und keine Wechsel erfolgten. In der nahen Zukunft kann hier aufgrund anstehender Neubesetzungen jedoch eine deutliche Änderung eintreten.

Der Anteil von Beschäftigten mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen ist in den letzten Jahren beträchtlich gewachsen. Im Bereich der qualitativen Frauenförderung verfolgten der Gleichstellungsbeauftragte und seine Stellvertreterin auch im Laufe des Jahres 2016 das Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie am Institut. Die Institutsleitung und das Kollegium zeigte wiederum Offenheit für die gegenseitige Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Es kann auch für das vergangene Jahr festgestellt werden, dass das Institut hier einen guten Beitrag zur qualitativen Frauenförderung leistet.

Darüber hinaus wurden auch 2016 die bereits 2014 begonnenen Bemühungen um eine Verbesserung der Kommunikationskultur und der gleichstellungsfreundlichen Teamentwicklung (Transparenz von Leitungs- und Referent/-innensitzungen, vierteljährliche Projektwerkstatt im Forschungskolloquium, Beratungsgruppen für Drittmittelanträge, Mittwochsmittagessen) fortgesetzt.

Martin Kahl und Regina Heller (Stellvertretung), die das Amt der Gleichstellungsbeauftragten seit Oktober 2015 ausüben, haben im ersten Jahr ihrer Tätigkeit insbesondere die Kontakte zu den Gleichstellungsbeauftragten der Universität Hamburg intensiviert sowie an Fortbildungskursen der Universität zur Gleichstellung teilgenommen.

Die Gleichstellungsberichte des IFSH können auf der Institutswebsite eingesehen werden: <http://www.ifsh.de/personal/gleichstellungsbericht/>.

8.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2016

Institutsleitung:

Wiss. Direktor: Prof. Dr. Michael Brzoska
(bis September)
Stv. Wiss. Direktor: Prof. Dr. Götz Neuneck
(Geschäftsführender Ko-Direktor seit
Oktober)
Stv. Wiss. Direktor: Dr. Wolfgang Zellner
(Geschäftsführender Ko-Direktor seit
Oktober)
Dr. Hans-Georg Ehrhart (Leiter ZEUS)

Wissenschaftliche Referentinnen/ Referenten:

Dr. Regina Heller
Dr. Martin Kahl
Ursel Schlichting, M.A.
Dr. Patricia Schneider

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter:

Reem Ahmed, M.A.
Dr. Christian Alwardt (seit November)
Dr. Raphael Bossong (bis März)
Dr. Frank Evers
Dr. Christiane Fröhlich (Oktober)
Lina-Marieke Hilgert, M.A., M.P.S. (seit
Nov.)
Dr. Anna Kreikemeyer
Dr. Elena Kropatcheva
Dr. Ulrich Kühn (bis August)
Naida Mehmedbegović Dreilich, M.A.,
M.P.S.
Dr. Daniela PISOIU
Dr. Sybille Reinke de Buitrago (seit Sept.)
Dr. Delf Rothe (seit Dezember)
Esther Somfalvy, M.A. (seit Juni)

Post-Doc-Stipendiat

Dr. Delf Rothe (bis November)

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordneter der Streitkräfte:

Otl. i.G. Martin Krüger (bis September)
Major i.G. Kevin Nausch (seit Oktober)

Senior Research Fellows:

Prof. Dr. Michael Brzoska (seit Oktober)
Dr. Margret Johannsen
Prof. Dr. Howard Loewen
Dr. Reinhard Mutz
Prof. Dr. Jürgen Scheffran
Dr. Johann Schmid
Dr. Arne C. Seifert

Fellows:

Dr. Christiane Fröhlich
Dr. Ulrich Kühn (ab September)
Thomas Reinhold
Tim Salomon

Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler:

Arthur Atanesyan (Nov.-Dez.)
Shah Meer Baloch (Sept.-Nov.)
Wolfgang Bretschneider (Juni-Aug.)
Svetlana Dzardanova (Sept.-Nov.)
Parisa Farhadi (Juni-Sept.)
Marinke Gindullis (Sept.-Nov.)
Philipp Karl (bis Januar)
Weeda Mehran (Feb.-März)
Matti Pohjonen, PhD (bis März)
Lkhagvabaatar Purevdagva (seit Okt.)
Ole Zimmermann (Juni-Sept.)

Doktorandinnen/Doktoranden am IFSH:

Reem Ahmed
Nodira Aminova
Anne Finger (beurlaubt)
Azamjon Isabaev
Katarzyna Kubiak (Abschluss 2016)
Fernando de Mattos
Naida Mehmedbegović Dreilich
Parisa Farhadi
Anastasia Raevskaya
Sayed Maisam Wahidi

Externe Doktorandinnen/Doktoranden

Alexandr Burilkov (Abschluss 2016)
Hannes Ebert (Abschluss 2016)
Julia Grauvogel
Sascha Knöpfel (beurlaubt)
Daniel Köhler
Isabelle Maras
Katja Munoz (Abschluss 2016)
Sarah Nash
Kerstin Petretto (beurlaubt)
Thomas Reinhold
Isabelle Tannous (Abschluss 2016)

*Studentische Mitarbeiterinnen/
Mitarbeiter:*

Marcel Ditt (April-Sept.)
Tetyana Dittmers (seit Sept.)
Stefanie Jänsch
Karolina Kaminska (bis Sept.)
Leon Kuchler(seit Okt.)
Cordelia Moore (Okt.-Dez.)
Lennart Nickel (bis April)
Norma Schemschat (seit Dez.)
Hannah Schmitt (bis Juni)
Iryna Schuller (bis Juni)
Karina Shabayeva
Irina Troitskaya (bis Sept.)

Sekretariat:

Madeleine Köhler
Marten Ennen (Apr.-Juni und ab Nov.)

Redaktion/Übersetzungen:

Graeme Currie, M.A.
Elizabeth Hormann (extern)
Anastasia Raevskaya (extern)

Bibliothek:

Ute Runge, Dipl. Bibl.

Dokumentation:

Uwe Polley, Dipl.-Pol.

Verwaltung:

Giulia Berkitz (Aug.-Nov.)
Britta Fisch
Max Paul
Jochen Rasch
Dr. Eckhard Schlopsna
Jutta Stropahl (bis August)
Carsten Walter

9

Anhang



9.1 Projekte

Querschnittsarbeitsgruppe 1: Formenwandel von Gewalt

Große Forschungsprojekte		Projektverantwortung
IFSH-15-F-01	Liberale Friedensstrategien und die Entwicklung kollektiver Gewalt	Michael Brzoska/ Martin Kahl/Regina Heller
ZEUS-14-F-01	Zur Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten beim Formenwandel der Gewalt	Hans-Georg Ehrhart
IFAR-11-F-02	Cyber Attacks – Eine neue Bedrohung für die internationale Sicherheit?	Götz Neuneck
IFAR-14-F-01	Neue Technologien und die Zukunft der Kriegführung	Michael Brzoska, Götz Neuneck

Querschnittsarbeitsgruppe 2: Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen

Große Forschungsprojekte		Projektverantwortung
CORE-10-F-02	Between Multilateralism and Unilateralism. Why and How Russia Engages with Multilateral Governmental Frameworks in the Area of European and Eurasian Security	Elena Kropatcheva
CORE-16-F-01	Friedensforschung in Europa und Eurasien	Anna Kreikemeyer
ZEUS-16-F-01	Legitimität als Quelle von Staatlichkeit: Palästina in der UNO	Margret Johannsen
ZEUS-10-F-01	Das Streben nach Respekt: Eine Untersuchung der sozio-emotionalen Dimension in Russlands Beziehungen zum Westen	Regina Heller
ZEUS 14-F-06	Threat, Challenge or Partner: Constructions of China and Russia in Canadian and U.S. Security Policy of the Arctic	Hans-Georg Ehrhart/ Martin Kahl/Sybille Reinke de Buitrago
IFSH-14-F-03	Von Nachhaltigkeit zu Resilienz: Ökologische Konzepte in der internationalen Sicherheits- und Entwicklungspolitik	Michael Brzoska
IFSH 16-F-04	The Knowledge Politics of Security in the Anthropocene	Michael Brzoska
ZEUS 16-F-03	Human Mobility in the Anthropocene Epoch (Menschliche Mobilität im Zeitalter des Anthropozäns)	Christiane Fröhlich und Delf Rothe

Querschnittsarbeitsgruppe 3: Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale

Große Forschungsprojekte		Projektverantwortung
ZEUS 13-F-06	VOX-Pol. Violent Online Political Extremism (VOPE). Virtual Centre of Excellence for Research in Violent Online Political Extremism	Reem Ahmed
ZEUS 15-F-01	Die Politik der Überwachung und ihre Politisierung: Legitimation und Kontestation sicherheitspolitischer Regierens nach Snowden	Martin Kahl / Hendrik Hegemann
ZEUS 16-F-02	Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung zur Gewalt in der virtuellen und realen Welt. Ursachen, Verläufe und Gegenstrategien im Kontext der Debatte um Flucht und Asyl	Martin Kahl

Arbeitsbereichsspezifische Projekte

CORE

Große Forschungsprojekte		Projektverantwortung
CORE-12-F-02	Fortführung des OSCE Network of Academic Institutions	Wolfgang Zellner
CORE-16-F-02	Horizon 2020 Coordination and Support Action „EU und Zentralasien“	Anna Kreikemeyer, Esther Somfalvy

Kleinere Forschungs- und Publikationsvorhaben		Projektverantwortung
CORE-10-P-02	OSZE-Jahrbuch (deutsch, englisch, russisch)	Ursel Schlichting

Nachwuchsforschungsprojekte		Projektverantwortung
CORE-12-NF-01	The problems of correlation between Western values and Islamic traditions in the context of democratization in Tajikistan: secular-Islamic dialogue as a factor of stability in the region	Nodira Aminova
CORE-13-NF-01	Foreign and Security Policy of Tajikistan and Uzbekistan toward Afghanistan: Common Structures, Varying Outcomes	Azamjon Isabaev

Beratungsprojekte		Projektverantwortung
CORE-10-B-01	Rahmenprojekt Auswärtiges Amt	Wolfgang Zellner
CORE-10-B-04	OSZE-bezogene Informationsdienstleistungen	Uwe Polley

ZEUS

Große Forschungsprojekte		Projektverantwortung
ZEUS-14-F-03	Frieden durch Kooperation? Die EU und asiatische Regionalorganisationen	Howard Loewen

Kleinere Forschungs- und Publikationsvorhaben		Projektverantwortung
ZEUS15-P-01	Terrorismus und Terrorismusbekämpfung	Hendrik Hegemann/ Martin Kahl
ZEUS-15-P-02	Maritime Sicherheit	Patricia Schneider

Nachwuchsforschungsprojekte		Projektverantwortung
ZEUS-07-NF-03	Elitenwechsel in Bosnien-Herzegowina in der Transition	Naida Mehmedbegović
ZEUS-14-NF-01	Transnationale Sicherheitsvorsorge im maritimen Raum	Kerstin Petretto
ZEUS-16-NF-01	Brazil-European Union security dialogue: think tanks, networks and discourses	Fernando Mattos
ZEUS-16-NF-02	Are women more likely to 'self-radicalise' online? Assessing the role of the Internet in the radicalisation processes of women engaged in jihadi and extreme right-wing movements (Arbeitstitel)	Reem Ahmed

Beratungsprojekte		Projektverantwortung
ZEUS-07-B-01	Internationales Fellowship-Programm Graf Baudissin	Hans-Georg Ehrhart
ZEUS-14-B-02	Europäische Sicherheitspolitik	Hans-Georg Ehrhart
ZEUS-16-B-01	Reflexionsgruppe „Neue Impulse für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“	Hans-Georg Ehrhart

IFAR²

Große Forschungsprojekte		Projektverantwortung
IFAR-10-F-01	Challenges to Deep Nuclear Cuts, Phase II	Götz Neuneck
IFAR-15-P-04	N.EX.T – Nuclear Experts Talks – The NEXT Generation (Phase 1)	Ulrich Kühn

Kleinere Forschungs- und Publikationsvorhaben		Projektverantwortung
IFAR-15-P-04	Nuclear Dismantlement	Götz Neuneck, Gerald Kirchner, Malte Göttsche
IFAR-16-P-01	Die Humanitäre Initiative und die Aussichten für nukleare Abrüstung	Götz Neuneck

Nachwuchsforschungsprojekte		Projektverantwortung
IFAR 13-NF-02	Strategische Kultur und die Zukunft der Nuklearen Ordnung: Die Nuklearwaffenpolitiken Frankreichs und Großbritanniens	Anne Finger

Beratungsprojekte		Projektverantwortung
IFAR-08-B-02	Pugwash Conference on Science and World Affairs	Götz Neuneck
IFAR-08-B-01	Beratung der Rüstungskontrollabteilung des Auswärtigen Amtes	Götz Neuneck
IFAR-16-B-01	Edoardo Amaldi Konferenzen	Götz Neuneck

Institutsübergreifende Projekte

Große Forschungsprojekte		Projektverantwortung
IFSH 15-F-03	Klimawandel und Sicherheit (CLISAP.2 C4)	Michael Brzoska

Kleinere Forschungs- und Publikationsvorhaben		Projektverantwortung
IFSH-07-P-01	Friedensgutachten	Margaret Johannsen

Beratungsprojekte		Projektverantwortung
IFSH-08-B-01	Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundes- wehr“ am IFSH	Michael Brzoska

9.2 Veröffentlichungen 2016

Bücher und Herausgeberschaften:

Referierte:

- Bossong, Raphael** und Helena Carrapico, Hrsg. 2016. *EU Borders and Shifting Internal Security. Technology, Externalization and Accountability*. Cham: Springer.
- Kühn, Ulrich**. 2016. *Cooperative Arms Control in Europe (1973-2014). A Case of Regime Decay?* Hamburg.
- Rothe, Delf**. 2016. *Securitizing global warming. A climate of complexity. Routledge studies in resilience*. London: Routledge.

Sonstige:

- Ehrhart, Hans-Georg**, Hrsg. 2016. Themenschwerpunkt: Hybride Kriege und Bedrohungen. *S+F Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (2). Baden-Baden: Nomos.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH**, Hrsg. 2016. *OSCE Yearbook 2015*. Baden Baden: Nomos Verlag.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH**, Hrsg. 2016. *OSZE Jahrbuch 2015*. Baden Baden: Nomos Verlag.
- Oschinski, Julia, Nadine Ritz. **Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH**, Berghof Foundation Programm Friedenspädagogik & Globales Lernen, Hrsg. 2016. *Friedensgutachten 2016 didaktisch. Unterrichtshilfen und Materialien*. Berlin: Berghof Foundation Operations GmbH.
- Johannsen, Margret**, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell und Jochen Hippler, Hrsg. 2016. *Friedensgutachten 2016*. Berlin: LIT. Übersetzung (Kurzfassung) unter: **Johannsen, Margret**, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell, Jochen Hippler, Hrsg. 2016. *Peace Report 2016*. Wien: LIT.
- Bartosch, Ulrich, **Götz Neuneck** und Ulrike Wunderle, Hrsg. 2016. 60 Jahre Russell-Einstein-Manifest. Remember Your Humanity and Forget the Rest! Herausforderungen für die nukleare Abrüstung. *Wissenschaft – Gesellschaft – Verantwortung* Nr. 1. Berlin: Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.
- Jantke, Kerstin, Florian Lottermoser, Jörn Reinhardt, **Delf Rothe**, Jana Stöver, Hrsg. 2016. *Nachhaltiger Konsum. Institutionen, Instrumente, Initiativen*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Hiéramente, Mayeul und **Patricia Schneider**, Hrsg. 2016. *The Defence in International Criminal Trials. Observations on the Role of the Defence at the ICTY, ICTR and ICC*. Demokratie, Sicherheit, Frieden 217. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Aufsätze in Zeitschriften:

Thomson Reuters Master Journal List – Web of Knowledge (ISI-Liste):

- Boas, Ingrid und **Delf Rothe**. 2016. From conflict to resilience? Explaining recent changes in climate security discourse and practice. *Environmental Politics* 25 (4): 613-632.
- Bank, André; **Christiane Fröhlich** und Andrea Schneiker. 2016. *The Political Dynamics of Human Mobility: Migration out of, as and into Violence*. Global Policy, special issue „Critical Perspectives on Human Mobility“, hrsg. von Christiane Fröhlich. doi:10.1111/1758-5899.12384.
- Hegemann, Hendrik, **Martin Kahl**. 2016. Security governance and the limits of depoliticisation: EU policies to protect critical infrastructures and prevent radicalisation. *Journal of International Relations and Development*. doi:10.1057/s41268-016-0078-5.
- Kropatcheva, Elena**. 2016. Russia and the Collective Security Treaty Organisation: Multilateral Policy or Unilateral Ambitions?. *Europe-Asia Studies* 68 (9): 1526-1552. doi:10.1080/09668136.2016.1238878.

Referierte:

- Pohjonen, Matti und **Reem Ahmed**. 2016. Narratives of risk: Assessing the discourse of online extremism and measures proposed to counter it. *S+F Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (4): 236-241.
- Bossong, Raphael** und Hendrik Hegemann. 2016. EU internal security governance and national risk assessments: towards a common technocratic model?. *European Politics and Society* 17 (2): 226-241. doi:10.1080/23745118.2016.1120990.
- Duarte, Érico**. 2016. Drugs, Piracy and Sovereignty: Brazil, United States and European Union's Security Perspectives for South Atlantic. *S+F Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (3): 185-190. doi:10.5771/0175-274X-2016-3-185.
- Ehrhart, Hans-Georg**. 2016. Unkonventioneller und hybrider Krieg in der Ukraine: zum Formenwandel des Krieges als Herausforderung für Politik und Wissenschaft. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 9 (2): 223-241.
- Ehrhart, Hans-Georg** und **Götz Neuneck**. 2016. Analyse sicherheitspolitische Bedrohungen und Risiken unter Aspekten der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes. *Humanitäres Völkerrecht* 29 (3): 84-91.
- Fröhlich, Christiane**. 2016. Climate migrants as protestors? Dispelling misconceptions about global environmental change in pre-revolutionary Syria. *Contemporary Levant* 1 (1): 38-50.

- Kahl, Martin.** 2016. „Wir schaffen mehr Feinde als wir beseitigen“ – Radikalisierung, Rekrutierung und Militanz als Folge amerikanischer Drohneinsatzsätze? *ZeFKo Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 5 (1): 34-64.
- Hegemann, Hendrik, **Martin Kahl.** 2016. (Re-) Politisierung der Sicherheit? Legitimation und Kontestation geheimdienstlicher Überwachung nach Snowden. *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 23 (2): 8-41.
doi:10.5771/0946-7165-2016-2.
- Kühn, Ulrich.** 2015. Institutional Resilience and the Transition to Zero Nuclear Weapons. *Security and Human Rights* 26 (2-4): 262-280.
doi:10.1163/18750230-02602002.
- Ditrych, Ondřej, Łukasz Kulesa, Irina Kobrinskaya und **Ulrich Kühn.** 2016. Responses to 'Deter and Engage: Making the Case for Harmel 2.0 as NATO's New Strategy'. *New Perspectives* 23 (2): 123-142.
- Reinke de Buitrago, Sybille.** 2016. The role of emotions in US security policy towards Iran. *Global Affairs* 2 (2): 15-164.
doi:10.1080/23340460.2016.1164975.
- Reinke de Buitrago, Sybille.** 2016. Threats of a Different Kind: China and Russia in U.S. Security Policy Discourse. *S+F; Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (3): 165-170.
doi:10.5771/0175-274X-2016-3-165.
- Sonstige:*
- Alwardt, Christian,** Jürgen Scheffran. 2016. Mensch und Wasser. *Praxis Geographie* 46 (1): 5-13.
- Brzoska, Michael.** 2016. Vertrag über den Waffenhandel: 1. Vertragsstaatenkonferenz 2015. Vereinte Nationen 64 (1): 31.
- Brzoska, Michael.** 2016. Weißbuch ohne Orientierung. Ein Kommentar. *Kompass Soldat in Welt und Kirche, Sonderausgabe zum Weißbuch*: 26.
- Ehrhart, Hans-Georg.** 2016. Postmoderne Kriegführung: In der Grauzone zwischen Begrenzung und Entgrenzung kollektiver Gewalt. *S+F; Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (2): 97-104.
- Ehrhart, Hans-Georg.** 2016. Russland, der Krieg in der Ukraine und der Westen. *Deutschland & Europa, Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte und Wirtschaft*, 71: 48-53.
- Ehrhart, Hans-Georg** und **Götz Neuneck.** 2016. Sicherheitspolitische Bedrohungen und Risiken. Zivile Verteidigung und Zivilschutz aus der Sicht der Friedens- und Konfliktforschung. *Bevölkerungsschutz* (3): 2-6.
- Fröhlich, Christiane** und **Regina Heller.** 2016. Ist der liberale Frieden tot? Überlegungen zum europäischen Friedensprojekt. *W&F; Wissenschaft und Frieden* 34 (4): 10-11.
- Kahl, Martin** 2016. Essay: Terrorismus als Element der Weltrisikogesellschaft. In: *Soziologische Revue* 39 (2): 203-214. doi:10.1515/srsr-2016-0028.
- Kühn, Ulrich.** 2016. Der Konflikt um die Ukraine. Was wir von Egon Bahr lernen können. *S+F; Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (2): 151-156.
- Kapanadze, Sergi, **Ulrich Kühn,** Wolfgang Richter, **Wolfgang Zellner.** 2016. Status-neutral Arms Control: Promises and Pitfalls. *Security Community* (3): 8-9.
- Neuneck, Götz.** 2016. Ist Rüstungskontrolle im Cyberspace möglich? Neue Herausforderungen für die Sicherheits- und Friedenspolitik. *WeltTrends* (113): 28-32.
- Neuneck, Götz.** 2016. Atomwaffentest in Nordkorea. Eine Stellungnahme. *W&F; Wissenschaft und Frieden* 34 (4): 47-48.
- Neuneck, Götz.** 2016. (Natur-) Wissenschaftliche Expertise wird gebraucht. *W&F; Wissenschaft und Frieden* 34 (1): 10-11.
- Reinhold, Thomas.** 2016. Cyberspace als Kriegsschauplatz? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66 (35/36): 22-27.
- Reinhold, Thomas.** 2016. Der Cyberspace. Vorfälle, militärische Aufrüstung und erste Friedensbestrebungen. *WeltTrends* (113): 22-27.
- Reinke de Buitrago, Sybille.** 2016. Difference and Threat: Iran still a Threatening 'Other' in U.S. Security Policy Discourse. *Powision: Neue Räume für Politik* (18): 32-35.
- Schmid, Johann.** 2016. Hybride Kriegführung und das „Center of Gravity“ der Entscheidung. *S+F; Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (2): 114-120.
- Schneider, Patricia.** 2016. Migranten und Flüchtlinge als Herausforderung für Deutschland und Europa. *S+F; Sicherheit und Frieden – Security and Peace* 34 (1): 1-19.
- Seifert, Arne C.** 2016. Herausforderungen der Unabhängigkeit. *WeltTrends* (121): 32-37.

Artikel in Büchern:

Referierte:

- Ahmed, Reem** und **Daniela Pisoiu.** 2016. Beyond borders: subcultural theory and the transnational jihadi identity in Europe. In *Border Politics: Defining Spaces of Governance and Forms of Transgressions*, hrsg. von Cengiz Günay und Nina Witjes. Vienna: Springer
- Brzoska, Michael.** 2016. Progress in the collection of quantitative data on collective violence. In *SIPRI Yearbook 2016. Armaments, Disarmament and International Security*, hrsg. von Stockholm International Peace Research Institute, 191-200. Oxford: Oxford University Press.
- Brzoska, Michael** und George Lopez. 2016. Security Council dynamics and sanctions design. In *Targeted sanctions*, hrsg. von Thomas J. Biersteker, Sue E. Eckert und Marcos Tourinho, 60-78. Cambridge: Cambridge University Press.

- Fröhlich, Christiane.** 2016. Menschliche Mobilität im Kontext ökologischer und politischer Krisen. Das Beispiel Syrien. In *Friedensgutachten 2016*, hrsg. von Margret Johannsen, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell und Jochen Hippler, 89-100. Berlin: LIT.
- Heller, Regina.** 2016. Russlands Machtpolitik in Syrien – (k)eine Frage der Kosten. In *Friedensgutachten 2016*, hrsg. von Margret Johannsen, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell und Jochen Hippler, 232-245. Berlin: LIT.
- Hegemann, Hendrik und **Martin Kahl.** 2016. Konstruktionen und Vorstellungen von Wirksamkeit in der Antiterror-Politik: Eine kritische Betrachtung. In *Innere Sicherheit nach 9/11 – Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue Sicherheitsmaßnahmen?*, hrsg. von Susanne Fischer und Carlo Masala, 189-207. Wiesbaden: Springer VS.
- Hensell, Stephan und **Martin Kahl.** 2016. Ohne Weitsicht: der Krieg gegen den „Islamischen Staat“. In *Friedensgutachten 2016*, hrsg. von Margret Johannsen, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell und Jochen Hippler, 207-219. Berlin: LIT. Übersetzung unter: Hensell, Stephan, **Martin Kahl.** 2016. Lack of Foresight: The War against „Islamic State“. In *Peace Report 2016*, hrsg. von Margret Johannsen, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell, Jochen Hippler, 89-100. Wien: LIT.
- Kropatcheva, Elena.** 2016. The EU's policy of democracy promotion and Ukraine's bumpy path to the Association Agreement – amidst a major crisis in Europe. In *European Engagement under Review*, hrsg. von Vera Axyonova, 11-40. Stuttgart: ibidem.
- Reinke de Buitrago, Sybille.** 2016. The Meaning of Borders for National Identity and State Authority. In *Border Politics: Defining Spaces of Governance and Forms of Transgressions*, hrsg. von Cengiz Günay, Nina Witjes, 143-158. Cham: Springer.
- Lopez, Miguel Rodriguez, Benjamin R. K. Runkle, Stefan Roski, Jana Stöver, Jantke, Kerstin; Manuel Gottschick und **Delf Rothe.** 2016. Sustainable Internationalization? Measuring the Diversity of Internationalization at Higher Education Institutions. In *The Contribution of Social Sciences to Sustainable Development at Universities*, hrsg. von Leal Filho, Walter und Michaela Zint, 21-37. Cham: Springer International Publishing (World Sustainability Series).
- Salehi, Mariam und **Delf Rothe.** 2016. Autonomy in Times of War? The Impact of the Libyan Crisis on migratory decisions. In *Understanding migrant decisions: From Sub-Saharan Africa to the Mediterranean region*, hrsg. von Gebrewold, Belachew und Tendayi Bloom, 80-98. Abingdon/New York: Routledge.
- Sonstige:**
- Alwardt, Christian und Martin Krüger.** 2016. Autonomie von Waffensystemen. In: Jahresbericht 2015, hrsg. von Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH, 28-32. Hamburg: IFSH.
- Bossong, Raphael** und Helena Carrapico. 2016. The Multidimensional Nature and Dynamic Transformation of European Borders and Internal Security. In *EU Borders and Shifting Internal Security*, hrsg. von Raphael Bossong und Helena Carrapico, 1-21. Cham: Springer.
- Bossong, Raphael** und Hendrik Hegemann. 2016. Nationale Risikoanalysen in Europa: Auf dem Weg zu einem einheitlichen Modell technokratischen Risikomanagements?. In *Politisches Krisenmanagement*, hrsg. von Thomas Jäger, Anna Daun und Dirk Freudenberg, 17-32. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Brzoska, Michael.** 2016. Ein zu kurzer Schritt – wenn auch in die richtige Richtung. In *Jahrbuch Innere Führung 2016*, hrsg. von Uwe Hartmann, Claus von Rosen, 262-265. Berlin: Miles-Verlag.
- Brzoska, Michael.** 2017. Rüstungsherstellung und Rüstungsexport: Gebote, Verbote und Paradoxien. In *Handbuch Friedensethik*, hrsg. von Ines-Jacqueline Werkner und Klaus Ebeling, 755-767. Wiesbaden: Springer VS (Buch im September 2016 erschienen).
- Ehrhart, Hans-Georg.** 2016. Die Europäische Union und die NATO. In *Jahrbuch der Europäischen Integration 2016*, hrsg. von Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels, 447-454. Baden-Baden: Nomos.
- Ehrhart, Hans-Georg.** 2016. Europäische Sicherheitsstruktur. In *Handwörterbuch Internationale Politik*, 13. vollst. überarb. u. akt. Aufl., hrsg. von Wichard Woyke und Johannes Varwick, 79-91. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Nachdruck von **Ehrhart, Hans-Georg.** 2015. Europäische Sicherheitsstruktur. In *Handwörterbuch Internationale Politik*, 13. vollst. überarb. u. akt. Aufl., hrsg. von Wichard Woyke, Johannes Varwick, 79-91. Leverkusen: UTB.
- Ehrhart, Hans-Georg** und **Ursel Schlichting.** 2016. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, hrsg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels. 362-369. 14. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Fröhlich, Christiane.** 2016. War Klimamigration eine Ursache der syrischen Revolution? In *Jahresbericht 2015*, hrsg. von Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH, 36-42. Hamburg: IFSH.
- Heller, Regina.** 2016. Russland und der Frieden in Europa – normative Entwicklungspfade und aktuelle Außenpolitik. In *Frieden: Vom Wert der Koexistenz*, hrsg. von Clemens Sedmak, 137-156. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Hensell, Stephan und **Martin Kahl**. 2016. Anschläge in Europa: Hausgemachter Terrorismus oder Krieg des Islamischen Staates?. In *Jahresbericht 2015*, hrsg. von Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH, 46-50. Hamburg: IFSH.
- Johannsen, Margret**. 2016. Frieden schließt man mit seinem Feind. In *Nahostkonflikt kontrovers*, hrsg. von Mirko Niehoff, 241-253. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Johannsen, Margret**, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell und Jochen Hippler. 2016. Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen. In *Friedensgutachten 2016*, hrsg. von Margret Johannsen, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell und Jochen Hippler, 1-31. Berlin: LIT. Übersetzung unter: **Johannsen, Margret**, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell, Jochen Hippler. 2016. Editors' Statement: Current Developments and Recommendations. In *Peace Report 2016*, hrsg. von **Margret Johannsen**, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell, Jochen Hippler, 7-34. Wien: LIT.
- Kühn, Ulrich**. 2016. Cooperative Arms Control in Europe and the Global Nuclear Order: Rethinking Decision-Making and Institutions in Light of the Ukraine Conflict. In *Selected Essays on the Transition to a New Nuclear Order*, hrsg. von Judith Reppy und Catherine M. Kelleher, 57-77. Ithaca, NY: Judith Reppy Institute for Peace and Conflict Studies. Nachdruck von **Kühn, Ulrich**. 2015. Cooperative Arms Control in Europe and the Global Nuclear Order: Rethinking Decision-Making and Institutions in Light of the Ukraine Conflict. Working Papers. Project on "A Stable Transition to a New Nuclear Order", Ithaca, NY: Judith Reppy Institute for Peace and Conflict Studies.
- Kühn, Ulrich**. 2016. Sicherheit mit Russland, Sicherheit vor Russland – Vom Umgang mit der erneuten Konfrontation. In *Europa und die neue Weltunordnung*, hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung, 102-117. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Mutz, Reinhard**. 2016. The CSCE up to the End of the Cold War: What It Achieved and Where It Failed. In *OSCE Yearbook 2015*, hrsg. von Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH, 35-53. Baden-Baden: Nomos Verlag. Übersetzung unter: **Mutz, Reinhard**. 2016. Die KSZE bis zum Ende des Ost-West-Konflikts: Was sie erreicht hat und was ihr misslang. In *OSZE Jahrbuch 2015*, hrsg. von Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH, 37-55. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Neuneck, Götz**. 2016. Einführung für das Panel: Was sind die Herausforderungen für die nukleare Abrüstung? – eine aktuelle Analyse. In *60 Jahre Russell-Einstein-Manifest*, hrsg. von Ulrich Bartosch, Götz Neuneck und Ulrike Wunderle, 53-61. Berlin: Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.
- Neuneck, Götz**. 2017. Krieg im Internet? Cyberwar in ethischer Reflexion. In *Handbuch Friedensethik*, hrsg. von Ines-Jacqueline Werkner, Klaus Ebeling, 805-816. Wiesbaden: Springer VS (Buch im September 2016 erschienen).
- Pisoiu, Daniela und Reem Ahmed**. 2016. Capitalizing on Fear: The Rise of Right-Wing Populist Movements in Western Europe. In *OSCE Yearbook 2015*, hrsg. von Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH, 165-176. Baden-Baden: Nomos Verlag. Übersetzung unter: **Pisoiu, Daniela und Reem Ahmed**. 2016. Aus der Angst Kapital schlagen: der Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen in Westeuropa. In *OSZE Jahrbuch 2015*, hrsg. von Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH, 181-194. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Jantke, Kerstin, Florian Lottermoser, Jörn Reinhardt, **Delf Rothe** und Jana Stöver. 2016. Shoppen gehen im Anthropozän. Nachhaltiger Konsum als institutionelle Herausforderung. In *Nachhaltiger Konsum. Institutionen, Instrumente, Initiativen*, hrsg. von Kerstin Jantke, Florian Lottermoser, Jörn Reinhardt, **Delf Rothe**, Jana Stöver, 9-45. Baden-Baden: Nomos.
- Schlichting, Ursel**. 2016. Preface. In *OSCE Yearbook 2015*, hrsg. von Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH, 13-18. Baden-Baden: Nomos Verlag. Übersetzung unter: **Schlichting, Ursel**. 2016. Vorwort. In *OSZE Jahrbuch 2015*, hrsg. von Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH, 13-19. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Hiéramente, Mayeul und **Patricia Schneider**. 2016. Kein faires Verfahren ohne effektive Verteidigung. Zusammenfassende Bemerkungen zu einem vergessenen Akteur der internationalen Strafjustiz und Ausblick. In *The Defence in International Criminal Trials*, hrsg. von Mayeul Hiéramente und Patricia Schneider, 269-279. Baden-Baden: Nomos.
- Schneider, Patricia**, Kirstin Bunge, Horst Sebastian, Mayeul Hiéramente, **Michael Brzoska** und **Götz Neuneck**. 2017. Frieden in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen. In *Handbuch Friedensethik*, hrsg. von Ines-Jacqueline Werkner, Klaus Ebeling, 55-75. Wiesbaden: Springer VS (Buch im September 2016 erschienen).
- Seifert, Arne C.** 2016. The Political Requirements for IS Prevention in Central Asia. In *OSCE Yearbook 2015*, hrsg. von Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH, 137-150. Baden-Baden: Nomos Verlag. Übersetzung unter: **Seifert, Arne C.** 2016. Politische Erfordernisse der IS-Prävention in Zentralasien. In *OSZE Jahrbuch 2015*, hrsg. von Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH, 149-164. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Zellner, Wolfgang**. 2016. Conflict Management in a Confrontational Political Environment. In *International Crisis Management: NATO, EU,*

OSCE and Civil Society, hrsg. von Samuel Goda, Oleksandr Tytarchuk, Maksym Khylyk, 47-53. Amsterdam: IOS Press.

Zellner, Wolfgang. 2016. Die Europäische Union und die OSZE. In *Jahrbuch der Europäischen Integration 2016*, hrsg. von Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels, 455-460. Baden-Baden: Nomos.

Zellner, Wolfgang. 2016. Elements of a New European Order: Principles, Instruments and Institutions Governing Russian-Western Relations. In *Renewing Mechanisms for Russia-EU Cooperation*, hrsg. von Igor S. Ivanov, 19-22. Moscow: Russian International Affairs Council.

Zellner, Wolfgang. 2016. Perspektiven einer kooperativen europäischen Ordnung und die OSZE. In *Russland-Analysen 314*, hrsg. von Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 2-4. Bremen: Forschungsstelle Osteuropa.

Zellner, Wolfgang. 2016. Risks and Challenges in a Most Difficult Period of Euro-Atlantic and Eurasian Security. In *Accomplishments and Challenges for the OSCE on the Anniversary of the Helsinki Final Act (1975) and the Astana Summit (2010)*, hrsg. von E.T. Karin und N.N. Zarudna, 46-50. Astana: OSCE Programme Office in Astana.

Arbeitspapiere und Studien:

Sonstige:

Alwardt, Christian und **Martin Krüger.** 2016. *Autonomy of Weapon Systems. Food for Thought Paper.* Hamburg: IFSH.

Bald, Detlef, Jörg Barandat, Agnieszka Brugger, **Michael Brzoska**, Peter Buchner, **Hans-Georg Ehrhart**, Jana Hertwig, Sabine Jaberg, **Martin Krüger**, Berthold Meyer, Burkhardt Müller-Sönksen, **Reinhard Mutz**, Winfried Nachtwei, Bernhard Rinke, Claus von Rosen, Paul Schäfer und Michael Staack. 2016. „Weißbücher“ haben ausgedient! Plädoyer für ein friedens- und sicherheitspolitisches Grundlagendokument der Bundesregierung. Hamburg.

Ebner, Nick. 2015. Cyber Space, Cyber Attack and Cyber Weapons. A Contribution to the Terminology. *IFAR² Fact Sheet 7*, Hamburg: IFSH.

Acton, James, Anatoliy S. Diyakov, Victor I. Esin, Dennis M. Gormley, Gregory G. Govan, Erwin Häckel, Catherine M. Kelleher, **Ulrich Kühn**, Oliver Meier, Eugene Miasnikov, Victor Mizin, **Götz Neuneck**, Sergey Oznobishchev, Steven Pifer, Sergei Rogov, Walter Jürgen Schmid, Walther Stütze, Greg Thielmann, Andrei Zagorski und **Wolfgang Zellner.** Deep Cuts Commission 2016. *Back from the Brink. Toward Restraint and Dialogue between Russia and the West. Third Report of the Deep Cuts Commission.* Hamburg, Moskau, Washington. Übersetzt veröffentlicht unter Acton, James, Anatoliy S. Diyakov, Victor I. Esin, Dennis M. Gormley, Gregory G. Govan, Erwin Häckel, Catherine M. Kelleher, **Ulrich Kühn**, Oliver

Meier, Eugene Miasnikov, Victor Mizin, **Götz Neuneck**, Sergey Oznobishchev, Steven Pifer, Sergei Rogov, Walter Jürgen Schmid, Walther Stütze, Greg Thielmann, Andrei Zagorski und **Wolfgang Zellner.** Deep Cuts Commission 2016. *Отказ от конфронтации. Возвращение к сдержанности и диалогу между Россией и Западом. Третий доклад Комиссии по проблемам глубокого сокращения ядерного оружия.* Hamburg, Moskau, Washington.

Martin, Helge. 2016. Der Islamische Staat und die hybride Kriegsführung. Beitrag zur Schärfung des Konzeptes hybrider Kriegsführung am Beispiel des nichtstaatlichen Gewaltakteurs Islamischer Staat. *ZEUS Working Paper 11*, Hamburg: IFSH.

Önsoy, Murat und Zeynep Arkan. 2016. The EU's Normative Power in Action: Minority Rights Conditionality and the Western Balkan Roma. *ZEUS Working Paper 10*, Hamburg: IFSH.

Rothe, Delf. 2016. Theorien Sozialen Wandels und Gesellschaftlicher Transformationsprozesse in der Politikwissenschaft. In *Klimawandel und nachhaltige Entwicklung: Theoretische Grundlagen zum Verständnis von gesellschaftlichem Wandel und gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Literaturstudien aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften*, hrsg. von Anita Engels, Angela Pohlmann, 39-74. Hamburg: Universität Hamburg.

Sirseldoudi, Matenia und **Sybillie Reinke de Buitrago.** 2016. *Konfrontative Feindbilder und ihre Entstehungsbedingungen. Eine empirische Analyse entlang der Konfliktlinien „links- versus rechtsextremistisch“ sowie „muslimfeindlich versus militant salafistisch“.* Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

Seifert, Arne C. 2016. IS-Prävention in Zentralasien Bedingungen, Risiken, friedenspolitische Erfordernisse. *Arbeitspapier Sicherheitspolitik 7/2016*, Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Übersetzung unter **Seifert, Arne C.** 2016. Preventing the “Islamic State” in Central Asia Conditions, risks and peace policy requirements. *Security Policy Working Paper 7/2016*, Berlin: Federal Academy for Security Policy.

Zellner, Wolfgang, Irina Chernykh, Alain Délétroz, **Frank Evers**, Barbara Kunz, Christian Nünlist, Philip Remler, Oleksiy Semeni, Andrei Zagorski. 2016. *European Security - Challenges at the Societal Level.* Hamburg.

Remler, Philip, Atanas Dimitrov, Samuel Goda, Konstanze Jüngling, Nino Kemoklidze, Bidzina Lebanidze, Ida Manton, Sergey Rastoltsev, Sebastian Relitz, Raymond Saner, Hans-Joachim Schmidt, Tanja Tamminen, Oleksandr Tytarchuk, Tony van der Togt, Stefan Wolff, **Wolfgang Zellner.** 2016. *Protracted Conflicts in the OSCE Area. Innovative Approaches for Co-operation in the Conflict Zones.* Hamburg.

Nünlist, Christian, **Wolfgang Zellner.** 2016. A Code of Conduct for Facilitating a Return to Dialogue: New Ideas for Strengthening European Security. In *SHR Monitor*. http://www.shrblog.org/shr_monitor/A_Code_of_Conduct_for_Facilitating_a_Return_to_Dialogue_New_Ideas_for_Strengthening_European_Security.html?id=644

Andere Veröffentlichungen:

- Brzoska, Michael.** 2016. Wer erhält 2016 den Friedensnobelpreis? *IFSH Stellungnahmen*. <https://ifsh.de/news/details/of/news-1233/>.
- Brzoska, Michael.** 2016. Weißbuch 2016: Viel Sicherheitspolitik und Bundeswehr, aber keine umfassende Strategie. *IFSH Stellungnahmen*. <https://ifsh.de/news/details/of/news-1193/>.
- Ehrhart, Hans-Georg.** 2016. Trump ante portas: was tun? *IFSH Stellungnahmen*. <https://ifsh.de/news/details/of/news-1260/>.
- Ehrhart, Hans-Georg und Michael Brzoska.** 2016. Der Berg kreißt: Zu den sicherheitspolitischen Beschlüssen des EU-Gipfels vom 15.12.2016. *IFSH Stellungnahmen*. <https://ifsh.de/news/details/of/news-1293/>.
- Ehrhart, Hans-Georg.** 2016. Meinung: Staatsaufbau in Afghanistan. Das Ende der Illusionen? In *Innerstaatliche Konflikte. Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung*, April 2016. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/141216/meinung-staatsaufbau-in-afghanistan-das-ende-der-illusionen>.
- Fröhlich, Christiane.** 2016. Climate Change – Migration – Conflict. What's the Connection? In *Sustainable Security*. <https://sustainablesecurity.org/2016/08/10/climate-change-migration-conflict-whats-the-connection/>.
- Fröhlich, Christiane.** 2016. The European Response to the Syrian War: Pathologies Uncovered. In *E-International Relations*. <http://www.e-ir.info/2016/07/08/the-european-response-to-the-syrian-war-pathologies-uncovered/>.
- Fröhlich, Christiane.** 2016. More than black and white: a report from Istanbul. In *openDemocracy.net*. <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/christiane-fr-hlich/more-than-black-and-white-report-from-istanbul> Übersetzung von Fröhlich, Christiane 2016. Vereint in der Ablehnung Güdens. In *Tagesspiegel Causa*. Argumente, Autoren, Zusammenhänge. <https://causa.tagesspiegel.de/vereint-in-der-ablehnung-guelens.html>.
- Fröhlich, Christiane.** 2016. Vereint in der Ablehnung Güdens. In *Tagesspiegel Causa*. Argumente, Autoren, Zusammenhänge. <https://causa.tagesspiegel.de/vereint-in-der-ablehnung-guelens.html>. Übersetzung unter: **Fröhlich, Christiane** 2016. More than black and white: a report from Istanbul. In *openDemocracy.net*. <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/christiane-fr-hlich/more-than-black-and-white-report-from-istanbul>.
- Heller, Regina.** 2016. Die imperiale Identität Russlands und seine geostrategischen Interessen. In *Innerstaatliche Konflikte. Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung*. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/233450/die-imperiale-identitaet-russlands-und-seine-geostrategischen-interessen>.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH.** Hrsg. 2016. *Jahresbericht 2015*. Hamburg: IFSH.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *IFSH-aktuell 113*. Dezember 2015 - Februar 2016. Übersetzung unter: **Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *IFSH news 113*. December 2015 - February 2016.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *IFSH-aktuell 114*. Februar - April 2016. Übersetzung unter: **Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *IFSH news 114*. February - April 2016. Hamburg.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *IFSH-aktuell 116*. August - Oktober 2016. Übersetzung unter: **Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *IFSH news 116*. August - October 2016. Hamburg.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *IFSH-aktuell 115*. Mai - Juni 2016. Übersetzung unter: **Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *IFSH news 115*. May - June 2016.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. *CORE News Spring 2016*. Hamburg.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. OSCE Yearbook 2015 hrsg. von IFSH, Baden-Baden: Nomos, 2016. In *IFSH news special. New publications 6/2016*.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. EU Borders and Shifting Internal Security Technology, Externalization and Accountability von Raphael Bossong und Helena Carrapico (eds.), Heidelberg: Springer International Publishing, 2016. In *IFSH news special*. New peer reviewed publications, 7/2016.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. Beyond borders: the transnational identity of the jihadi subculture in Europe von Reem Ahmed und Daniela Pisiou. In: Cegniz Günay und Nina Witjes (Hrsg.), Add-On Yearbook: Viennese Contributions to International Affairs, Vienna: Springer, forthcoming. In *IFSH news special. New peer reviewed publications 8/2016*.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH,** Hrsg. 2016. Unkonventioneller und hybrider Krieg in der Ukraine: zum Formenwandel des Krieges als Herausforderung für Politik und Wissenschaft* von Hans-Georg Ehrhart, Zeitschrift für Außen-

und Sicherheitspolitik (ZFAS) 9 (2): 223-241. In: IFSH news special. New peer reviewed publications, 9/2016.

Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH, Hrsg. 2016.

The EU's policy of democracy promotion and Ukraine's bumpy path to the Association Agreement – amidst a major crisis in Europe von Elena Kropatcheva, In: Vera Aksenova (Hrsg.) (2016), European Engagement under Review. Exporting Values, Rules, and Practices to the Post-Soviet Space. CINTEUS Vol. 15, Stuttgart: pp. 11-40.*. In *IFSH news special. New peer reviewed publications* 10/2016.

Johannsen, Margret. 2016. Nahost. In *Innerstaatliche Konflikte. Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung*, März 2016. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/inner-staatliche-konflikte/54655/nahost>.

Kahl, Martin. 2016. Wird schon helfen – Datenbankfusion zur Terrorbekämpfung. In *sicherheitspolitik-blog*.

Kühn, Ulrich. 2016. Auf eine Provokation der Nato wird eine Reaktion Russlands folgen. In *Tagesspiegel Causa*. Argumente, Autoren, Zusammenhänge. <https://causa.tagesspiegel.de/auf-eine-provokation-der-nato-wird-eine-reaktion-russlands-folgen.html>.

Kühn, Ulrich. 2016. The Baltic Dilemma of Power vs. Order. In *The National Interest*. <http://www.nationalinterest.org/feature/the-baltic-dilemma-power-vs-order-14865?page=show>.

Kühn, Ulrich. 2016. False Alert: Is Russia Beef ng up Forces on NATO's Border? In *War on the Rocks*. <http://warontherocks.com/2016/07/false-alert-is-russia-beef-ng-up-forces-on-natos-border/>.

Kühn, Ulrich. 2016. NATO-Gipfel: Nukleare Abschreckung, nukleare Abrüstung. In *Heinrich Böll Stiftung. Themen, internationale Politik, Außen & Sicherheit*. <http://www.boell.de/de/2016/07/01/nato-gipfel-nukleare-abschreckung-nukleare-abruerstung>.

Kühn, Ulrich. 2016. Nato-Treffen: Vor Warschau ist nach Warschau. In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nato-treffen-vor-warschau-ist-nach-warschau-14243587.html>.

Kühn, Ulrich. 2016. Rediscovering Diplomacy: An Agenda for Decreasing Tensions between Russia and the West. In *War on the Rocks*. <http://warontherocks.com/2016/06/rediscovering-diplomacy-an-agenda-for-decreasing-tensions-between-russia-and-the-west/>.

Kühn, Ulrich. 2016. The Sudden German Nuke Flirtation. In *Carnegie Endowment for International Peace, Latest Analysis*. <http://carnegieendowment.org/2016/12/06/sudden-german-nuke-flirtation-pub-66366>.

Kühn, Ulrich. 2016. What's Missing as NATO Rearms Its Eastern Flank? Diplomacy. In *Defense*

one. <http://www.defenseone.com/ideas/2016/06/nato-russia-arms-buildup-diplomacy/128743/?oref=d-topstory>.

Mutz, Reinhard. 2016. NATO-Russland: Der Westen schafft eine neue militärische Front. In *Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur)* vom 31. Mai 2016.

Neuneck, Götz. 2016. Auf dem Weg in den Atomkrieg? In *World Economy. Wirtschaft & Finanzen Newsreport*. <http://www.world-economy.eu/pro-contral/details/article/auf-dem-weg-in-den-atomkrieg/>.

Neuneck, Götz. 2016. The nuclear threat is back. In *Europe's World* Nr. 32: 94-97. <http://europesworld.org/2016/07/08/nuclear-threat-back/#.V5CkdhLf-vMY>.

Neuneck, Götz. 2016. Stellungnahme zum 5. Kernwaffentest Nordkoreas am 9. September 2016. *IFSH Stellungnahmen*. Nachgedruckt als Neuneck, Götz. 2016. Gebrochenes Tabu. In *World Economy. Wirtschaft & Finanzen Newsreport*.

Schorlemmer, Friedrich, **Götz Neuneck**, Hans Misselwitz, Hans-Joachim Gießmann. 2016. Warum Europa eine neue Ostpolitik braucht. Erklärung des Willy-Brandt-Kreises. In *Vorwärts*. <http://www.vorwaerts.de/artikel/europa-neue-ostpolitik-braucht>.

Pisoiu, Daniela. 2016. Politischer Extremismus und Radikalisierung in Österreich 2017. In *Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitische Jahrvorschau 2017*, hrsg. von Direktion für Sicherheitspolitik, Österreichisches Bundesheer, 34-36, Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.

Reinhold, Thomas. 2016. Nachlese zum "Hackerangriff" auf das Telekom-Netz: Analyse und Implikationen. In *Cyber-peace.org*. <http://cyber-peace.org/2016/12/02/nachlese-zum-hackerangriff-auf-das-telekom-netz-analyse-und-implikationen/>.

Runge, Ute 2016. Neuerscheinungen. In *S+F Sicherheit und Frieden - Security and Peace* 34 (1): 89.

Runge, Ute 2016. Neuerscheinungen. In *S+F Sicherheit und Frieden - Security and Peace* 34 (2): 157.

Runge, Ute. 2016. Neuerscheinungen. In *S+F Sicherheit und Frieden - Security and Peace* 34 (3): 224-225.

Runge, Ute. 2016. OSCE Selected Bibliography 2014/2015. In *OSCE Yearbook 2015*, hrsg. von Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH, 435-450. Baden-Baden: Nomos Verlag. Übersetzung unter: **Runge, Ute**. 2016. Literaturlauswahl zur OSZE 2014/2015. In *OSZE Jahrbuch 2015*, hrsg. von Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH, 479-494. Baden-Baden: Nomos Verlag.

9.3 Statistische Daten

9.3.1 Anzahl der Forschungsprojekte

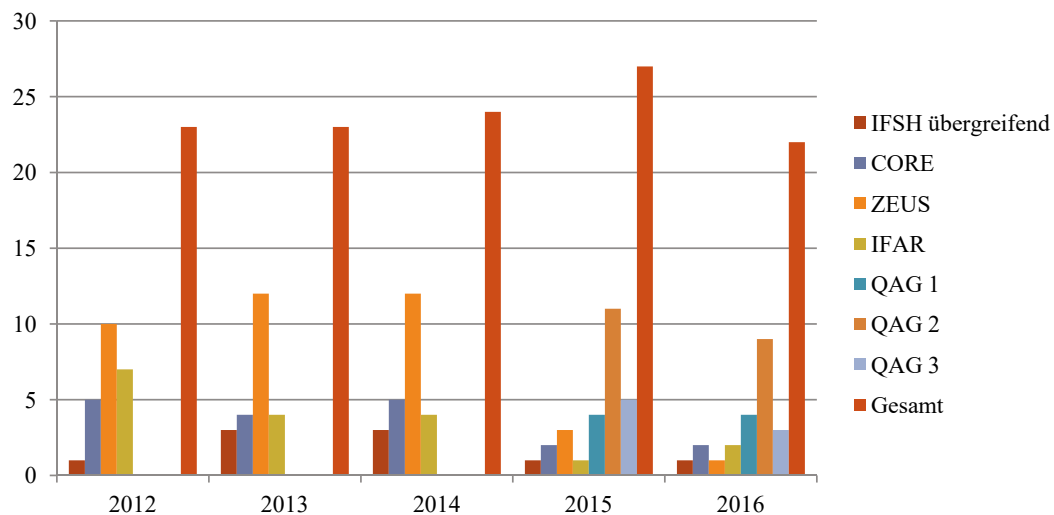
2012 – 2016 gemäß genehmigtem Forschungsplan

	2012	Davon extern finanziert	2013	Davon extern finanziert	2014	Davon extern finanziert	2015	Davon extern finanziert	2016	Davon extern finanziert
IFSH übergreifend	1	1	3	2	3	2	1	1	1	1
CORE	5	1	4	4	5	4 ²	2	2	2	2
ZEUS	10	6 ²	12	8 ¹	12	9 ³	3	2	1	1
IFAR²	7	4 ³	4	4	4	3	1	1	2	2
QAG1							4	2 ¹	4	1¹
QAG2							11	8 ²	9	7
QAG3							5	4 ²	3	3
Gesamt	23	12	23	16	24	18	27	20	22	17

¹ 1 davon IFSH teilfinanziert

² 3 davon IFSH teilfinanziert

³ 6 davon IFSH teilfinanziert



9.3.2 Nachwuchs-, Beratungs- und kleinere Projekte

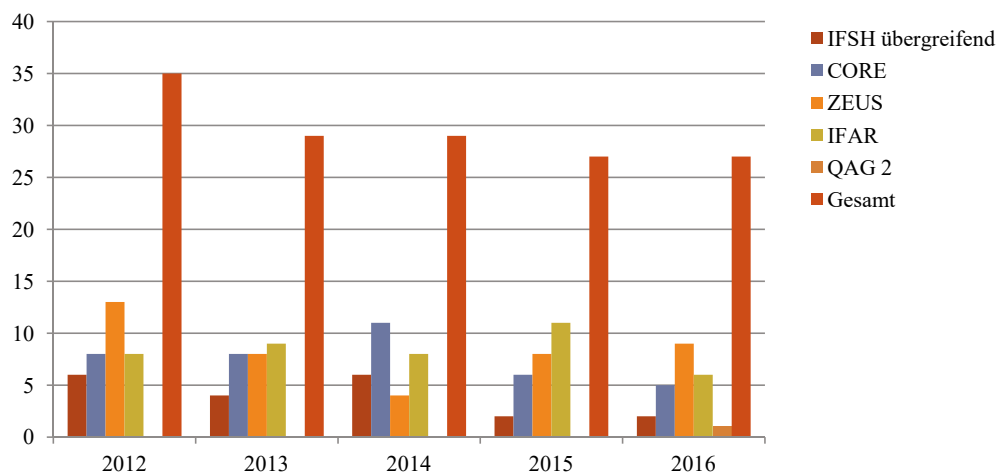
	2012	Davon extern finanziert	2013	Davon extern finanziert	2014	Davon extern finanziert	2015	Davon extern finanziert	2016	Davon extern finanziert
IFSH übergreifend	6	1	4	1 ¹	6	1 ¹	2	-	2	-
CORE	8	7 ⁴	8	7	11	8 ¹	6	5 ²	5	5¹
ZEUS	13	12 ³	8	4 ²	4	5 ¹	8	6 ¹	9	7
IFAR²	8	4	9	5 ²	8	5 ²	11	6 ²	6	5³
QAG2									1	
Gesamt	35	24	29	17	29	19	27	17	23	11

¹ 1 davon IFSH teilfinanziert.

² 2 davon IFSH teilfinanziert.

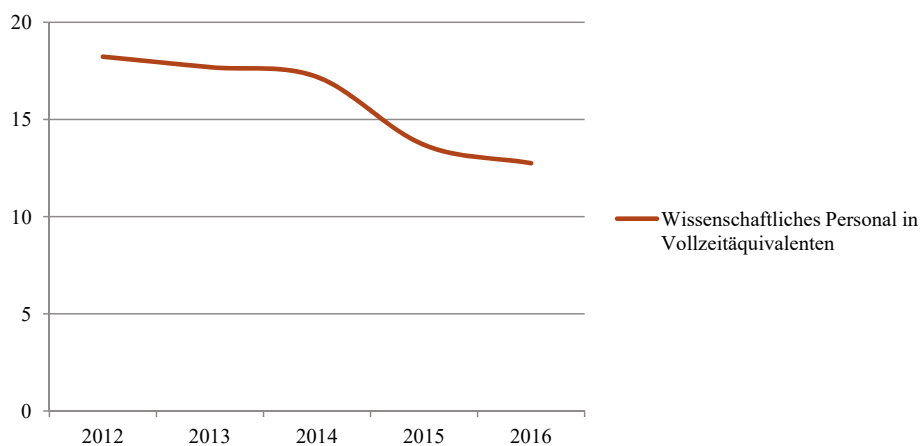
³ 3 davon IFSH teilfinanziert.

⁴ 5 davon IFSH teilfinanziert.



9.3.3 Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Vollzeitäquivalente



Personen (Vollzeitäquivalente in Klammern), Stand jeweils zum Jahresende

	2012	Davon extern finanziert	2013	Davon extern finanziert	2014	Davon extern finanziert	2015	Davon extern finanziert	2016	Davon extern finanziert
IFSH übergreifend	1	–	2	1	2 (2)	1	2 (2)	1	3 (0,91)	2 (0,16)
CORE	7	4 ²	7	2	6 (4,98)	3 ²	7 (5,46)	3	7 (5,21)	4 ¹ (2,59)
ZEUS	10	6 ¹	11	6 ²	11 (7,39)	6 ³	7 (4,33)	4	8 (4,65)	5 ¹ (1,65)
IFAR²	7	3 ¹	8	4 ²	5 (2,82)	3 ²	3 (2,25)	1 ²	4 (1,98)	3 (0,98)
Gesamt	25 (18,23)	13	28 (17,69)	13	24 (17,19)	13	19 (13,69)	9	22 (12,75)	14 ² (5,38)
Davon Frauen	12	6	13	6	12	7 ³	9	5	12 (6,1)	9 ² (3,23)
Nachrichtlich: Anzahl der Promovierenden	18 ⁴	16	15 ⁴	13	9 ⁵	7	8 ⁶	5	10 ⁸	9
Davon Frauen	8		8		4	4	3 ⁷	2	7	6

¹ 1 davon IFSH teilfinanziert.

² 2 davon IFSH teilfinanziert

³ 3 davon IFSH teilfinanziert

⁴ Hinzu kommen 9 externe Promovierende, die am Doktorandenseminar teilnehmen, aber nicht unter das Betreuungsprogramm fallen.

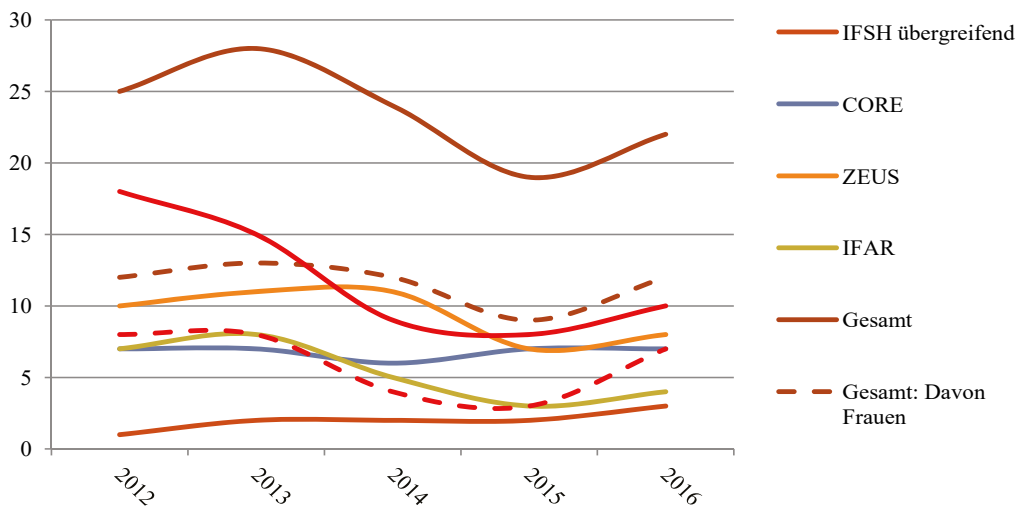
⁵ Hinzu kommen 13 externe Promovierende, die am Doktorandenseminar teilnehmen, aber nicht unter das Betreuungsprogramm fallen.

⁶ Hinzu kommen 15 externe Promovierende, die am Doktorandenseminar teilnehmen, aber nicht unter das Betreuungsprogramm fallen.

⁷ Hinzu kommen 7 externe weibliche Promovierende.

⁸ Hinzu kommen 11 externe Promovierende (6 Frauen, 5 Männer), von denen fünf 2016 ihre Promotion abgeschlossen haben.

Personen



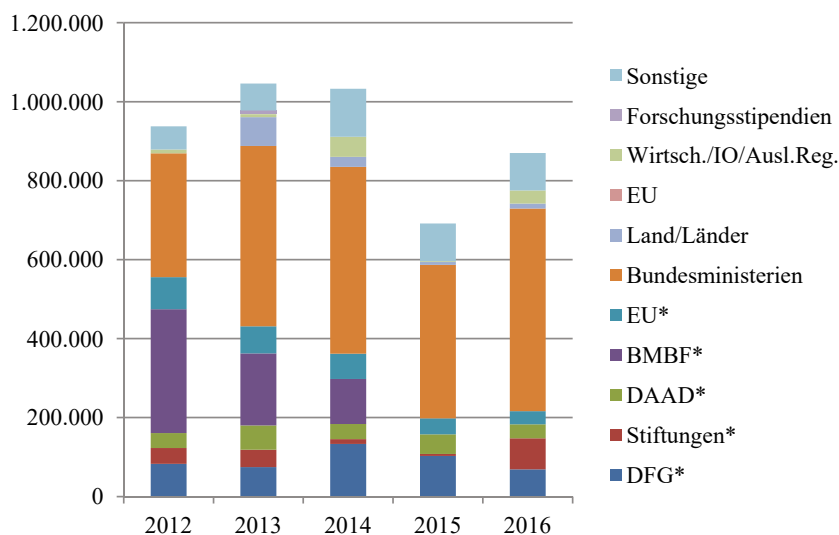
9.3.4 Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler

Anzahl Personen, kumuliert über die jeweiligen Jahre

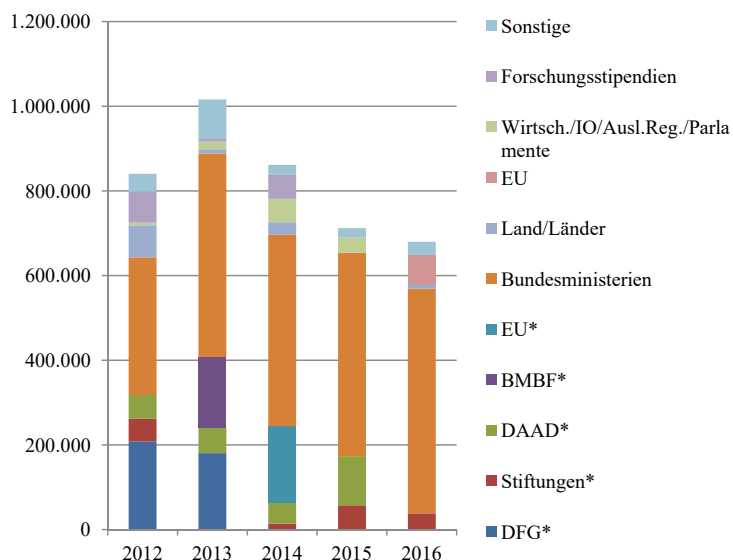
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
IFSH übergreifend	1	1	1	2	3	1
CORE	1	1	4	3	1	3
ZEUS	3	3	1	-	2	3
IFAR²	2	-	-	1	-	4
Gesamt	7	5	6	6	6	11
Davon Frauen	3	2	3	3	1	4

9.3.5 Drittmittelausgaben und Drittmittelzusagen

Drittmittelausgaben: IFSH Gesamt



Drittmittelleinwerbungen: IFSH Gesamt



* Wissenschaftsgesteuerte Drittmittelzuweisungen

a) Tatsächliche Ausgaben (in Euro) / IFSH 2011 – 2015, Drittmittel und Drittmittelgeber, Drittmittelausgaben

Arbeitsbereich	Geber		Jahr				
			2012	2013	2014	2015	2016
ZEUS	Wissenschafts-gesteuerte Drittmittel-zuweisungen	DFG		16.995	51.973	32.218	57.996
		Stiftungen	12.089		2.737	99	
		DAAD		13.672			
		BMBF	313.738	182.203	114.134		
		EU	54.762	68.913	63.901	40.318	33.208
	Bundesministerien						
	Land/Länder			20.000			
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.						
	Forschungsstipendien						
	Sonstige		981	327	4.906		221
Summe ZEUS			381.570	302.111	237.651	72.635	91.425
CORE	Wissenschafts-gesteuerte Drittmittel-zuweisungen	DFG					
		Stiftungen			9.286		14.037
		DAAD	37.875	47.839	38.279	49.576	35.570
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		236.668	243.276	302.896	275.221	328.905
	Land/Länder			40.614	2.385		9.100
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.			6.981	50.803		33.078
	Forschungsstipendien						
	Sonstige		3.543	7.926	17.060	13.190	4.387
Summe CORE			278.086	346.638	420.709	337.987	425.492
IFAR ²	Wissenschafts-gesteuerte Drittmittel-zuweisungen	DFG					
		Stiftungen	27.695	39.924			42.634
		DAAD					
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien			113.605	63.591	36.418	81.517
	Land/Länder			9.800	22.682	7.317	
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		9.580	421		1.875	
	Forschungsstipendien						
	Sonstige		11.186	5416	4.645	4.270	8.903
Summe IFAR²			48.461	169.167	90.918	49.880	133.054
IFSH übergreifend	Wissenschafts-gesteuerte Drittmittel-zuweisungen	DFG	82.972	57.724	81.418	70.746	10.778
		Stiftungen		4.050		4.945	21.998
		DAAD					
		BMBF					
		EU	26.456				
	Bundesministerien		77.200	99.610	106.719	77.160	102.880
	Land/Länder			2.625	174		3.409
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.						
	Forschungsstipendien			9.351			
	Sonstige		42.985	54.845	95.198	78.299	81.496
Summe IFSH ü.			229.613	228.207	283.509	231.150	220.561
IFSH gesamt	Wissenschafts-gesteuerte Drittmittel-zuweisungen	DFG	82.972	74.719	133.391	102.964	68.774
		Stiftungen	39.784	43.974	12.023	5.044	78.669
		DAAD	37.875	61.512	38.279	49.576	35.570
		BMBF	313.738	182.203	114.134		
		EU	81.218	68.913	63.901	40.318	33.208
	Bundesministerien		313.868	456.493	473.206	388.799	513.302
	Land/Länder			73.040	25.241	7.317	12.509
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		9.580	7.402	50.803	1.875	33.078
	Forschungsstipendien			9.351			
	Sonstige		58.695	68.515	121.809	95.759	95.007
Summe IFSH			937.730	1.046.125	1.032.787	691.652	873.091

b) Vom IFSH in den Jahren 2011 – 2015 eingeworbene Drittmittel (in Euro)

Arbeitsbereich	Geber		Jahr				
			2012	2013	2014	2015	2016
ZEUS	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG		180.400			
		Stiftungen	11.070				
		DAAD		16.590			
		BMBF		167.175			
		EU			180.523		
	Bundesministerien						
	Land/Länder		20.000				
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.						1.165
	Forschungsstipendien		16.500				
Sonstige		8.833	46.010	4.896			
Summe ZEUS			56.403	410.175	185.419	0	1.165
CORE	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG					
		Stiftungen			13.700		19.718
		DAAD	56.110	43.451	43.844	116.163	
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		248.012	280.962	326.377	283.820	358.017
	Land/Länder		43.000				9.100
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.			17.949	55.480	36.000	69.200
	Forschungsstipendien		36.720				
Sonstige							
Summe CORE			383.842	342.362	439.401	435.983	456.035
IFAR²	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG					
		Stiftungen	42.385			37.100	12.500
		DAAD					
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien			122.662	86.901	119.402	69.885
	Land/Länder		9.800		30.000		
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		6.392				
	Forschungsstipendien		12.460				
Sonstige			46.010			14.100	
Summe IFAR²			71.037	168.672	116.901	156.502	96.485
IFSH übergreifend	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	208.200				
		Stiftungen				20.000	6.000
		DAAD			6.162		
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		77.200	77.000	38.580	77.160	102.880
	Land/Länder		2.800	10.000			
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.						
	Forschungsstipendien		8.000	8.000	56.400		
Sonstige		33.000		33.010	22.390	17.440	
Summe IFSH ü.			329.200	95.000	134.152	119.550	126.320
IFSH gesamt	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	208.200	180.400			
		Stiftungen	53.455		13.700	57.100	38.218
		DAAD	56.110	60.041	50.006	116.163	
		BMBF		167.175			
		EU			180.523		
	Bundesministerien		325.212	480.624	451.858	480.382	530.782
	Land/Länder		75.600	10.000	30.000		9.100
	EU						70.365
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		6.392	17.949	55.480	36.000	
	Forschungsstipendien		73.680	8.000	56.400		
Sonstige		41.833	92.020	37.906	22.390	31.540	
Summe IFSH			840.482	1.016.209	875.873	712.035	680.005

9.3.6 Drittmittel pro wiss. Mitarbeiter/in nach Abteilungen (in Vollzeitäquivalenten aus FHH-Grundfinanzierung)

a) Einwerbungen (in Euro)

Jahr	ZEUS	CORE	IFAR ²	IFSH übergr.	Durchschnitt IFSH
2012	14.589	80.809	39.465	329.200	73.623
2013	98.505	123.374	74.142	95.000	99.492
2014	45.445	146.467	59.643	134.152	83.099
2015	0	112.657	78.251	119.550	70.359
2016	358	174.726	96.485	168.426	92.266

b) Ausgaben (in Euro)

Jahr	ZEUS	CORE	IFAR ²	IFSH übergr.	Durchschnitt IFSH
2012	98.699	58.544	26.923	229.613	82.142
2013	72.553	124.915	74.359	228.207	102.421
2014	51.888	140.236	46.386	283.509	98.360
2015	22.349	87.335	24.940	231.150	68.345
2016	28.130	162.401	133.054	294.081	118.465

9.3.7 Publikationen

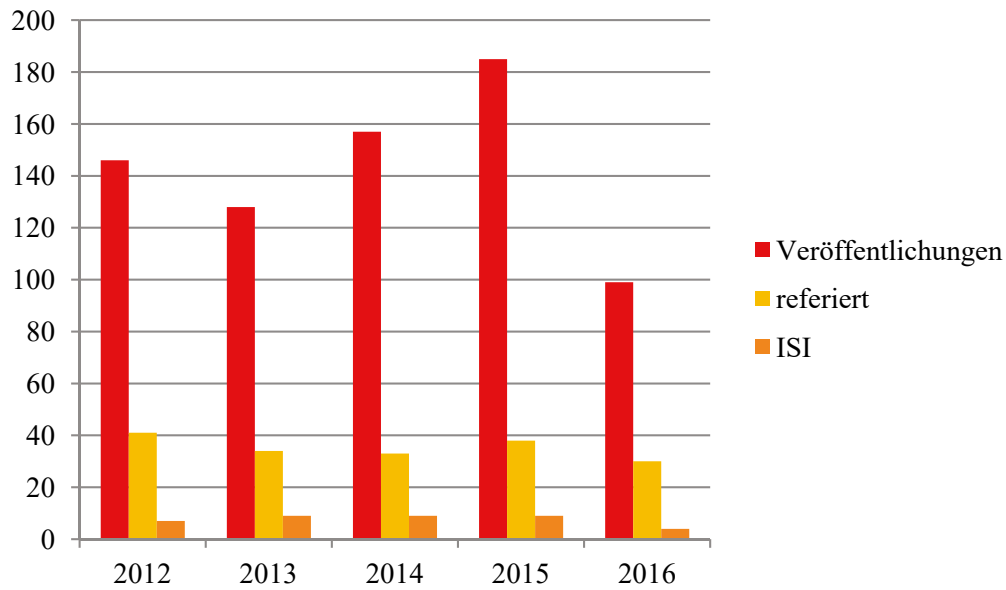
	2012	Davon referiert	2013	Davon referiert	2014	Davon referiert	2015	Davon referiert	2016	Davon referiert
Bücher/Herausgeberschaften	7	4	11	4	12	5	16	8	12	3
Buchbeiträge	42	13	41	13	43	6	54	9	39	10
Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften	39	18	26	20	43	22	40	19	34	16
Davon in ISI ¹ Zeitschriften	7	7	9	9	9	9	9	9	4	4
Arbeitspapiere/Studien	18	-	5	1	21	0	16	2	13	-
Andere	40	6	45	0	38	0	59	0	42	-
Gesamt	146	41	128	34	157	33	185	38	99²	30
Davon auf Deutsch	69	5	75	6	57	8	96	8	50	8
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter/-Beschäftigtem ³	5,32	2,13	7,23	1,92	6,64	1,91	13,51	2,77	7,76	2,35

¹ Zeitschriften, die in der ISI World of Knowledge-Liste aufgeführt sind.

² Ohne „Andere Veröffentlichungen“ (33).

³ In Vollzeitäquivalenten.

Entwicklung Publikationen



9.3.8 Publikationen nach Arbeitsbereichen

	2012	Davon referiert	2013	Davon referiert	2014	Davon referiert	2015	Davon referiert	2016	Davon referiert
IFSH-übergreifend	18,8	6	32,5	5,5	44* (19)	5 (2)	54,33* (15,8)	15 (8)	19,83	8
Davon auf Deutsch	8,3	1	28	1	29 (7)	0	29,33 (12,8)	2 (1)	11,83	1
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem	18,8	6	17,75	3	22 (9,5)	2,5 (1)	31 (9)	8,5 (4,6)	21,79	9,8
CORE	18,3	5	13	5	24,75	4	28,66	3	18,66	2,5
Davon auf Deutsch	4,3	1	3	-	7	1	12,33	2	2,5	0,5
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem	3,57	0,97	2,78	1,07	4,97	0,8	5,34	0,55	3,58	0,47
ZEUS	37	11	56	24	61,5	20	57,33	16	38,33	15,5
Davon auf Deutsch	13	3	33	6	29	5	31,33	2	24,33	6,5
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem	4,48	1,34	7,5	3,21	8,3	2,7	13,24	3,69	8,24	3,33
IFAR	22,8	3	26,5	3,5	25,75	4	43,66	4	22,5	3,5
Davon auf Deutsch	5	1	9	-	13	2	25	2	11,1	0,5
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter-/Beschäftigtem	5,9	0,77	7,1	0,93	9,1	1,4	19,4	1,77	11,36	1,76

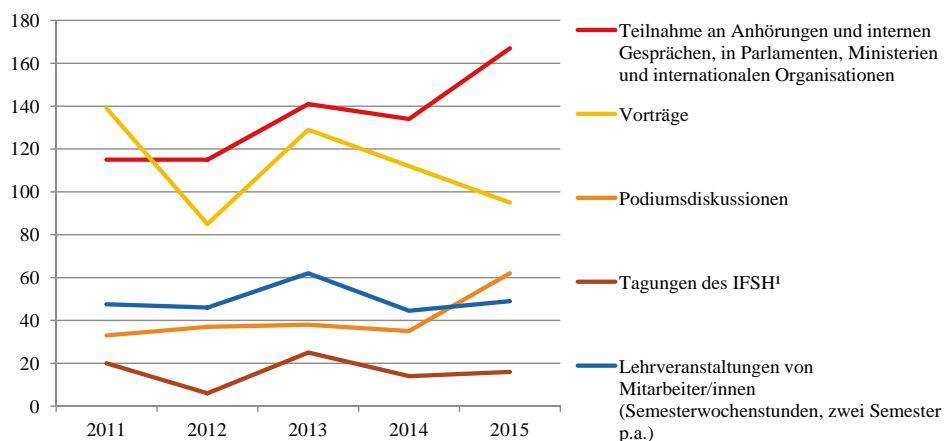
* Enthält auch die Veröffentlichungen, die unter IFSH firmieren, von Gastwissenschaftlern und die des Post-Doc-Stipendiaten. Die Veröffentlichungen der beiden im Stellenplan Ausgewiesenen (Brzoska, Fröhlich) in Klammern.

9.3.9 Weitere Indikatoren der Forschungsarbeit

	2012	2013	2014	2015	2016
Teilnahme an Anhörungen im Parlament	5	13	4	17	9
Teilnahme an internen Gesprächen in Ministerien	45	48	41	67	38
Teilnahme an internen Gesprächen in ausl. Ministerien, Parlamenten, internationalen Organisationen	65	80	89	83	44
Vorträge	85	129	112	95	84
Podiumsdiskussionen	37	38	35	62	38
Tagungen des IFSH¹	6	25	14	16 ¹	16
Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Semesterwochenstunden, 2 Semester p.a.)	46	62	44,5	49	48,75
Abgeschlossene Promotionen	1	3	4	7 ²	5 ²
Abgeschlossene Master-/ Magister-/ Diplomarbeiten	25	23	24	24	21

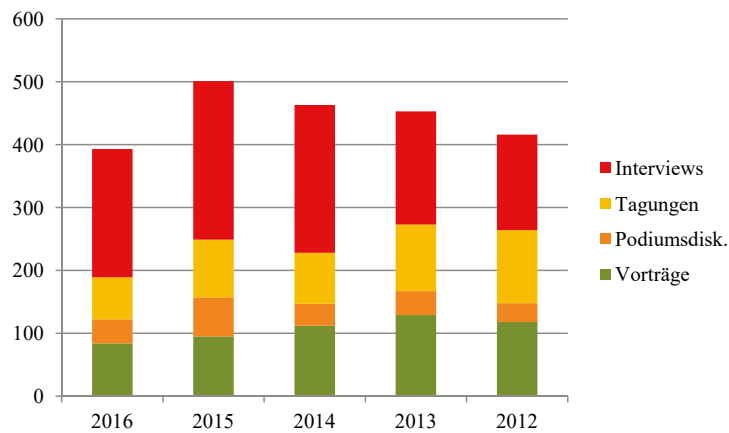
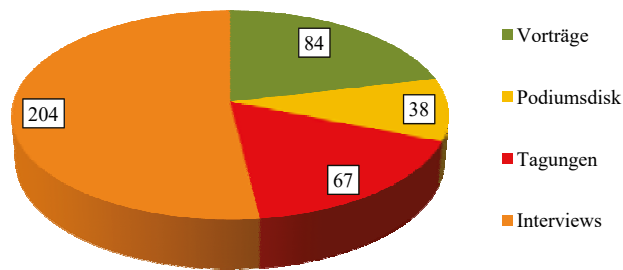
¹ Vom IFSH organisierte oder mit Partner(n) gemeinsam organisierte Workshops und Konferenzen

² darunter 5 externe



9.3.10 Öffentlichkeitsarbeit 2016

Themen	Vorträge	Podiumsdisk	Tagungen	Interviews	Gesamt
Aktuelle sicherheitspolitische Fragen (hier auch Terrorismus)	31	14	18	104	167
Abrüstung/KRST	8	4	9	14	35
Europ. Sicherheit	7	5	3	22	37
OSZE	11	8	17	21	57
Regionale Konflikte	9	3	-	24	36
Friedensforschung (auch IFSH)	15	2	14	10	41
Sonstiges	3	2	6	9	20
Gesamt	84	38	67	204	393



9.3.11 Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich 2012 – 2016

Jahr	Vorträge	Podiumsdisk.	Tagungen	Interviews
2016	84	38	67	204
2015	95	62	92	252
2014	112	35	81	235
2013	129	38	106	180
2012	118	30	116	152

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) besteht seit Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, „sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen“. Darüber hinaus erstellt Institut einen Jahresbericht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen bitte an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Fax 040 866 36 15
Redaktion: Susanne Bund

ISSN 0936-0026